
A
ARCHITEKTUR
DER DDR
3'78
Preis 5.— Mark

Die Zeitschrift „Architektur der DDR" erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:
Bestellungen nehmen entgegen
Für Buchhandlungen:
Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb der DDR, DDR, 701 Leipzig
Leninstraße 16
Für Endbezieher:
Internationale Buchhandlungen in den jeweiligen Ländern bzw. Zentralantiquariat der DDR
DDR, 701 Leipzig
Talstraße 29

Redaktion
Zeitschrift „Architektur der DDR", 108 Berlin,
VEB Verlag für Bauwesen
Französische Straße 13–14
Telefon: 204 12 67 · 204 12 68
204 13 14 · 204 12 66
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik
Artikelnummer: 5236

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Dipl.-Ök. Siegfried Seeliger
Telefon: 204 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 112 229 trave

Gesamtherstellung:
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR
P 51/78, P 3/18/78 bis P 3/24/78

Anzeigen
Alleinige Anzeigenannahme: DEWAG-Werbung Berlin
1054 Berlin, Hauptstadt der DDR
Wilhelm-Pieck-Str. 49, Fernruf: 2 26 27 12
und alle DEWAG-Betriebe und -Zweigstellen der Bezirke der DDR
Gültiger Preiskatalog 286/1

Archit. DDR, Berlin **27** (1978), März, 3, S. 129–192
ISSN 0323–3413

Im nächsten Heft:

Städtebau und Architektur im Bezirk Dresden:
Die Gestaltung weiterer Bereiche im kurlturhistorischen Zentrum von Dresden
Zum Wiederaufbau der Semperoper
Komplexer Wohnungsbau in Dresden
Modernisierungskomplex Dresden-Friedrichstadt
Wettbewerb zur Umgestaltung der Äußeren Neustadt in Dresden
Erhaltung und Umgestaltung der historischen Altstadt in Görlitz
Städtebaulicher Ideenwettbewerb „Kommunikationsachse Görlitz-Zgorzelec"
Altstadt Bautzen
Wohngebiet „Dr.-Salvador-Allende-Straße" in Bautzen

Redaktionsschluß:

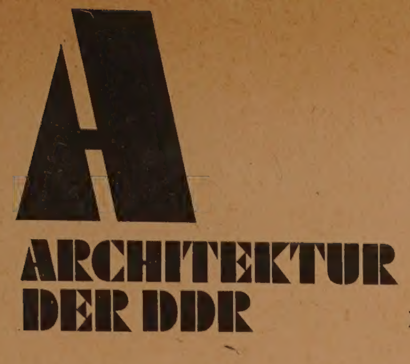
Kunstdruckteil: 3. Januar 1978
Illusdruckteil: 10. Januar 1978

Titelbild:

Das rekonstruierte Friedländer Tor in Neubrandenburg. Aus der im Wettbewerb „Baufoto '77" mit einem 5. Preis ausgezeichneten Fotoserie von Bernd Wurlitzer, Berlin
Für die Rekonstruktion des Friedländer Tors wurde der Architekt Josef Walter im „Architekturwettbewerb 1977" mit einer Anerkennung ausgezeichnet.

Fotonachweis:

Zdenek Vozenilek, Prag (1); Klaus-Christian Eckert, Berlin (3); Peter-Heinz Junge, Berlin (1); Büro für Stadtplanung Rostock (1); Bauinformation/Junge (2); Bauinformation/Uhlenhut (1); Bauinformation/Amateurfotogruppe des WTZ für Arbeitsschutz beim Ministerium für Bauwesen (2); Bauinformation/Möller (2); Bauinformation/Rochner (1); Bauinformation/Weber (1); Bauinformation/Diehl (1); Bauinformation/Wittmann (1); Bauinformation/Dutschmann (1); Bauinformation/Steinbrück (1); Bauinformation/Ulrich (1); Monika Uelze, Berlin (4); Rajmund Müller, Plzeň (4); Tibor Skandik, Opatovce (6)



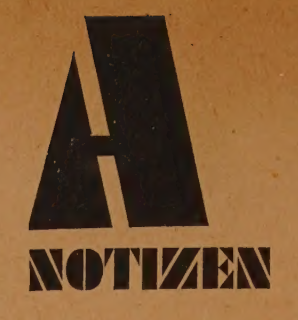
ARCHITEKTUR DER DDR

XXVII. JAHRGANG · BERLIN · MÄRZ 1978

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung: Erich Blocksdorf



NOTIZEN





Rekonstruierter Markt in Weimar mit dem Lucas-Cranach-Haus

Baureparaturen verbessert

In den Jahren 1976 bis 1980 werden ein Drittel der für das gesamte Bauaufkommen der Volkswirtschaft der DDR geplanten Mittel für Reparaturarbeiten und Modernisierungsmaßnahmen eingesetzt. Insgesamt sind dafür rund 15 Milliarden Mark vorgesehen, darunter 13,8 Milliarden Mark für die Erhaltung der Wohngebäude. Im Planentwurf 1978 sind zur Erhaltung und Modernisierung des Wohnbestandes Mittel in Höhe von 3,4 Milliarden Mark bilanziert. Die Erfahrungen zeigen, daß es darauf ankommt, die für Baureparaturen im Wohnbereich planmäßig vorgesehenen Mittel und Kapazitäten auch voll und ganz für diesen Zweck einzusetzen.

Großen Anteil an der Ausführung von Baureparaturen hat die Bevölkerung. Im Jahr 1977 sind in der DDR im Rahmen des „Mach mit!"-Wettbewerbes dabei Eigenleistungen im Werte von über 1,8 Milliarden Mark erbracht worden.

Es ist vorgesehen, die VEB Kommunale Wohnungsverwaltung bzw. Gebäudewirtschaft zu leistungsfähigen Zentren der Instandhaltung und Verwaltung der Wohngebäude zu entwickeln. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die schnelle Beseitigung kleinerer Schäden gelenkt.

In einer Reihe von Städten sind bereits Auftragsvermittlungszentralen oder Regie-Abteilungen der VEB Kommunale Wohnungsverwaltung geschaffen worden. Solche bewährten Formen wie Reparaturschnell-, Service-, Havarie- und Notdienste sowie 24stündige Bereitschaftsdienste sollen in größerem Umfang von den VEB Kommunale Wohnungsverwaltung in Kooperation mit anderen Betrieben, Genossenschaften und Einzelhandwerkern organisiert werden.

In Berlin, der Hauptstadt der DDR, haben 27 Schnelldienste im 1. Halbjahr 1977 38 000 Reparaturen ausgeführt. Das sind etwa 8 700 mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1976.

Im VEB Kommunale Wohnungsverwaltung Berlin-Pankow gibt es bei der Dachreparatur bereits gute Erfahrungen. 1977 sah der Plan vor, 600 Dächer zu reparieren. Bis Ende des Jahres 1977 sind über 1500 Dächer in Ordnung gebracht worden.

Bereits 1976 verabschiedete der Ministerrat der DDR den Beschluß zur Förderung privater Einzelhandelsgeschäfte, Gaststätten und Handwerksbetriebe für Dienstleistungen im Interesse der weiteren Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung. Er wird auch auf dem Gebiet des Bauhandwerks zielstrebig verwirklicht. Die Zahl der Handwerksbetriebe im Bauwesen konnte seitdem, ausgehend von den volkswirtschaftlichen Erfordernissen, absolut um 490 erhöht werden, die Anzahl der Berufstätigen im Bauhandwerk nahm um 1900 zu. 1976 wurden über 1 200 Lehrlinge mehr ausgebildet als 1975.

Das Bauhandwerk mit etwa 1 090 Produktionsgenossenschaften und über 11 500 privaten Handwerksbetrieben erbringt eine Bauleistung von fast 2,7 Milliarden Mark und führt gegenwärtig mit 35 Prozent seiner Bauproduktion etwa 50 Prozent der Reparaturen an Wohngebäuden aus.

Rat für Denkmalpflege gegründet

Ende November 1977 wurde beim Ministerium für Kultur der DDR ein Rat für Denkmalpflege gegründet, dem namhafte Vertreter staatlicher Organe, gesellschaftlicher Massenorganisationen und von Forschungsinstituten angehören. Die Hauptaufgaben für die Arbeit dieses Rates bestehen in der Koordinierung der vielfältigen Aktivitäten aller an der Denkmalpflege Beteiligten in der Erarbeitung von Analysen zu bestimmten, ausgewählten Schwerpunktaufgaben und Empfehlungen für entsprechende Maßnahmen.

Für dieses Jahr sind drei Tagungen des Rates für Denkmalpflege zu den Themen „Rekonstruktions- und Umgestaltungsmaßnahmen in Quedlinburg", „Neue Technologien und Methoden für die Altbaukonstruktion" und „Jugend und Denkmalpflege" vorgesehen. Zum Leiter des Rates für Denkmalpflege berief der Minister für Kultur Dr. sc. phil. Werner Rackwitz und zum stellvertretenden Leiter Prof. Dr.-Ing. Ludwig Deiters.

Bauausstellung der UVR

Vom 5. bis 21. Januar 1978 fand im Haus der Ungarischen Kultur in Berlin eine Ausstellung „Erbaut in der Ungarischen Volksrepublik" statt, in der an Hand von Großfotos die Erfolge der ungarischen Bauschaffenden im Wohnungsbau, bei der Errichtung sozialer und gesellschaftlicher Einrichtungen, beim Industriebau und im landwirtschaftlichen Bauwesen gezeigt wurden. Bei der Eröffnung im Beisein des Botschafters der UVR in der DDR, Dr. Mátyás Szürös, verwies der Staatssekretär im Ministerium für Bauwesen der DDR, Karl-Heinz Martini, auf die jahrelange erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Bauarbeitern und Projektanten aus der Ungarischen Volksrepublik und der DDR.



Luftaufnahme vom Wohngebiet Megyeri-Kertvaros in Pécs. Architekten: R. Ödön u. a.



Unten: Studentenheim der Hochschule für Elektroindustrie in Budapest. Architekt: D. Töreky

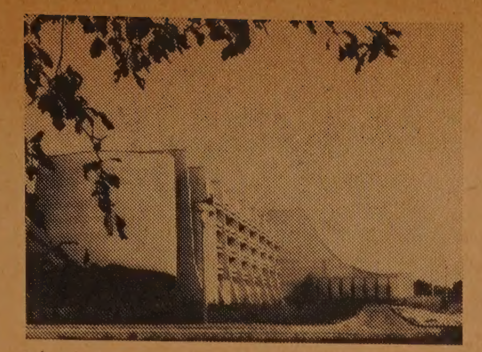


Wohnungen für die 80er Jahre

Zwei wissenschaftliche Arbeitskollektive bulgarischer und sowjetischer Architekten befassen sich bereits seit einigen Jahren mit dem Thema „Architektur der Wohnungen der Periode 1980 bis 1990". Das erste greifbare Ergebnis dieser Arbeit wird die Errichtung eines experimentellen Wohnungskomplexes für 3000 bis 5000 Einwohner in der bulgarischen Stadt Lowetsch sein. Der Bau des Komplexes wird 1979 in Angriff genommen. Das Leben der künftigen Bewohner in ihm soll zum Gegenstand soziologischer Beobachtungen werden, die zur endgültigen Orientierung des Wohnungsbaus im Zeitraum bis 1990 und danach führen sollen.

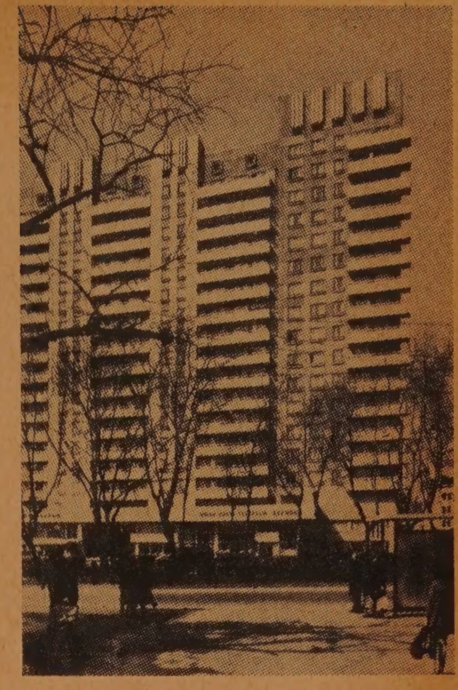
Ausschlaggebender Ansatzpunkt ist dabei der Verzicht auf eine stereotype Außengestaltung des Komplexes. Die Autoren lehnen Hochhäuser (mit Ausnahme einzelner Akzente) ab und geben vier- bis achtgeschossigen Häusern den Vorzug. Die architektonische Vielfalt des Komplexes soll unter anderem durch eine korridor-, galerie- und teppichförmige Anordnung der Gebäude und ein stufenartiges Zurückspringen der oberen Stockwerke erzielt werden. Daneben werden auch die herkömmlichen typisch städtischen Elemente — Plätze, Straßen, Hausgärten, gedeckte Galerien und Innenhöfe beibehalten.

Die Wohnungen sollen den Bedürfnissen der Familie als Ganzes und gleichzeitig den Anforderungen eines jeden ihrer Angehörigen gerecht werden. Durch verschiedene bewegliche Trennwände soll die Möglichkeit entstehen, Räume zu vereinigen oder zu trennen. Zu diesem Entwurf gehören 19 Typen von „Wohnungszellen", durch deren Zusammenfügung eine mannigfaltige Palette von Grundrißlösungen entsteht.



Neues Gebäude der Ukrainischen Kommunistischen Partei in Kiew.
Architekten: M. Budilowskij, W. Ladnyj

Rechts:
Wohnbauten in der Straße der Marxisten in Moskau





Wohngebiet Invalidovna in Prag

Wohnungsmangel und arbeitslose Bauarbeiter in Schweden

Das schwedische Arbeitsministerium rechnet für das I. Quartal 1978 mit einer um 60 Prozent höheren Arbeitslosigkeit bei Bauarbeitern als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Es wird befürchtet, daß etwa 9000 Bauarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren. In diesem Jahr sollen aber nur 46 000 von 56 000 geplanten Wohnungen gebaut werden.

Die Gewerkschaften haben von der Regierung Maßnahmen gefordert, die den Bau vor allem von Mietwohnungen fördern. Die Gemeinden sollen zu einer längerfristigen und umfassenderen Planung angeregt werden, die eine vollwertige Wohnungsversorgung sichert. Um der Wohnungsnot Herr zu werden, müßten nach gewerkschaftlicher Auffassung jährlich rund 75 000 Wohnungen errichtet werden.

Bukarester Dorfmuseum

Das wohl größte Dorfmuseum der Welt befindet sich im Bukarester Herastrau-Park am Ufer eines Sees auf einer Fläche von zehn Hektar. Hier wurden ländliche Bauten verschiedener Zeitepochen aus 42 ethnographischen Zonen Rumäniens errichtet, die in chronologischer Reihenfolge angeordnet sind. Dadurch erhalten die Besucher ein anschauliches Bild von der Entwicklung der ländlichen Architektur des Landes. Im Museum gibt es mehr als 30 000 überlieferte Gegenstände, Schmuck und kleine von Volkskünstlern angefertigte Erzeugnisse sowie etwa 300 architektonische Denkmale.

Windmühle bezog neuen Standort

Einen ungewöhnlichen Umzug hat eine aus dem Jahre 1733 stammende Bockwindmühle überstanden, die von einem Hügel bei Saritsch im Kreis Bautzen nach dem zehn Kilometer entfernten Luga versetzt wurde. Das technische Kulturdenkmal mußte von seinem angestammten Platz weichen, weil sich unter dem einstigen Windmühlenhügel Tonvorkommen befinden, die auf den Abbau durch den VEB Feuerfestwerke Wetro warten. Die Mühle, die einst mit Holzstiften zusammengefügt worden war, wurde zum Zwecke der Reise sorgfältig demontiert und in mühsamer Arbeit an ihren neuen Standort gebracht, wo unlängst das Richtfest begangen werden konnte.

Neues Nahverkehrsmittel für Osaka

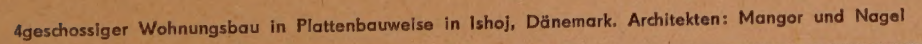
Ein neues, elektronisch gesteuertes Nahverkehrsmittel wird künftig das Zentrum der japanischen Stadt Osaka mit einem ihrer wichtigsten Vororte verbinden. Die fahrerlosen, elektrisch betriebenen Wagen bewegen sich auf Gummirädern an einer Leitschiene, die vorwiegend oberhalb bestehender Verkehrsstraßen geführt werden wird. Die Bahn ist für Geschwindigkeiten bis 60 Kilometer je Stunde ausgelegt, wird aber nur mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 28 Kilometern je Stunde verkehren. Aus Sicherheitsgründen soll sich ein Schaffner in jeder Bahn befinden.

Die erste Strecke wird 6,6 Kilometer lang sein und ab 1980 für den Transport von täglich über 46 000 Passagieren sorgen.

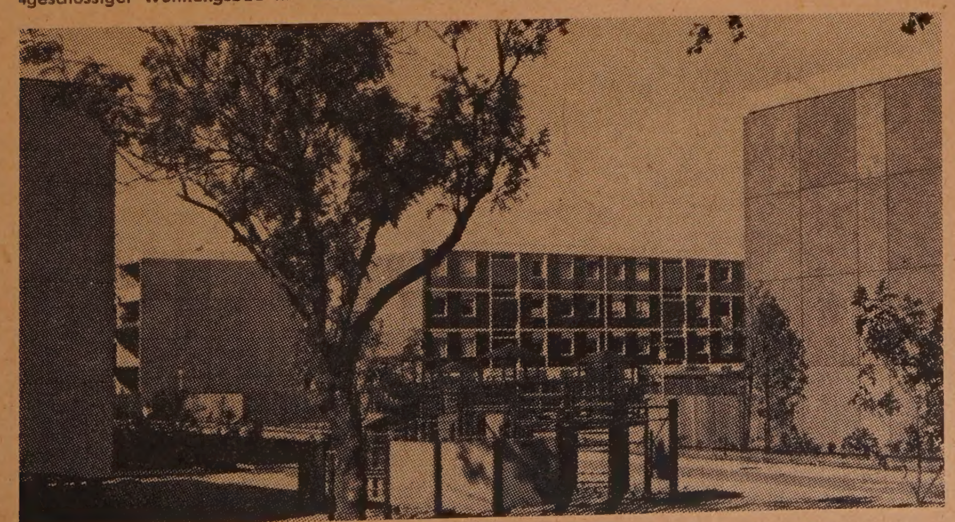
Kritik an Fußgängerzonen

In den letzten Jahren wurden in zahlreichen Städten der BRD Fußgängerzonen angelegt. Zunächst schien damit ein Patentrezept gefunden, die bedrohlichsten Probleme der City zu kurieren. Inzwischen liegt eine Forschungsstudie über die Folgen der Anlage von Fußgängerzonen in 63 BRD-Städten vor. Diagnose: Die Probleme wurden — trotz teilweise hervorragender Leistungen der Architektur — nicht gelöst, sie wurden verdrängt. Die Studie konstatiert für das Hinterland der Fußgängerzonen die „Multiplikation mehrerer negativer Folgen" (Verkehrsüberlastung, Schädigung des Wohnmilieus, Umsatzrückgänge). Die infolge erhöhter Anziehungskraft rapide hochgetriebenen Mieten und Pachten führen zur Verdrängung kleiner Geschäfte und Gaststätten.

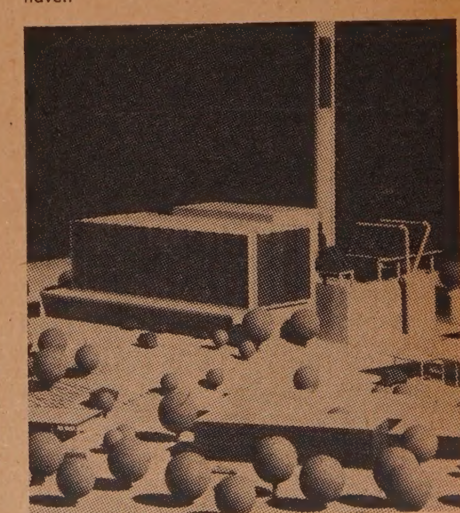
Während die Presse nicht mit harten Worten sparte („Fluch der Fußgängerzonen", „Paradies mit großen Fehlern", „Fußgängerzonen — planerische Sackgassen"), waren andere schon mit einem neuen Rezept zur Hand: Fußgängerzonen sollen nicht auf die „Kaufhausrennbahnen" beschränkt bleiben, sondern auf deren Hinterland und die Wohngebiete ausgedehnt werden. Was aus diesen an sich vernünftigen Gedanken unter kapitalistischen Bedingungen entsteht, zeigt zum Beispiel die Amalienpassage in München, die als Muster einer „Stadtoase" neuer Qualität gepriesen wird. Aus drei Hinterhöfen wurde durch Umbau und eigenwillige bauliche Zutaten eine romantisch verwinkelte Fußgängerzone mit Läden und 203 Eigentumswohnungen geschaffen, die bis zu 350 000 DM kosten, also nur eine Oase für Bemittelte darstellen.



4geschossiger Wohnungsbau in Plattenbauweise in Ishoj, Dänemark. Architekten: Mangor und Nagel



Modell einer Müllbeseitigungsanlage in Bremerhaven



Zur Vorbereitung des Wohnungsbauprogrammes der 80er Jahre und der Umgestaltung innerstädtischer Altbauwohngebiete

Aus dem Referat auf der gemeinsamen Fachtagung der Zentralen Fachgruppen „Städtebau" und „Wohnungs- und Gesellschaftsbau" des BdA der DDR, des Fachverbandes Bauwesen der KDT, der Sektionen und Institute für Städtebau und Architektur und für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR sowie des Erzeugnisgruppenverbandes „Baureparaturen und Modernisierung der Wohn- und Gesellschaftsbauten" der DDR über die Umgestaltung städtischer Altbauwohngebiete.

Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge
Leiter der Abteilung Städtebau
im Ministerium für Bauwesen

Diese Tagung der Städtebauer, Architekten und Ingenieure des BdA der DDR, der KDT und aus weiteren Fachbereichen und Institutionen des Bauwesens ist der Beratung von Aufgaben gewidmet, die der weiteren Durchführung des Wohnungsbauprogramms der DDR dienen.

Ausgehend von den Beschlüssen des VIII. und IX. Parteitages hat die 5. Tagung des ZK der SED darauf orientiert, das Wohnungsbauprogramm in seiner Einheit von Neubau, Modernisierung und Erhaltung der Bausubstanz zu verwirklichen und fest mit dem Prozeß der Vervollkommnung und Erneuerung unserer Städte zu verbinden.

Mit der weiteren Vertiefung der Intensivierung der sozialistischen Produktion und der Nutzung aller Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft werden die Wege zur Lösung der Aufgaben gewiesen. Was wir erreichen wollen, so heißt es im Aufruf zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR, liegt klar vor uns. Unser Land soll noch schöner und wohnlicher werden. Deshalb bleibt es bei unserem Programm des Wachstums, des Wohlstandes und der Stabilität.

Die Ziele sind klar gesteckt, und niemand kann heute mehr bestreiten, daß wir in der DDR auch das feste Fundament geschaffen haben, um solche großen, in die Zukunft weisenden Aufgaben zu erfüllen. So wird seit Jahren der Wohnungsbauplan erfüllt. Jahr für Jahr wird der Umfang des komplexen Wohnungsbaus weiter gesteigert. Zum Beispiel wurden im Jahre 1977 beinahe doppelt soviel Wohnungen gebaut wie im Jahre 1971. Es entstanden städtebauliche Ensembles, Wohngebiete und Gebäude, deren Gestaltung die Zustimmung unserer Bürger und internationale Anerkennung fanden, seien es die Umgestaltung am Arnimplatz in der Hauptstadt, die Klement-Gottwald-Straße in Halle oder Wohngebiete in Rostock, Erfurt, aber auch in Frankfurt, Potsdam, Cottbus und in anderen Städten.

Wir wissen jedoch aus eigener Erfahrung: Solche anerkannten Leistungen sind das Ergebnis intensiver zielstrebiger Arbeit und eines oft harten Ringens um die Erfüllung der Aufgaben.

Aus Einzelbeispielen entstand durch hohe Leistungen Vieler eine zunehmend größere Zahl guter städtebaulich-architektonischer und volkswirtschaftlich effektiver Ergebnisse. Künftig sollte jeder Wohnungsbauaufgabe solchen Anforderungen entsprechen und Ansätze für weitere Verbesserungen erbringen. Ausgehend von der wohnungspolitischen Zielstellung, im Rahmen der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten einer stetig zunehmenden Zahl von Bürgern und bis 1990 für alle Bürger gute Wohnbedingungen zu schaffen, sind die Städtebauer, Architekten und Ingenieure bei der Weiterführung des Wohnungsbauprogramms und der Umgestaltung innerstädtischer Wohngebiete beauftragt, die Qualität und Effektivität durch schöpferische Lösungen zu erhöhen, neue wissenschaftlich-technische Lösungen zu erarbeiten und anzuwenden und volkswirtschaftliches Rechnen im Prozeß des Planens und Projektierens immer bewußter durchzusetzen.

Zum Stand der Erfüllung des Wohnungsbauprogrammes und zur Vorbereitung des Wohnungsbaus der achtziger Jahre

Das von der Partei beschlossene Ziel ist die Lösung der Wohnungsfrage bis 1990. Zu einem Bestand von 6,45 Millionen Wohnungen im Jahre 1975 gilt es, weitere 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen durch Neubau bzw. Modernisierung von 1976 bis 1990 zu schaffen. Wir können heute feststellen: Das Wohnungsbauprogramm 1976 und 1977 wurde erfüllt und übererfüllt, und das gleiche gilt auch für die Gemeinschaftseinrichtungen. Wir können feststellen, daß Ende 1977 bei einem Zeitaufwand von 40 Prozent zum Fünfjahrplan rund 41 Prozent der Fünfjahrplanziele des Wohnungsbaus erreicht sind und die Vorbereitungen getroffen werden, um bis Ende 1978 60 Prozent und mehr zu erreichen, auch als Beitrag für unser Ziel, zusätzlich zu den im Fünfjahrplan beschlossenen 750 000 neuen bzw. modernisierten Wohnungen weitere 100 000 Wohnungen der Bevölkerung bis 1980 zu übergeben. Solche Zahlen klingen beinahe selbstverständlich, aber sie erfordern einen hohen Einsatz aller Bauschaffenden um die tägliche Planerfüllung, aber ebenso auch hohe Leistungen zur Sicherung eines ausreichenden Vorlaufs in der städtebaulichen Vorbereitung, in der Projektierung und der wissenschaftlichen Arbeit.

Gerade das von vielen Kollektiven uneigennützig geführte Ringen um die Planerfüllung, das hohe gesellschaftliche Anerkennung findet, macht auch für das Schaffen im Städtebau und in der Vorbereitungsphase der Bauproduktion klar: Der Maßstab auch dieser Arbeit ist letztlich der realisierte Plan, das fertige, termingerecht in guter Qualität übergebene Bauwerk, die Wohnung, das Wohngebiet.

Die Jahr für Jahr steigenden Wohnungsbauzahlen fordern vom Städtebau und von der Projektierung nicht nur eine analoge, sondern, da der Vorlauf zum Teil noch unzureichend ist, eine noch schnellere Leistungssteigerung im gesamten Bereich der Vorbereitung von der generellen städtebaulichen Planung über die Bebauungskonzeptionen bis zum Ausführungsprojekt. Das gilt sowohl für die weitere Vorbereitung des Wohnungsbaus dieses Fünfjahrplanes als auch für die anlaufende Vorbereitung der Vorhaben in den 80er Jahren. Eine gute Basis dafür haben sich eine Reihe von Bezirken mit den Generalbebauungsplänen ihrer Städte geschaffen. In Auswertung des 7. Kongresses des BdA der DDR entstanden inzwischen in allen Bezirken Grundlinien der städtebaulich-architektonischen Entwicklung.

Ergänzt durch bezirkliche Untersuchungen zum Wohnungsbau bis 1990 und Analysen der Umgestaltungsbedingungen verschiedenen Städte, liegen damit wichtige Grundaussagen vor. Die qualitativen Anforderungen an den Wohnungsbau und notwendigen Entscheidungen über Modernisierung bzw. Ersatzneubau fordern jedoch weitere vertiefende und komplexe Untersuchungen und Planungen. Mit deren Durchführung gemäß Rang- und Reihenfolge künftiger Umgestaltung mittels Wettbewerben und Variantenvergleichen, vor allem aber mit gut organisierter Gemeinschaftsarbeit bereits während der Planungsphase müssen die Wege gefunden werden, um eine gründliche Vorbereitung mit ausreichendem Vorlauf für die Umgestaltungsaufgaben zu erreichen.

Mit der weiteren Wohnungsbauentwicklung wird die DDR 1980 etwa über einen Bestand von 6,7 bis 6,8 Millionen Wohnungen verfügen. Das sind rund 400 Wohnungen auf tausend Einwohner, und das ist auch im internationalen Rahmen eine hohe Ziffer. Da sich jedoch eine gewisse Verringerung der durchschnittlichen Größe der Haushalte zeigt und gegenwärtig noch erhebliche territoriale Unterschiede in der Wohnungsversorgung bestehen, in erster Linie jedoch die sanitärtechnische Ausstattung von 50 Prozent der Wohnungen ungenügend und die Bausubstanz oft überaltert ist, wird es vorerst noch viele Anträge auf Wohnungen geben.

Während solche Städte wie Rostock, Eisenhüttenstadt, Schwedt, Neubrandenburg bereits über einen relativ hohen Anteil modern ausgestatteter Wohnungen verfügen, als Ergebnis des notwendigen gezielten Neuaufbaus der Volkswirtschaft der DDR, werden nunmehr die Wohnbedingungen in solchen Schwerpunkten der Arbeiterklasse wie in der Hauptstadt Berlin, in Leipzig und anderen Städten, besonders im Süden der Republik, konzentriert verbessert. Deshalb ist eine territoriale Differenzierung des Wohnungsbaus wichtiger Bestandteil des langfristigen Wohnungsbauprogramms. Sie wird sowohl zwischen den Bezirken als auch in den Bezirken, zwischen den großen Städten, den Industrieschwerpunkten, und den kleinen Städten und Gemeinden erfolgen. Dabei geht es jedoch zur Lösung der Wohnungsfrage auch darum, in jeder Gemeinde die Wohnungssituation zu verbessern, so wie es auf der 5. Tagung des Zentralkomitees festgelegt wurde.

Neben sehr großen Wohngebieten, wie Berlin-Marzahn, Leipzig-Grünau und anderen großen Wohngebieten, werden deshalb zunehmend auch kleine Wohngebiete und Wohngebäudegruppen errichtet. Damit entstehen kompliziertere Anforderungen an die Vorbereitung und Durchführung des Wohnungsbaus, um auf den sehr unterschiedlichen Standorten rationell und effektiv bauen zu können und auch unter diesen Bedingungen die stadttechnische Erschließung und die Versorgung mit Gemeinschaftseinrichtungen zu gewährleisten.

Große Bedeutung erhält sowohl sozialpolitisch als auch volkswirtschaftlich die Entwicklung der Relationen zwischen Neubau und Modernisierung. Im Fünfjahrplan bis 1980 werden etwa 72 Prozent der Gesamtzahl als neue Wohnungen entstehen und 28 Prozent modernisiert. Es ist einzuschätzen, daß beide Kategorien bis 1990 stark entwickelt werden und die Jahresproduktion im Neubau auf ca. 150 % steigt und die Modernisierung etwa verdoppelt wird, gemessen an 1976. Mit anderen Worten, wir stehen vor der Aufgabe, den Wohnungsneubau mit aller Kraft weiter zu steigern und gleichzeitig die Modernisierungsaufga-

ben in ihrem Umfang und gezielter Qualitätsentwicklung Schritt für Schritt zügig zu erhöhen. Bezogen auf die Aufgaben der Städtebauer und Architekten ist davon auszugehen, daß im Neubau weitere deutliche Ergebnisse der Rationalisierung und Verbesserung der Qualität erzielt und die Modernisierungsmaßnahmen künftig wesentlich umfangreicher mit hohen Ansprüchen an ihre Effektivität vorbereitet werden müssen.

Ausgehend von einer Analyse der Wohnsubstanz und der Umgestaltungsbedingungen innerstädtischer Wohngebiete einer Reihe von Städten wurden auch erste Überlegungen angestellt, in welchen Relationen sich die notwendige Erweiterung der Wohnsubstanz zum Ersatz unbrauchbarer Substanz entwickeln müßte und welche Proportion zwischen dem Wohnungsbau im Innern der Städte und an ihrem Rande entsteht. Während bis 1980 in diesem Fünfjahrplan in den untersuchten Städten weniger als ein Drittel des Neubauprogramms für Wohnungsersatz und über zwei Drittel für die Erweiterung angegeben werden, verändert sich dieses Verhältnis zunehmend zugunsten des Ersatzes und wird Ende der 80er Jahre voraussichtlich etwa umgekehrt verlaufen.

Es muß davon ausgegangen werden, daß der Abrißanteil sehr gering gehalten werden muß, mit einem Mindestanteil bis 1980, um die notwendige möglichst rasche Erweiterung der Anzahl der Wohnungen durchführen zu können.

Aber auch in den anschließenden Jahren nach 1980 muß sehr gewissenhaft vorgegangen werden, um nur das unbedingt Notwendige zu ersetzen. Verschiedene Untersuchungen besagen, daß der Neubau für Wohnungsersatz in großen Städten nicht nur in den oft überbauten Innenstädten erfolgen kann, da unsere Gesellschaft an die Qualität der Wohngebiete und die Ausstattung mit Gemeinschaftseinrichtungen bedeutend höhere Ansprüche und damit auch Flächenanforderungen stellt. Auch wenn zur rationellen Nutzung der Infrastruktur immer eine angemessene Einwohnerdichte in den Innenstädten angesetzt werden muß, werden Wohnungsbauten als Ersatz auf bisher unbebauten Flächen erforderlich.

Da viele Städte gleichzeitig auch künftig eine bestimmte Erweiterung der Wohnsubstanz benötigen, wird auch Ende der achtziger Jahre ein beträchtlicher Anteil des Wohnungsneubaus auf noch nicht bebauten Standorten erfolgen.

Die weitere Erhöhung der Effektivität und der funktionellen und gestalterischen Qualität der Neubauwohngebiete, ihre zweckmäßige Verbindung mit der Gesamtstadt und die rationellste Nutzung bisher unbebauter Flächen bleibt auch auf lange Sicht ein entscheidender Schwerpunkt des Wohnungsbauprogramms.

Es ist ständig daran zu arbeiten, zur planmäßigen Verbesserung der Wohnbedingungen mit hoher sozialer Wirksamkeit die effektivsten Bebauungs- und Gebäudeformen im komplexen Wohnungsbau einzusetzen. So erreichen Wohnhochhäuser und auch vielgeschossige Wohngebäude in ihrer Wohnqualität und als Element der städtebaulich-räumlichen Gestaltung nach vorliegenden Erfahrungen in vielen Fällen nicht derartig positive Ergebnisse, mit denen die in einigen Bezirken erkennbare Tendenz ihrer erweiterten Anwendung begründet wäre. Da die Wohnungen besonders in Hochhäusern wesentlich mehr Aufwand erfordern, als im Geschoßwohnungsbau und viele Beispiele zeigen, daß auch die Bebauungsdichte mit Errichtung von Vielgeschossern und Hochhäusern nur sehr geringfügig ansteigt, sollten sie, ohne auf ihre Anwendung in besonderen Situationen mit spezieller städtebaulicher Wirksamkeit zu verzichten, auf ein städtebaulich und volkswirtschaftlich begründetes Maß eingegrenzt werden.

Dagegen wird es künftig notwendig, sich stärker der Entwicklung von Gebäuden für Hangbebauungen oder für rationelles viergeschossiges Bauen in kleineren Städten zuzuwenden.



1 Modernisiertes Wohngebäude im größten Modernisierungskomplex Berlins am Arnimplatz

Zur Lösung der Wohnungsfrage geht es in den Jahren nach 1980 zunehmend um die Umgestaltung der alten, innerstädtischen Wohngebiete. Obwohl auch heute bereits einige innerstädtische Neubauwohnbereiche entstehen oder vorbereitet werden, z. B. in Dresden-Neustadt, Potsdam und Gotha, nimmt diese Aufgabe dann völlig neue Dimensionen an. Wenn man den Modernisierungsanteil hinzurechnet, wird vielerorts voraussichtlich mehr als die Hälfte des Wohnungsbauprogramms in den Innenstädten realisiert werden.

Schwerpunkte der Umgestaltung sind die alten Arbeiterwohngebiete in der Hauptstadt Berlin, in Leipzig und den anderen Großstädten. Zur Sicherung der besonders komplizierten und umfangreichen Wohnungsbaumaßnahmen wurde nach der Hauptstadt von Partei und Regierung ein Programm zum Wohnungsbau in Leipzig beschlossen. Es ist darauf gerichtet, allen Bewohnern der Messestadt bis 1990 gute Wohnbedingungen zu schaffen.

Das sind außergewöhnlich anspruchsvolle Ziele, gilt es doch, gleichzeitig in allen Städten der DDR und bis in die Dörfer, gestaffelt in der Rang- und Reihenfolge, Schritt für Schritt die Lösung der Wohnungsfrage zu erreichen.

Bei dem hohen Altbaubestand ist eine Modernisierung der verbreitetsten Wohnungskategorie in den mehrgeschossigen Mehrfamilienhäusern der städtischen Altbauwohngebiete von besonderer Bedeutung. Die Herstellung eines guten baulichen Zustandes der Häuser und Wohnungen sowie deren bessere sanitärtechnische Ausstattung sind dabei Schwerpunktaufgaben.

Um frühzeitig Klarheit über die Maßnahmen zur Erfüllung der Wohnungsbauziele bis 1990 zu schaffen, arbeiten die örtlichen Staatsorgane an langfristigen Konzeptionen des Wohnungsbaus. Durch einen genau abgewogenen Einsatz aller Formen der Verbesserung der Wohnbedingungen – Neubau, Ersatzneubau, komplexe und Teilmodernisierung sowie Baureparaturmaßnahmen – gilt es, mit dem höchsten Effekt für die Bürger gute Wohnbedingungen zu erreichen. Auf dieses Ziel konzentriert sich die Vorbereitung des Wohnungsbaus der 80er Jahre und führt durch die Vielfalt künftiger Wohnungsbaumaßnahmen und den zunehmenden Anspruch, mit dem Wohnungsbauprogramm ganz entscheidend zur Umgestaltung unserer Städte beizutragen, zu städtebaulich und bautechnisch höheren Anforderungen.

Daß man auch Untersuchungen zur rationellen stadttechnischen Erschließung in die Vorbereitungen von Beginn an einbeziehen muß, zeigt sich vor allem daran, daß die Weiternutzung vorhandener Netze und Anlagen, aber in vielen Städten auch oft umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung der Ver- und Entsorgung geklärt werden müssen.

Diese Anstrengungen zur Lösung der Wohnungsfrage sind vor allem deshalb erforderlich, weil auch bei dem geplanten sehr hohen Einsatz von Mitteln und Kapazitäten das Ziel nur erreicht wird, wenn jede Maßnahme des Wohnungsbauprogramms dazu ein Baustein sein wird, wenn alle Probleme abgewogen, die territorialen Zusammenhänge geklärt und alle Möglichkeiten rationeller Wohnungsschaffung und -verbesserung genutzt werden.

Zur Vorbereitung der Umgestaltung innerstädtischer Altbauwohngebiete

Im Beschluß der 5. Tagung des Zentralkomitees der SED heißt es: „Mit allem Nachdruck steht die Aufgabe, den städteplanerischen und wissenschaftlich-technischen Vorlauf für die nach 1980 verstärkt notwendig werdende Rekonstruktion und Modernisierung von innerstädtischen Altbauwohngebieten zu schaffen und beginnend in der Hauptstadt Berlin, in Leipzig und anderen Zentren der Arbeiterklasse rationelle praktische Lösungen zu erproben." Das ist eine verpflichtende, hohe Aufgaben-

stellung, die in ihrer ganzen Komplexität bis zum konkreten Ergebnis führen muß.
Eine Reihe wichtiger Vorarbeiten wurden im Zusammenwirken von Wissenschaft, städtebaulicher Planung und Produktionsvorbereitung geleistet und dabei erste Erfahrungen gesammelt. Mit der Erarbeitung von etwa 150 Generalbebauungsplänen haben sich viele örtliche Staatsorgane wichtige Führungsinstrumente zur Vorbereitung der Umgestaltungsaufgaben in ihren Städten und zur Weiterführung des Wohnungsbauprogrammes geschaffen. Für bisher etwa 60 dieser Städte wurden Untersuchungen über die Realisierungsbedingungen des Ersatzwohnungsbaus auf innerstädtischen Standorten durchgeführt und davon die erste Gruppe von über 20 Städten nach einheitlichen Kriterien durch die Bauakademie der DDR ausgewertet. Für besonders wichtige Umgestaltungsgebiete, wie Berlin-Prenzlauer Berg, Leipzig-Ostvorstadt und Magdeburg-Neue Neustadt erfolgten und werden Beispielplanungen weitergeführt. Zur Klärung spezifischer Probleme des Ersatzneubaus in der Großplattenbauweise für Umgestaltungsgebiete in Zentrumsbereichen von Mittelstädten läuft ein Experimentalvorhaben in Greifswald. Wertvolle Erfahrungen konnten bei der komplexen Modernisierung von Qartalen vor allem in Arbeiterwohngebieten Berlins und Leipzigs gesammelt werden. Zur Verbesserung der Technologien und der Bauorganisation sowie der Vorbereitung der Modernisierung konnten bereits erste Auswertungen erfolgen. Diese Ergebnisse wurden auf Erfahrungsaustauschen beraten und als Erfahrungsberichte oder vorläufige Empfehlungen von der Bauakademie verallgemeinert.

Im Prozeß dieser Vorbereitung auf die künftige Umgestaltung der Altbauwohngebiete wurde besonders deutlich, daß nur ein enges, aufeinander abgestimmtes Zusammenarbeiten von Wissenschaft und Praxis, von städtebaulicher Planung, einschließlich der stadttechnischen und der Verkehrsplanung, von Technologie und Bauproduktion des Neubaues, der Modernisierung und des Tiefbaus zu den Erkenntnissen und Erfahrungen führen kann, die eine hohe Effektivität und Qualität bei der Umgestaltung der Altbauwohngebiete erreichbar machen. Die Erfahrungen und ersten guten Ergebnisse lehren uns: Die Umgestaltung der Städte beherrschen lernen, das erfordert, die Vorzüge unserer sozialistischen Gesellschaft immer besser zu nutzen. Das setzt breite sozialistische Gemeinschaftsarbeit, initiativreiches Arbeiten und zielstrebige Leitung voraus. Und so wie für die Bauschaffenden ergeben sich auch für die örtlichen Staatsorgane und ihre Fachbereiche, für die Volksvertreter und die Nationale Front aus dieser besonderen Form der Weiterführung des Wohnungsbauprogramms neue höhere Anforderungen, beginnend bei den politischen und sozialen Aspekten der Vorbereitung der Umgestaltung bis zu solch speziellen Problemen, die das Wohnen und Bauen auf engstem Raum hervorrufen. Die verantwortungsbewußte Leitungstätigkeit und aktive Mitwirkung, die von den örtlichen Staatsorganen bisher bei den Beispielplanungen und ersten Realisierungen erfolgte, und die vielfältige Unterstützung und Beratung durch die Parteileitungen beweisen, daß die Bauaufgabe der Rekonstruktion und Modernisierung in besonderem Maße eine politische und soziale Aufgabe ist. Dem Bauwesen, seinen wissenschaftlichen Einrichtungen und der städtebaulichen Vorbereitung erwachsen daraus höhere Anforderungen und Verantwortlichkeiten.

Mit der bisherigen Umgestaltungsvorbereitung wurden wichtige Probleme herausgearbeitet, Fragen aufgeworfen und erste Lösungen vorgeschlagen. Ausgehend von Analysen des gegenwärtig erreichten Standes der städtebaulichen Vorbereitung und der wissenschaftlich-technischen Arbeiten wurde vom Ministerium für Bauwesen und der Bauakademie der DDR ein Maßnahmeplan zur Sicherung eines komplexen und koordinierten wissenschaftlich-technischen und städtebaulichen Vorlaufes zur Umgestaltung von Wohngebieten erarbeitet.

Die Hauptkomplexe sind:

- städtebauliche Vorbereitung von Umgestaltungsmaßnahmen
- Instandsetzung und Modernisierung der Hoch- und Tiefbausubstanz
- Neubau in innerstädtischen Umgestaltungsgebieten.

Es geht um die Weiterführung des Wohnungsbauprogrammes in seiner Einheit von Neubau, Modernisierung und Erhaltung der Bausubstanz, das damit Auslöser und gleichzeitig politischer und materieller Träger des Prozesses der Vervollkommnung und Erneuerung unserer Städte wird.

Jetzt gilt es, beschleunigt die Schritte zu gehen, die den realen Weg für die Umgestaltung der alten Wohngebiete in den 80er Jahren vorbereiten.

Probleme und Aufgaben des Städtebaus

Mit der städtebaulichen Forschung, Planung und Vorbereitung müssen Grundfragen zur Erreichung einer hohen Effektivität und Qualität der Umgestaltung geklärt, aber auch bereits erste konkrete Vorbereitungsdokumentationen erarbeitet werden. Eine entscheidende Aufgabe besteht darin, die geeignetsten Rekonstruktionsgebiete mit Art und Ziel ihrer Umgestaltung herauszuarbeiten und die sozialpolitisch und volkswirtschaftlich effektivste Rang- und Reihenfolge zu bestimmen. Das wurde mit den Generalbebauungsplänen vorbereitet. Wie jedoch die Untersuchungen der Realisierungsbedingungen in einer Reihe von Städten beweisen, müssen die bisherigen Planungsergebnisse weiter präzisiert werden. Deshalb sehen wir als entscheidende Aufgabe der Weiterführung der Generalbebauungspläne ihre vertiefende, auf die künftigen Baugebiete bezogene Bearbeitung in Form von Leitplanungen mit Realisierungskonzeptionen. Bevor mit der Erarbeitung der Bebauungskonzeptionen begonnen wird, sollen hierbei in Wechselwirkung mit den gesellschaftspolitischen und volkswirtschaftlichen Zielstellungen der örtlichen Staatsorgane die Ausgangspunkte für die effektive, realisierbare Umgestaltung geschaffen werden.

Die Erfahrungen besagen, daß die aus einem untersuchten Gebiet gewonnenen Erkenntnisse wichtige und wertvolle Grundlagen für die Umgestaltungsaufgaben erbringen, daß aber jedes Altbauwohngebiet eine ganz spezifische soziale, bauliche und funktionell-gestalterische Struktur aus seiner langfristigen Entwicklung besitzt, die immer wieder neue Ermittlungen und Überlegungen erfordert, um geeignete realisierbare Lösungen zur Entscheidung stellen zu können.

Obwohl z. B. der Berliner Prenzlauer Berg und die Leipziger Ostvorstadt sich im wesentlichen als alte Arbeiterwohngebiete der Gründerzeit in Großstädten ähneln, weisen die Bebauungsformen, das soziale Gefüge, die Bausubstanz und die Beziehung zur Gesamtstadt beträchtliche Unterschiede aus, die ganz spezielle städtebauliche Bearbeitungen erfordern und Lösungswege vorsehen. Das gleiche wird aber auch in ein und derselben Stadt notwendig, vor allem um die geeignetsten Relationen zwischen Modernisierung, Abriß und Neubau und damit das immer wieder wechselnde Grundprinzip der Umgestaltung zu ermitteln.

Solche vertiefenden Untersuchungen ermöglichen erst die eindeutige Klärung der Anteile von Modernisierung und Ersatzneubau, die Ermittlung der dominierenden Grundform der Umgestaltung, ausgehend von dem Prinzip der Erhaltung des Erhaltenswerten. Erst eine gewissenhafte, von der Analyse und Wertung der Substanz und der städtebaulichen Situation ausgehenden Planung und Vorbereitung kann auch den Nachweis über die Anwendbarkeit und spezifische Bedingungen des notwendigen umfangreichen Einsatzes des Großplattenbaus führen. Das setzt allerdings beim Städtebau die Kenntnis und Berücksichtigung der technischen Politik des Bauwesens und bei den Produktionsbetrieben die Bereitschaft zur Weiterentwicklung der Produktionslinien und Technologien gemäß den neuen Bedingungen voraus.

Große Bedeutung besitzt die Klärung der künftigen Bebauungsdichte, sowohl bei der Modernisierung als auch beim Ersatzneubau und den jeweiligen Mischformen. Die Aufgabe besteht darin, möglichst viele Wohnungen in den Altstadtgebieten zu belassen bzw. neu zu errichten, denn das Bauen am Stadtrand erfordert hohe Aufwendungen für die Verkehrserschließung und den Nahverkehr, und wir sind verpflichtet, landwirtschaftliche Nutzflächen so gering wie möglich in Anspruch zu nehmen. Viele Bewohner möchten auch künftig weiter in den innerstädtischen Gebieten wohnen. Deshalb ist eine rationelle Flächennutzung eine der grundsätzlichen Anforderungen bei der Umgestaltung.

Bei Großstädten ist auch bei der Modernisierung wegen der oft außerordentlichen Überbauung aus kapitalistischer Zeit eine Auflockerung erforderlich, denn Einwohnerdichten von 400 bis 500 Einwohnern je ha und gleichzeitig häufig zusätzlich etwa 200 Arbeitskräfte in unterschiedlichsten Arbeitsstätten übersteigen das Maß rationeller Flächennutzung auch bei berechtigter höherer Wohndichte in innerstädtischen Gebieten. Bei den erwähnten Großstadtbeispielen wird mit einer Minderung um etwa ein Drittel gerechnet. Das muß jedoch nicht identisch sein mit der Abrißquote, sondern erfolgt teilweise durch die Veränderung der Wohnungen im Rahmen der Modernisierung, durch Aufgeben von Überbelegungen und durch Nutzungsänderungen, z. B. der Erdgeschosse der Wohnbauten.

Die Klärung der Beseitigung enger Hinterhöfe, wie überhaupt die Schaffung neuer Hofgestaltungen ist eine wichtige Aufgabe der Vorbereitung komplexer Umgestaltungen. Dennoch können wir nicht das Ziel verfolgen, die Umgestaltung bebauter Gebiete im Stadtinnern in jedem Falle nach den Kennziffern für Neubauwohngebiete durchzuführen. Um trotzdem gute Wohnbedingungen zu schaffen, werden weitere Überlegungen erforderlich und praktische Erfahrungen sowie Planungsvorschläge ausgetauscht, die in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt und anderen Städten erarbeitet wurden.

Es sind Modifizierungen der Regelungen zur Besonnung der Wohnungen zu klären, aber auch Nutzungsänderungen mit Aufhebung von Erdgeschoßwohnungen und Hinterhausabbrüche zur Verbesserung der Besonnung. Neue, den Straßenverkehr im Wohngebiet reduzierende Verkehrslösungen in Verbindung mit rationeller Abstellung der Pkw werden ebenso erforderlich wie die Schaffung flächengünstiger Gemeinschaftseinrichtungen oder ihre verstärkte Unterbringung in den vorhandenen Gebäuden.

Die Analysen der Umgestaltungsbedingungen verschiedener Städte zeigten z. B., daß durch Nutzung vorhandener Einrichtungen bis zu einem Viertel der Kosten für die Gemeinschaftseinrichtungen des Wohnungsneubaues je Wohnung eingespart werden konnten. Hier zeigt sich auch, daß die harmonische Verbindung von Altem und Neuem nicht nur eine gestalterische Aufgabe ist, sondern Wege zur rationellen Erfüllung des sozialpolitischen Programms weist. Auch diese Spezifik der Umgestaltung muß weiter bearbeitet werden, manches Gebäude, das vielleicht nicht mehr einen entsprechend hohen Wohnwert ermöglicht, wäre für andere gesellschaftliche Zwecke durchaus noch nutzbar.

Und bevor man Baulücken in bestehenden Straßenzügen schließt oder Altes abreißt



2 Neubauten im Wohngebiet Rostock-Lichtenhagen

und Ersatzneubau einfügt, sollte Bilanz gezogen werden über die unbedingt notwendigen Freiflächen, z. B. für Kinderspielplätze und ausreichende Grünanlagen, natürlich auch unter Berücksichtigung in der Nähe befindlicher Parks oder verfügbarer Flächen.

Die Rekonstruktion der Wohngebiete erfordert grundsätzlich die rationellste Nutzung der vorhandenen Flächen und stellt auch deshalb besondere Ansprüche an schöpferisches Gestalten, um Altes und Neues in geeigneter und effektiver Weise zu verbinden. Die Palette führt von Bereichen, wo künftig deutlich das Neue dominieren wird, bis zur sorgfältigen Einordnung neuer und zur Modernisierung vorhandener Bauten bei der Pflege und Bewahrung wertvoller historischer Ensembles und Bauwerke.

Bei den Untersuchungen zum Wohnungsbau in Altbauwohngebieten stellte sich ein Kernproblem heraus, zu dem grundsätzlich Stellung bezogen und das in jedem Falle sehr konkret und realistisch geklärt werden muß. Das ist die Behandlung der vorhandenen eingelagerten Arbeitsstätten unterschiedlichsten Charakters und Bauzustandes. Eine Analyse einer Reihe von Städten besagt, daß etwa 13 m^2 Bruttofläche solcher Bauwerke auf eine Wohnung in diesen Altbaugebieten entfällt. Es sind vor allem zwei Aspekte, die die Grundposition dazu bestimmen.

Einmal besitzen diese Altbauwohngebiete den Charakter von Mischgebieten, Arbeiten und Wohnen sind eng verbunden. Das ist oft zu eng und stört das Wohnen, hat aber in der Verbindung unterschiedlicher Lebenssphären und Funktionen einen positiven Kern, der, in Neubaugebieten nicht erreichbar und in dieser Form auch nicht erstrebenswert, hier sinnvoll weiterentwickelt werden sollte. Zum anderen und ausschlaggebenden ist das Produktionsvolumen in diesen Arbeitsstätten ein beträchtlicher und nicht aufgebbarer Teil der Gesamtproduktion der Volkswirtschaft. Das Aufgeben dieser Arbeitsstätten, das in großem Umfang Ersatzbauten und Verlagerungen zwingend voraussetzt, würde zu Aufwendungen in volkswirtschaftlichen Größen führen, die nicht zu realisieren sind.

Es ist notwendig, diese Arbeitsstätten im Prinzip zu erhalten und auch bei ihnen Schritt für Schritt rationelle Maßnahmen der Instandsetzung und Modernisierung durchzuführen und Verlagerungen und Abbrüche nur in dem Maße zuzulassen, wie es unumgänglich wird und volkswirtschaftlich notwendig und realisierbar ist. Viel wichtiger ist die gründliche Klärung der weiteren Nutzung, der Möglichkeiten durch Austausch von Produktionen oder Rationalisierungen und Arbeitsplatzverbesserungen gleichzeitig Störfaktoren zu mindern, also für das Wohnen und das Arbeiten deutliche Verbesserungen vorzubereiten. Die Erfahrungen besagen, daß erst bei konkreter Auseinandersetzung mit den oft sehr komplizierten Problemen und in Zusammenarbeit mit den örtlichen Staatsorganen und den Verantwortlichen für diese Arbeitsstätten Ansätze für reale Lösungen erreicht werden können. Das ist eine besonders gravierende Seite der Vorbereitung der Umgestaltung, die bei den Städtebauern beginnend eine bisher in dem Maße nicht benötigte und deshalb neue spezielle Kenntnis und intensive Bearbeitung erfordert. Ähnlich verhält es sich mit den Aufgaben der stadttechnischen Erschließung, wo nur detaillierte Kenntnisse über die vorhandenen Netze und Anlagen und ihre weitere Verwendbarkeit, die in einigen Fällen als beträchtlich ermittelt wurde, verbunden mit der Anwendung spezieller Bautechnologien zu den notwendigen rationellen Lösungen führen.

Da die Rekonstruktion und Modernisierung der Altbauwohngebiete als Teil der Lösung der Wohnungsfrage in wenigen Jahren bedeutenden Umfang erreichen wird, nutzen uns kühne Planungen nur dann, wenn sie gleichzeitig mit den Kräften und Mitteln zur realisieren sind, die die Volkswirtschaft der DDR dafür erarbeiten und bereitstellen kann. Die bisherigen Untersuchungen zum Ersatzwohnungsbau auf innerstädtischen Standorten beinhalten insgesamt einen wesentlich höheren Aufwand gegenüber dem Neubau am Stadtrand. Das wird in vielen Fällen nicht vermeidbar sein, schon bedingt durch den zusätzlichen Aufwand für Abriß, Umsetzungen oder notwendige Verlagerungen, Grundstückserwerb und häufig kompliziertere technologische Bedingungen des Bauens. Aber die Untersuchungen zeigen auch, daß es Positionen gibt, wo eine gute, komplexe Vorbereitung zur Senkung des Aufwandes beitragen kann. Zum Beispiel dann, wenn städtebauliche Gestaltung und Bautechnologie aufeinander abgestimmt sind und vorhandene Bauten für die Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen genutzt werden, wenn noch funktionsfähige stadttechnische Netze belassen und ihr Leistungsvermögen bei den Bauvorhaben berücksichtigt wird, wenn Abbrüche möglichst gering gehalten werden, aber bei ihrer Notwendigkeit auch technologische Anforderungen des Neubaus berücksichtigt werden. Für die wichtigsten Städte werden deshalb nochmals Präzisierungen der Realisierungsuntersuchungen mit der Vorgabe von Orientierungskennziffern für die Umgestaltung durchgeführt. Sie werden sich vor allem auf jene Wohngebiete erstrecken, deren Umgestaltung bereits zu Beginn der 80er Jahre vorgesehen ist.

Der Städtebau hat also in der wissenschaftlichen und der Planungsarbeit für die Rekonstruktion und Modernisierung umfangreiche und dabei neuartige Aufgaben zu lösen.

Wir gehen bei den vorgesehenen Maßnahmen davon aus, daß sich die inzwischen gut bewährte Zusammenarbeit der Chefarchitekten und der Büros für Städtebau in den Bezirken und Städten mit dem Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie und den Städtebausektionen der Hochschulen sowie mit dem Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur der Hochschule Weimar und das Zusammenwirken mit dem BdA der DDR, der KDT, aber auch mit den Baukombinaten weiter vertieft, um zielstrebig wissenschaftliche Erkenntnisse zu erarbeiten und zu verallgemeinern und eng mit der konkreten Vorbereitung zu verbinden.

Als Schwerpunkte in der städtebaulichen Planung müssen die Realisierungsbedingungen vertiefend weiter untersucht werden, sind zur Präzisierung der Generalbebauungspläne Leitplanungen und Realisierungskonzeptionen für Umgestaltung und erste Bebauungskonzeptionen zu erarbeiten und ist die Arbeit an langfristigen Konzeptionen des Wohnungsbaus und an weiteren Generalbebauungsplänen weiterzuführen.

Die Hauptkomplexe der wissenschaftlichen städtebaulichen Vorbereitung bestehen darin, Grundlagen und Entscheidungsvorschläge für die städtebauliche Umsetzung der Grundproportionen zwischen Erhaltung, Modernisierung und Erneuerung herauszuarbeiten, Analysen für die Realisierungsbedingungen zu verdichten und auszuwerten, Grundlagen und eine Methodik für die städtebauliche Vorbereitung der Umgestaltung von Altbauwohngebieten zu schaffen und direkt an Beispielplanungen und Umgestaltungsvorbereitungen, besonders für die Hauptstadt Berlin, mitzuwirken.

Zur Modernisierung der Altbauwohnungen und der weiteren Entwicklung des Wohnungsneubaus in Umgestaltungsgebieten

Die städtebauliche Vorbereitung erhält ihre besondere Bedeutung dann, wenn es um die Modernisierung ganzer Wohnquartale oder sogar Wohngebiete geht. Das kann, wie die Erfahrungen zeigen, eine beinahe reine Modernisierungsaufgabe sein, aber auch eine Mischung von Modernisierung und Ersatzneubau. Das Spezifische ist die notwendige frühzeitige Analyse der Bausubstanz, die Kenntnis der sozialen Struktur, der Wohngewohnheiten und -bedingungen und vieler anderer Details, die im Neubaugebiet nicht existent sind. Deshalb kann die komplexe Modernisierung nur in direktem Zusammenwirken von örtlichen Staatsorganen mit nachgeordneten Einrichtungen, städtebaulicher Planung und den Baubetrieben und eng verbunden mit den Bürgern und ihren Organen der Nationalen Front vorbereitet werden.

Um die Modernisierung in der vorgesehenen Größe und Zielgerichtetheit realisieren zu können, müssen insbesondere neue Ergebnisse in der Entwicklung und Anwendung von modernen Technologien erreicht und verbesserte Organisationsformen der Durchführung der Modernisierung eingeführt werden. Insbesondere geht es um die Erhöhung der industriellen Methoden der Instandsetzungsmaßnahmen und die Modernisierung der Bausubstanz.

Eine Reihe bewährter Beispiele der Instandsetzung und Instandhaltung nach Erzeugnislinien wie Fließstrecken für Dächer und Fassaden sind Grundlagen weiterer wissenschaftlicher Arbeiten und praktischer Erprobungen für die verstärkte Anwendung von rationellen Taktstraßentechnologien. Es wird auch an solchen Technologien gearbeitet, die eine serienmäßige Modernisierung von Sanitärbereichen in Wohnungen ermöglichen, ohne daß die völlige Räumung der Wohnungen erforderlich wird.

Vor allem mit den neugebildeten Betrieben, im Baukombinat Modernisierung Berlin und im Kombinat für Baureparaturen Leipzig werden Erkenntnisse und Erfahrungen zu den Fragen der Produktionsorganisation und der Durchsetzung moderner Bautechnologien auf dem Gebiete der Modernisierung gewonnen, die weiter ausgewertet werden müssen.

Bekanntlich gilt es, in der Modernisierung und Instandsetzung vor allem den Stundenaufwand je Wohnung deutlich weiter zu senken, einen höheren Grad der Mechanisierung zu erreichen, um die Modernisierung schließlich in die Größenordnung und Produktivität zu bringen, die dem hohen Anteil modernisierungswürdiger Wohnsubstanz der Städte effektiv entspricht. Dabei geht es vor allem um mehrgeschossige Wohngebäude mit brauchbarer Grundsubstanz, die rationell modernisiert werden können. Die Beispiele am Arnimplatz Berlin und in Leipzig-Leutzsch beweisen, daß eine zusammenhängende Modernisierung ganzer Altbauwohnviertel ganz wesentlich ein rationelles Produzieren fördert und gleichzeitig zu einer sehr ansprechenden Gestaltung der Wohnbereiche führt.

Eine andere sehr wichtige Aufgabe ist die Entwicklung und Anwendung von Technologien für die rationelle Instandsetzung und Modernisierung der Tiefbausubstanz. Es geht sowohl um breitere Anwendung bereits gewonnener Erkenntnisse und um ihre weitere Vervollkommnung, z. B. Anwendung von Sanierungsverfahren für Wasser- und Gasleitungen und der Flachverlegungen, als auch um die Entwicklung und Einführung neuer technologischer Lösungen, z. B. bei der Verlegung von Primärleitungen.

In den größeren Städten sollten besonders für die Umgestaltungsmaßnahmen die Möglichkeiten der Tiefbaukoordinierung sowohl bei der Durchführung als auch bei der Vorbereitung der Maßnahmen verstärkt genutzt werden, um wirksam zur Aufwandssenkung und Rationalisierung der stadttechnischen Erschließung beizutragen. Das ist in den Bezirksstädten ein entscheidendes Aufgabengebiet der Tiefbaukoordinierungen.

Neben der komplexen Modernisierung nimmt der Neubau in innerstädtischen Wohngebieten künftig wesentlich zu, schlechte Substanz ist auszusondern, unter speziellen Bedingungen sind die Wohngebäude neu zu errichten. Dazu müssen sehr wichtige Fragen der Erzeugnisentwicklung und der Entwicklung geeigneter Technologien gelöst werden. Die Umgestaltung durch Neubaumaßnahmen erfolgt bei verschlissener Bausubstanz mit dem Ziel, neue, bessere Wohnbedingungen zu schaffen gemäß den Ansprüchen unserer sozialistischen Gesellschaft. Das verändert auch das Aussehen der Altbauwohngebiete. Zum Teil werden die Neubauten in die Altsubstanz eingefügt werden, zum Teil wird aber auch der Neubauanteil in bestimmten Gebieten dominieren. Der Wohnungsneubau muß also einfügbar sein und auch ein eigenständiges charakteristisches Stadtbild prägen können.

Bereits durchgeführte Umgestaltungen mit Ersatzneubau, wie in Berlin an der Straße der Pariser Kommune, am Juri-Gagarin-Ring in Erfurt und an der Straße der Befreiung in Dresden zeigen dazu viel Positives, aber auch die Probleme, die eine zu begrenzte Erzeugnisentwicklung besonders in Innenstädten hervorbringt. Der künftige Umfang des Ersatzneubaus in Innenstädten kann in seiner breiten Anwendung nur mit der Massenbasis des Wohnungsbauprogramms, also mit den modernen Plattenwerken, entsprechenden Erzeugnissen und Technologien, vor allem der WBS 70, bewältigt werden. Aber die Bedingungen sind komplizierter und unterschiedlicher und die Ansprüche der Bürger an gute Gestaltung steigen. Deshalb wurden in den Maßnahmeplan des Ministeriums für Bauwesen ausgehend von Grundsatzuntersuchungen mit interessanten, positiven Ergebnissen weitere Entwicklungsaufgaben zur Vervollkommnung der Großplattenbauweise und besonders zur Weiterentwicklung der WBS 70 für die Umgestaltung festgelegt. Vorgesehen ist die schrittweise Bereicherung der Projektlösungen und Gebäudeteile, insbesondere zur Differenzierung der Gebäudelängen, zur Durchführung notwendiger Richtungsänderungen in den Häuserfluchten, zur verstärkten Durchsetzung von Funktionsunterlagerungen sowie die Berücksichtigung unterschiedlicher Gebäudehöhen.

Besonders für Klein- und Mittelstädte gilt es aber auch, die Block- und Streifenbauweise zur Anwendung in innerstädtischen Umgestaltungsgebieten unter ähnlichen Anforderungen wie beim Plattenbau weiter zu rationalisieren, und es wird weiterhin erforderlich, bestimmte Kapazitäten des industriellen Monolithbaues sowie auch des Ziegelbaues als Ergänzungen zum Plattenbau für den Einsatz an Standorten mit speziellen Anforderungen, vor allem in Bereichen historischer Stadtstrukturen und des Denkmalschutzes, einsetzbar zu machen. Auch bei Gemeinschaftseinrichtungen werden Ergänzungslösungen für die Anwendung in Umgestaltungsgebieten vorgesehen.

Neben der Entwicklung von Erzeugnissen ist vor allem die Weiterentwicklung industrieller Technologien des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus gemäß den Bedingungen in innerstädtischen Umgestaltungsgebieten eine dringliche Aufgabe. Mit der Entwicklung von Technologien soll die Anwendung der Takt- und Fließfertigung für Neubauten in Umgestaltungsgebieten bei wechselnden Geschoßanzahlen und differenzierten Gebäudelängen und auch bei häufig engen Straßen und sehr geringem Flächenangebot für die Baudurchführung vorbereitet werden. Es sind also komplizierte Prozesse der Bauproduktion, die auch unter den Bedingungen einer kontinuierlichen, sich weiter steigernden Wohnungsbauproduktion schrittweise eingeführt werden müssen.

Zur Sicherung der Vorbereitung der Umgestaltung der Altbauwohngebiete und der weiteren Durchführung des Wohnungsbaus der 80er Jahre zur Lösung der Wohnungsfrage gehört eine entscheidende Prämisse: Das ist die zielstrebige planmäßige Erfüllung des Wohnungsbauprogramms des Fünfjahrplanes 1976 bis 1980. In dem Maße, wie dazu alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, die Bebauungskonzeptionen und Grundsatzentscheidungen mit stabilem Vorlauf entstehen, die Einhaltung der Normative und eine hohe Effektivität und Qualität in den neuentstehenden Wohngebieten erreicht wird, in dem Maße entstehen die Grundlage und die Voraussetzung für die Bewältigung der kommenden höheren Aufgaben.

Das ist auch für die Städtebauer, Architekten und Ingenieure eine verpflichtende Aufgabe.

Gleichzeitig gilt es, die Vorbereitung auf die Aufgaben der 80er Jahre in ihrer notwendigen Komplexität wissenschaftlicher, städteplanerischer und bautechnischer Ausarbeitungen zu beschleunigen und konkrete Grundlagen für die Rekonstruktion und Modernisierung der Altbauwohngebiete zu schaffen.

Mit großem Verantwortungsbewußtsein müssen mit den Plänen Wissenschaft und Technik und den städtebaulichen Planungen die Aufgaben und Maßnahmen vorbereitet werden, die eine hohe Effektivität der künftigen Umgestaltungsmaßnahmen zur Lösung der Wohnungsfrage gewährleisten.

Es gibt wohl keine schönere Aufgabe für die Städtebauer, Architekten und Ingenieure, als – eingereiht in das große Wettbewerbsprogramm der Bauschaffenden zum 30. Jahrestag – mitzuhelfen, die Wohnungsfrage in der DDR zu lösen und damit unsere Städte und Gemeinden zu vervollkommnen und zu erneuern.

Entwicklung großer Städte unter Ausbildung von Gruppensiedlungssystemen

Kandidat der Architektur G. Malojan
Zentrales Wissenschaftliches Forschungsinstitut für Projektierung des Städtebaus

In den Materialien des XXV. Parteitages der KPdSU ist ein umfassendes Programm der sozialen Entwicklung enthalten, das auf die weitere Verbesserung der Arbeits-, Lebens- und Erholungsbedingungen der Bevölkerung gerichtet ist. Es weist den Weg zur Vervollkommnung des Städtebaus als weitgespanntes Tätigkeitsfeld, das mit der sozialen und volkswirtschaftlichen Planung eng zusammenhängt. In den „Hauptrichtungen der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in der Zeit von 1976 bis 1980" wird der „Lösung der Aufgaben des Städtebaus in Übereinstimmung mit den Generalplänen der Städte" besondere Beachtung gewidmet. Um dieses Ziel erreichen zu können, muß die Qualität der Projektierung erhöht und die in den Projekten für die Generalpläne der Städte erarbeiteten Leitlinien wissenschaftlich begründet werden.

Ausgehend von der Theorie und Praxis der Planung und Bebauung von Städten hat die ihrem Inhalt nach außerordentlich vielseitige städtebauliche Tätigkeit bei der Erarbeitung des Generalplanes für eine Stadt einem umfassenden Komplex sozialökonomischer, architektonischer, technischer, sanitärhygienischer und ökologischer Probleme gerecht zu werden. Die Schwerpunkte eines solchen Plans werden unter Berücksichtigung der Ergebnisse einer Untersuchung der gewachsenen räumlichen Gliederung und Bebauung, der Verteilung der Bevölkerung auf das Stadtgebiet, der Standortverteilung der Arbeitsstätten und der Bereiche der Erholung und Freizeitgestaltung sowie der gesicherten Bereitstellung von Wohnraum und von Einrichtungen der Kultur und Versorgung festgelegt. Weitere, ebenfalls wichtige Voraussetzungen sind die Organisation des städtischen Verkehrswesens, der Zustand der technischen Ausrüstung und der kommunalen Einrichtungen sowie die Begrünung der Stadt und ihrer unmittelbaren Umgebung. Die durch die Natur gebotenen Voraussetzungen sind zu erforschen, das Territorium ist vom Standpunkt der ingenieurbaulichen Eignung und des sanitärhygienischen Zustands zu beurteilen, technisch-wirtschaftliche Kennziffern für die Bautätigkeit sind zu ermitteln. Das Studium des gesamten Komplexes der vorstehend umrissenen Probleme gründet sich auf spezielle Prüfungen, die die Bestimmung des Volumens der projektplanerischen und der zu leistenden Forschungsarbeiten zum Gegenstand haben. In diesem Rahmen sind auch Ausgangsdaten für die Schaffung der technisch-wirtschaftlichen Grundlagen für die Planung und Bebauung zu erarbeiten. Eine besondere Form der Forschungstätigkeit, deren Bedeutung in den letzten Jahren immer deutlicher wurde, ist die Analyse demografischer und soziologischer Daten. Sie dient der Präzisierung von Informationen über die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung, den rationellen Einsatz der Arbeitskräfte in der gesellschaftlichen Produktion, über die Struktur des Wohnungsbaus, die Typen der Versorgungseinrichtungen, den Intensitätsgrad der sozialen Kontakte und die Mobilität der städtischen Bevölkerung.

Im Verlauf der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung tritt eine ganze Reihe neuartiger Anforderungen an den Städtebau in Erscheinung. Sie ergeben sich aus der Umgestaltung der materiell-technischen Grundlagen der Städte und der zunehmenden Kompliziertheit der ökonomischen Funktionen, die von der sich unaufhaltsam ausbreitenden Spezialisierung der Produktion begleitet sind. Die Spezialisierung ist ihrerseits eine unerläßliche Voraussetzung für das Wachstum der Effektivität der Produktion. Die Notwendigkeit, den genannten Anforderungen zu entsprechen, wirkt zwingend auf alle grundlegenden städtischen Funktionen ein. Dieser Prozeß erfaßt Schritt für Schritt alle Typen von Siedlungen, wobei er folgerichtig von den großen zu den kleinen fortschreitet. Er entwickelt sich zunächst in der industriellen Sphäre, dringt aber schließlich auch in den nichtproduktiven Bereich der Städte ein. Eine Analyse der praktischen Realisierung von Generalplänen läßt die fortschreitende Veränderung und Entwicklung sowie das Auftreten neuer Elemente in der stadtbildenden Basis erkennen. Derartige Veränderungen beeinflussen nicht nur die Maßstäbe und territorialen Möglichkeiten der Entwicklung von Städten, sondern wirken sich auch auf ihre sozialräumliche Struktur aus.



1
Räumliche Verteilung der Stadtzentren auf das Territorium des europäischen Teils der Sowjetunion (Einwohnerzahl: 100 000 und mehr)

Faktoren, die ihren Ursprung in den materiell-technischen und sozialräumlichen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung haben, üben einen wesentlichen Einfluß auf die Struktur der Stadt dadurch aus, daß sie ihre Gestaltung immer komplizierter werden lassen. Die Intensität, mit der sich Einflußgrößen dieser Art bemerkbar machen, verstärkt sich laufend mit der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Hierbei treten raumplanerische Probleme auf, deren Lösung die periodische Umgestaltung und ein Überdenken der bei der Erarbeitung des Projekts für den Generalplan erreichten Übereinstimmung zwischen den funktionellen Prozessen und den räumlichen Möglichkeiten zu ihrer Realisierung erforderlich macht. Der Entwurf eines Generalplans, der die bewegenden Kräfte der Entwicklung von Städten in Betracht zieht und die Methoden der städtebaulichen Realisierung der angestrebten Übereinstimmung rationalisiert, muß für den Ablauf seiner Verwirklichung die Notwendigkeit unausweichlicher periodischer Korrekturen der zunächst ins Auge gefaßten Entwicklungsrichtungen berücksichtigen. Je tiefgreifender die objektiven Tendenzen, die im Zuge der modernen Entwicklung des Städtebaus erkennbar werden, wissenschaftlich begründet sind, und je höher die Qualität ihrer Berücksichtigung in der raumplanerischen Organisation der Stadt ist, um so geringer wird auch das Ausmaß der Korrekturen sein. Auf diesem Wege sollte es möglich sein, eine optimale Stabilität der gefundenen Projektlösungen zu erreichen.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Übergang zur Verbundlösung von Fragen der Entwicklung und Steuerung für Gruppen von Siedlungen als wichtigste Tendenz dieser Art anzusehen. Dieser Übergang steht im Zusammenhang mit der Umwandlung von Städten in Teilelemente vielgestaltiger räumlicher Gebilde, die durch sich entwickelnde und zunehmend komplizierter werdende sozialökonomische, technische und planerische Wechselbeziehungen untereinander verbunden sind. Früher konnte man die meisten Fragen der Zuordnung und strukturellen Bereinigung von Städten dadurch klären, daß man von den „inneren" Bedürfnissen der Entwicklung des städtischen Organismus ausging. Die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen ergab sich aus den Forderungen der Rekonstruktion und des wachsenden Umfangs des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus, der Entwicklung eines gesamtstädtischen Zentrums, der Umgestaltung des Verkehrsaufkommens und aus anderen, ähnlichen Ursachen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen gewinnt die gleichzeitige Berücksichtigung von Faktoren, die mit der Betrachtung von Städten als Elemente eines Integrationssystems von Siedlungen zusammenhängen, eine immer größere Bedeutung. Ein solches System beruht auf den Grundsätzen der sozialökonomischen und raumplanerischen Organisation eines Netzes von Siedlungen unterschiedlicher Größen und volkswirtschaftlicher Profile in den Grenzen der Funktionsfähigkeit regulärer Beziehungen der Bevölkerung.

Bei der Gestaltung von Gruppensiedlungssystemen werden die Voraussetzungen für eine gemeinsame Regelung der Entwicklung – Begrenzung, Stabilisierung oder Stimulierung – miteinander verbundener Siedlungen als Komponenten einer einheitlichen städtebaulichen Ganzheit geschaffen. Die Förderung der Entwicklung kleiner und mittlerer Städte und die Überwindung negativer Folgeerscheinungen der „Hypertrophie" größter städtischer Zusammenballungen sind ein Komplex von Problemen, die untereinander in Wechselbeziehung stehen. Durch strukturelle und funktionelle Veränderungen verlieren Städte und kleinere Siedlungen eine Reihe der Funktionen, die sie bei isolierter Entwicklung besitzen und erlangen andererseits Eigenschaften, die sich aus ihrer Rolle als strukturell-funktionelle Elemente eines Siedlungssystems ergeben. Unter solchen Bedingungen verliert die Größe der Siedlungen ihren absoluten Stellenwert; als Ergebnis der Herausbildung eines Komplexes vielgestaltiger funktioneller Wechselbeziehungen entsteht eine neue Qualität der Siedlung als Folge der Verbesserung aller Lebensfunktionen der Bevölkerung. In diesem Zusammenhang spielt selbstverständlich auch das Zusammenwirken der Siedlungen im Rahmen einer einheitlichen Organisation der Raumplanung eine bedeutende Rolle.

Die im Laufe der historischen Entwicklung gewachsene Struktur der Stadt gerät allmählich in einen gewissen Widerspruch zu den Forderungen des Städtebaus. Das Mißverhältnis zwischen den alten Prinzipien der Erarbeitung der planerischen Grundlagen der Stadt, die auf bestimmte, begrenzte Ausmaße des Territoriums bezogen waren und den neuen Bedingungen der Entwicklung nicht mehr entsprechen, vergrößert sich. Wesentliche Merkmale dieser Entwicklung sind u. a. das intensive Wachstum des Territoriums, die Verdichtung der sozialökonomischen Bindungen zwischen den Siedlungen, ökonomische Vorteile, die aus der Konzentration der Produktion erwachsen, zunehmende Mobilität der Bevölkerung und die Vervollkommnung der Verkehrseinrichtungen.

Schwierigkeiten bei der Erarbeitung der Planstruktur für eine Großstadt, die sowohl den gegenwärtigen als auch absehbaren künftigen Tendenzen entspricht, erklären sich nicht allein durch die Verwendung konventioneller Planungsgrundlagen, die vielleicht nur unzureichend auf den neuesten Stand gebracht wurden. Bei erheblich kleinerem Umfang der Territorien haben sie sich noch als relativ erfolgreich erwiesen. Der in der Entfaltung vieler Großstädte häufig zutage tretende Trend der fortgesetzten konzentrischen Ausbreitung der städtischen Territorien und des Zusammenfließens benachbarter Siedlungen verschärft noch die Schwierigkeiten, die aus dem hier betrachteten Problem erwachsen. Ein derartiger Ablauf der Entwicklung führt zu erheblichen Schwierigkeiten, wenn man danach strebt, Möglichkeiten zur Herstellung einer funktionell-räumlichen Einheit von Territorien zu realisieren, die im Hinblick auf die Merkmale der beabsichtigten Inanspruchnahme und auf ihre natürlichen Gegebenheiten Unterschiede aufweisen; Umweltgelände, das mit seinen natürlichen Eigenschaften günstige Voraussetzungen für die Anlage offener Räume für Erholung und Freizeitgestaltung bieten würde, wird stark eingeengt; Möglichkeiten einer städtebaulichen Flexibilität, wie sie für die Erarbeitung und Verwirklichung der Projekte von Generalplänen erforderlich sind, werden beschnitten.

Der sich verändernde Charakter der Produktions-, Arbeits-, Wirtschafts-, Sozial-, Kultur- und Lebensbeziehungen fordert die Anwendung neuer Arbeitsweisen in der Planungstätigkeit. Diese müssen Möglichkeiten erschließen, historisch gewachsene, in sich abgeschlossene, konzentrische Strukturen zu überwinden, die den Ablauf der Prozesse unter den Bedingungen der sich ausbreitenden städtischen Territorien behindern. Die Vervollkommnung der Planung und Bebauung einer großen Stadt muß unter Berücksichtigung der modernen sozialen und räumlichen Gesetzmäßigkeiten erfolgen, die den Aufbau von Gruppensiedlungssystemen bestimmen. Die wichtigste dieser Gesetzmäßigkeiten ist die Zunahme der Intensität und Vielgestaltigkeit der funktionellen Beziehungen, deren territoriale Ausbreitung mit der Entfaltung der Kommunikations- und Verkehrsstrukturen in Zusammenhang steht.

Die Herausbildung einer raumplanerischen Struktur ist mit den Perspektiven der ökonomischen Entwicklung großer Städte in Wechselwirkung mit den Siedlungsbereichen eng verbunden. Maßnahmen, die auf die Abwendung eines unerwünschten weiteren Wachstums einer Großstadt gerichtet sind, stützen sich in der Regel darauf, die Ausweitung ihrer ökonomischen Basis zu begrenzen. Man bemüht sich, diese Begrenzung durch die Schaffung rings um die große Stadt angelegter konzentrischer Zonen zu erreichen, wobei in den stadtnächsten dieser Ringbereiche der Aufbau neuer industrieller Produktionsstätten nicht zugelassen wird. Es ist bereits die Absicht ausgesprochen worden, die Entwicklung der Produktionsbasis in die Außenzonen oder sogar in Bereiche jenseits des Zonengürtels zu verlegen. Die raumorientierte Gliederung des die Großstadt umgebenden Territoriums in Funktionszonen kann durchaus nicht überall als ein wirksames Mittel zur Begrenzung des Wachstums und zur Steuerung der Entwicklung einer Großstadt herangezogen werden. Dies gilt besonders dann, wenn das Siedlungssystem lediglich auf der Grundlage einer Extrapolation von Prozessen Gestalt annimmt, die im Rahmen des isolierten Siedlungstyps bei der Entstehung autonomer städtischer Gebilde zum Ablauf gelangen. Ein hinsichtlich seiner Kapazität und Flexibilität unzureichendes sozial-kulturelles Potential jeder einzelnen dieser im Siedlungssystem vorhandenen Teilstädte fördert den Trend zur Abwanderung in das Zentrum der Kern-Großstadt und läßt zusätzliche Probleme für die Optimierung der Lebensfunktionen entstehen. Das Problem der Regelung von funktionellen Bindungen und der Projektierung von Entwicklungsmerkmalen für die große Stadt wächst sich zu einem Problem der Optimierung der Lebensfunktionen des Gruppensiedlungssystems im großen aus, wobei die Rekonstruktion der Struktur und der Kommunikationswege jeder einzelnen Teilsiedlung zu einer Grundforderung wird. Das Gruppensystem, das sich auf der Basis der Großstadt herausbildet, muß eine einheitliche Raumplanungsstruktur erhalten, deren einzelne Elemente – zu denen auch die Zwischenbereiche in den Lücken zwischen den Stadtgebilden gehören – bestimmten städtebaulichen Zielen entsprechen müssen. Im Zusammenhang mit der Stärkung der Funktionen und der Rolle der Großstadt als Zentrum des Siedlungssystems gewinnen die Dimensionen des Bezirks, der sich in ihrem Einflußbereich befindet, eine wesentliche Bedeutung für die Herausbildung der Struktur dieser Stadt. Die Ausdehnung dieses Bereichs kann durch eine ganze Reihe von Anforderungen bestimmt werden, die aus den territorialen Entwicklungsbedingungen der Großstadt und der mit ihr verbundenen Siedlungsgruppe erwachsen. Hier wären vor allem die Wahl der Standorte für die Industriebetriebe und Kommunalbauten, die Anlage von Erholungsgebieten, die Festlegung von Bereichen der landwirtschaftlichen Nutzung, die Errichtung von Bauten der städtischen Entsorgung und der Aufbau leistungsfähiger Verkehrsverbindungen zu nennen. Nicht minder wichtig ist die Herstellung funktioneller Bindungen, unter denen der Optimierung des Zeitaufwandes für den Zugang zum Zentrum des Siedlungssystems herausragende Bedeutung zuzumessen ist. Diese Größe ist durch das Entwicklungsniveau der Kommunikationstechnik einschließlich des Fernmeldewesens sowie durch Besonderheiten in der Ausbildung der Planstruktur bedingt. Sie kann in der Perspektive mit ungefähr 40 Minuten bemessen werden – ein Orientierungswert, der der psychophysiologischen Zeitkonstante regulärer Bewegungen der Einwohner im Stadtgebiet entspricht, wie sie im Verlauf einer langen Beobachtungsperiode gefunden wurde.

Die Erhaltung der gewachsenen dispersen Siedlungsstruktur erschwert den Aufbau eines Systems schneller Verkehrsverbindungen und damit die Erfüllung einer Hauptbedingung für die Herstellung der Einheit von Großstadt und Siedlungsbereich erheblich. Bei der großen Zahl der durch das Verkehrswesen zu bedienenden Ziele erweist es sich als unmöglich, hinreichend

2



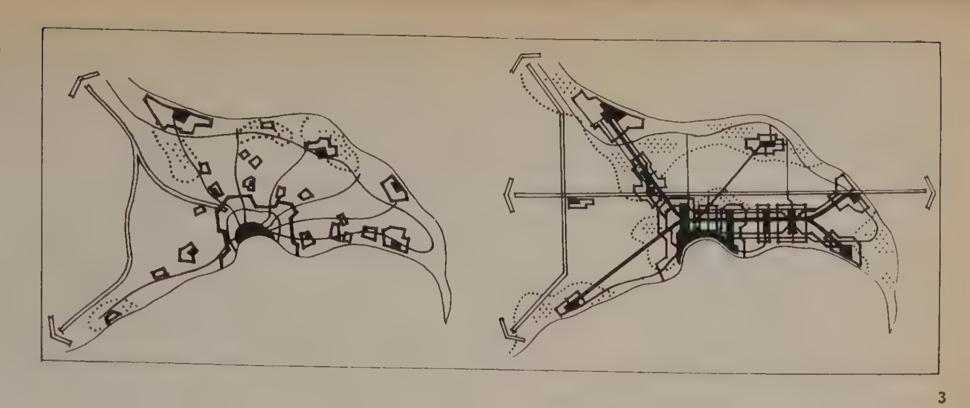
2

Gewachsene Siedlungszonen von Großstädten der Sowjetunion

1 Gorki
2 Swerdlowsk
3 Baku
4 Rostov am Don
5 Dnepropetrowsk
6 Kiew
7 Donezk
8 Charkow
9 Perm

3

Schaffung von Gruppensiedlungssystemen auf der Grundlage gewachsener Agglomerationen



3

aufnahmefähige (und damit kostendekkende) Verkehrswege für die Fahrgastbeförderung zu allen, isoliert über das Gelände verstreut liegenden Siedlungen zu gewährleisten. So wird es notwendig, eine Auswahl im Sinne prognostischer raumplanerischer Entwicklungsrichtungen zu treffen, die geeignet sind, ein zusammenhängendes System Stadt-Siedlungsbereich entstehen zu lassen. Die Grundbedingung für die Wahl derartiger Richtungen (deren Anzahl gering zu halten ist, um die Ausnutzung der sozialökonomischen Vorteile der intensiven Entwicklung zu fördern) ist die organische Zuordnung der gewachsenen und der zu projektierenden Stadtstrukturen innerhalb des Siedlungsbereichs zu den Kommunikationslinien. Hierbei nimmt die gewählte Richtung die Modelle des Wachstums der miteinander verbundenen Siedlungen in sich auf. Die Wahl der Entwicklungsrichtungen für die Struktur des Siedlungsbereichs ist mit der schrittweisen Umgruppierung von Kleinsiedlungen verbunden, die keine eigene Perspektive haben, aber zu den gewählten Richtungen räumlich in Wechselbeziehung stehen.
Im Zuge der Formierung von Gruppensiedlungssystemen treten Tendenzen zu einer verstärkten Nutzung der vorhandenen Territorien als Wohn-, Industrie-, Erholungs-, Landwirtschafts- und Kommunalwirtschaftszonen in Erscheinung. Der Begriff des Grünanlagen- oder Waldparkringes erfährt eine Wandlung, da die räumlichen Strukturen der Stadtbildungen von kompakten oder „Insel"gebilden in differenzierte Strukturen hinüberwachsen, die immer enger an die Hauptadern der Kommunikationswege angebunden sind. Schließlich erweist sich eine Überprüfung der herkömmlichen Auffassung vom Charakter und von der Nutzungsmöglichkeit der Vorortzone als ein Gebiet, das die Stadt wie ein Gürtel umschließt und in das eine ganze Reihe von Funktionen städtischer Bedeutung verlegt werden kann, als notwendig, wenn die Unterbringung dieser Funktionen innerhalb der eigentlichen Stadtgrenzen durch verschiedene Umstände erschwert wird. Unter derartigen Bedingungen verwandeln sich die Vorortbereiche in ungeregelt genutzte Konglomerate, die jenseits der Grenzen der städtischen Administration Funktionen ausüben. Der Übergang zur Ausbildung von Gruppensiedlungssystemen schafft die Voraussetzungen für eine Unterbringung von Dienstleistungsfunktionen der Stadt in dem Siedlungsbereich, zu dem sie gehören. Die zentralisierte Lösung des Problems rationalisiert die funktionelle Nutzung des Territoriums und seiner natürlichen Gegebenheiten für den Siedlungsbereich als Ganzes.
Die Umgestaltung der gewachsenen Planstruktur von Großstädten ist mit der Aufgliederung ihres Territoriums in große Planstrukturteile mit Zentren verbunden, in denen die verschiedenartigsten gesamtstädtischen Dienstleistungseinrichtungen vertreten sind. Diese Zentren organisieren ihre eigenen Einflußbereiche. In den großen Planstrukturteilen kann ein relativ hoher Anteil innerer funktioneller Bindungen gesichert werden. Das ist eine unerläßliche Bedingung für die erhöhte Selbständigkeit der Funktionstätigkeit, die in kleinen Planbereichen nicht gewährleistet werden kann. Unter den Voraussetzungen der Schaffung eines Systems großer gesellschaftlicher Zentren in den peripheren Zonen der Städte (entlang den Richtungen ihrer Perspektiventwicklung) entsteht eine aufgegliederte Planstruktur. Sie eröffnet die Möglichkeit, die Überlastung des Zentrums abzubauen, die durch die Konzentration der Bevölkerung im Zentrum und Abwanderung von der Peripherie her entsteht. Die nach der Typologie des Städtebaus am weitesten verbreiteten Planstrukturelemente komplexer Zweckbestimmung umfassen alle grundlegenden Funktionszonen, die die entfaltete Stadtbildung kennzeichnen. Im Einklang mit den Besonderheiten der vorangehenden Nutzung des Territoriums werden zweckorientierte Planstrukturelemente gebildet, die dem Wohnen, der Produktion oder der Erholung dienen. Der Übergang zur dezentralisierten Struktur durch Ausbildung von Planstrukturelementen kann nur dann zu den angestrebten Ergebnissen führen, wenn er von Maßnahmen begleitet wird, die zu einer Umwandlung der gewachsenen monozentrischen Technologie der Funktionen städtischer Strukturen führen.
Die vorgegebene Frist von 25 bis 30 Jahren, für die das Projekt des Generalplanes erarbeitet wird, ist lediglich eine Etappe der ferneren Entwicklungsperspektive der Stadt, und wesentliche Voraussetzungen müssen aus dem Blickwinkel der in der Zukunft möglichen Umwandlungen und Veränderungen analysiert werden. Experimentell-theoretische Schemata, die die Entwicklung der Stadt zum Gegenstand haben, sind eine Hilfe bei dem Bemühen, die Tendenzen solcher Umwandlungen vorauszusehen. In diesen Schemata wird ein allgemeines Modell für die strukturelle Weiterentwicklung der gewachsenen Stadt für eine ferner liegende Perspektive prognostiziert. Zu den wesentlichen raumplanerischen Problemen, die die Erarbeitung derartiger Modelle unter den Bedingungen des Übergangs zur Ausbildung von Gruppensiedlungssystemen aufwirft, gehört die Umwandlung der Kommunikationsstruktur der Großstadt unter Berücksichtigung ihrer Wechselbeziehungen mit dem Siedlungsbereich. Ihre erfolgreiche Lösung eröffnet die Möglichkeit, negative radial-konzentrische Wesenszüge der Plananlage in ihren Auswirkungen zu begrenzen; zu dem hier betrachteten Problemkreis gehört ferner die Suche nach Möglichkeiten der Differenzierung des historisch gewachsenen Territoriums der Stadt nach Strukturelementen mit dem Ziel der Schaffung polyzentrischer Strukturen; schließlich ist auch die Frage der Umgruppierung isolierter Siedlungen, die schwerpunktmäßig auf die Großstadt gerichtet sind, in funktionelle Strukturelemente des Siedlungsbereichs auf der Grundlage einer durchgreifenden Vervollkommnung des Systems der Verkehrsverbindungen zu klären.
Die vorstehend dargelegten Probleme werden bei der Erarbeitung von Varianten zu Schemata der Perspektiventwicklung von Großstädten in der UdSSR im Zusammenhang mit der Formierung von Gruppensiedlungssystemen unter der Dominanz dieser Großstädte betrachtet.
So kann z. B. in der Perspektive ein Gruppensiedlungssystem aufgebaut werden, das die Planstruktur Moskaus mit seinem Waldparkgürtel und dem Gelände jenseits der Stadtgrenzen in einer Einheit zusammenfaßt. Hierbei wirkt die Gürtelstruktur als Begrenzung einer Ausbreitung der Produktivkräfte rund um Moskau und stützt gleichzeitig die Entwicklung von Siedlungen des Bereichs in Gestalt eines Systems von Städten, die im Wechsel mit offenen Räumen und Grünzonen auf vorher bestimmte Achsen orientiert sind. Für die Erarbeitung eines Schemas der Entwicklung Leningrads wurde gefordert, die Möglichkeit der Entfaltung in Richtungen zu verwirklichen, die die weitgehende Nutzung der günstigen natürlichen Faktoren gewährleisten würden. Eine weitere Ausbreitung des Stadtgebiets mit neuen Bebauungsgürteln wird nicht zugelassen. Eine für die Zukunft voraussehbare Überlastung des Zentrums der Stadt Gorki kann unter Berücksichtigung der vorhandenen Gegebenheiten weitgehend dadurch vermieden werden, daß man im westlichen Teil des Siedlungsbereichs ein zweites Zentrum aufbaut, das die in südwestlicher Richtung laufenden Verkehrsströme aufnehmen könnte. Besonderheiten der historisch gewachsenen Gliederung in Funktionszonen sowie die spezifische geografische Situation des Siedlungsbereichs der Stadt Baku (Fehlen von Geländereserven, die Stadt liegt auf einer Halbinsel äußerst beengter Dimensionen) lassen es für diese Stadt an dem Ufer der Kaspisee als zweckmäßig erscheinen, eine Struktur untereinander verbundener Siedlungen in Gestalt eines in einer einzigen Richtung angeordneten Bandes aufzubauen, das in städtebaulicher Hinsicht als Mehrzweckorganismus zu erschließen ist.

Wer sich mit den Fragen der Umgestaltung der Planstruktur vieler Großstädte beschäftigt, muß nach einer Dezentralisierung der gewachsenen kompakten Strukturen streben. Umgekehrt liegen die Verhältnisse z. B. bei Perm, einer Stadt mit weitgehend aufgegliederter Planstruktur. Hier ist es erforderlich, die isoliert voneinander liegenden Stadtbezirke raumplanerisch zusammenzuführen. Die gegenwärtige Entwicklungsetappe des Städtebaus zielt auf einen Wandel in den Aufgaben und Methoden der Rekonstruktion von Städten. Die vielgestaltigen Probleme der Rekonstruktion können in unserer Zeit nicht ohne eine Prognostizierung der Richtung gelöst werden, in der sich die Stadt in der Perspektive entwickeln wird. Diese Art des Vorgehens fordert spezielle wissenschaftliche Untersuchungen. Die Ergebnisse derartiger Forschungen deuten auf eine zunehmende Tendenz zur Lösung raumplanerischer Probleme der Entwicklung von Großstädten in enger Verbindung mit Fragen des Strebens der in ihrem Umfeld liegenden Siedlungen zur Großstadt als einem Zentralpunkt.

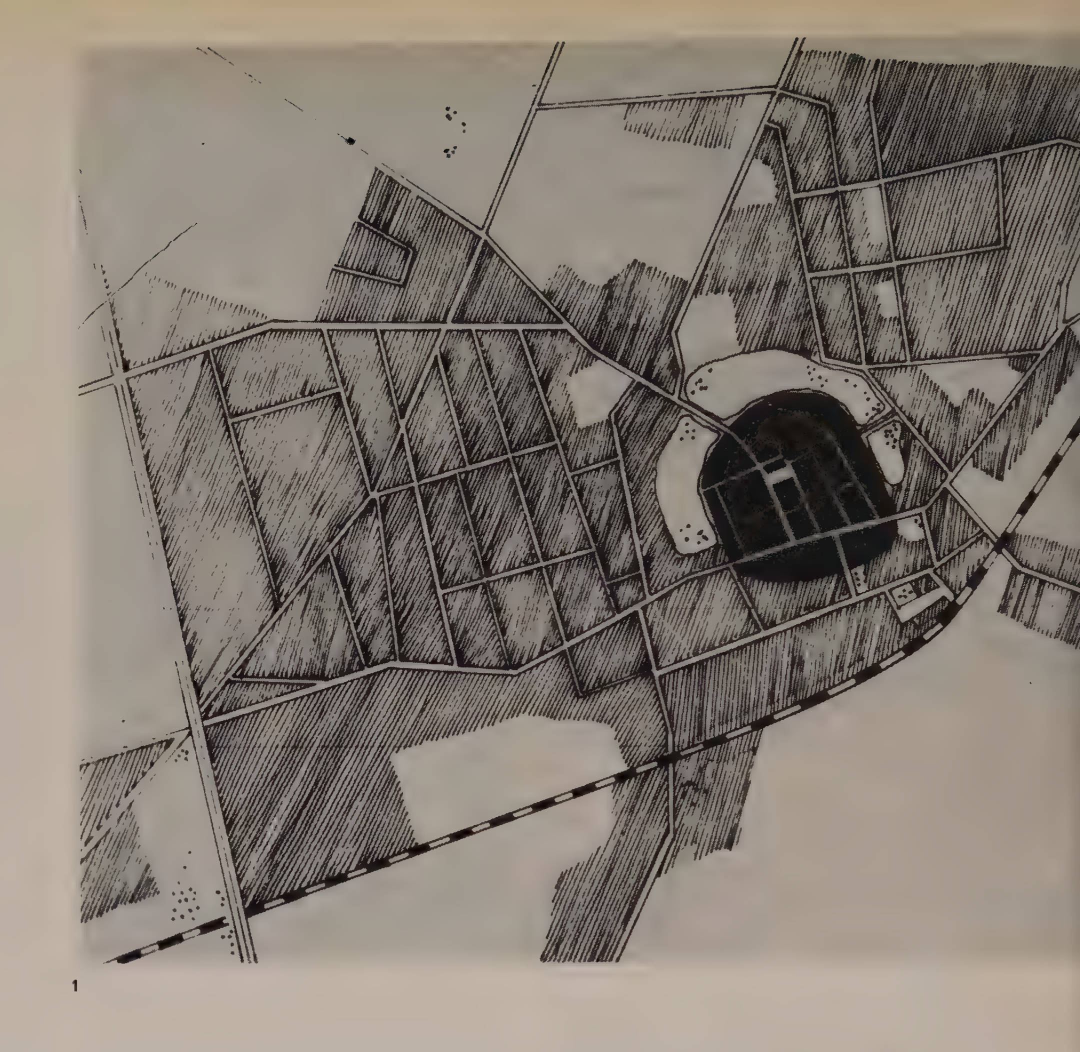
Ein neues interdisziplinäres Gebiet städtebaulicher Forschungs- und Entwicklungsarbeit befindet sich in der Entwicklung, das die Tätigkeitsgebiete der Disziplinen „Stadtplanung" und „Bereichsplanung" in sich vereint. Zu den hierbei erwachsenden Aufgaben gehört die raumplanerische Regulierung und die Umwandlung der Stadt und des Siedlungsbereichs in eine geschlossene Einheit.

Zur Umgestaltung des Stadtkerns von Bernau

Dipl.-Ing. Detlef Grunske
Dipl.-Ing. Lutz Mühlmann
Bauakademie der DDR
Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau

Bearbeiterkollektiv der Beispielplanung:
Dipl.-Arch. Wilfried Stallknecht
Dipl.-Arch. Herbert Kuschy
Dipl.-Ing. Detlef Grunske
Dipl.-Ing. Lutz Mühlmann
Bauingenieur Hans-Dieter Liepelt
Dipl.-Ing. Günter Schmidt
Dipl.-Ing. Rolf Kranke
Dipl.-Ing. Michael Langner
Dipl.-Ing. Friedrich Haubold
Dipl.-Ing. Ök. Jörg Rackwitz
Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau

Dipl.-Ing. Ök. Rudolf Johannes
Institut für Ingenieur- und Tiefbau



1

Der historische Stadtkern von Bernau erfährt gegenwärtig eine grundlegende Umgestaltung durch weitgehende Beräumung von der Altbausubstanz und Neubebauung mit Erzeugnissen des industriellen Wohnungsbaus.

Das Umgestaltungsgebiet befindet sich innerhalb des gut erhaltenen mittelalterlichen Mauerringes. Der Hauptanteil der vorhandenen Wohngebäude besteht aus zweigeschossigen Fachwerkhäusern mit einem durchschnittlichen Alter von 150 bis 200 Jahren. Die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Altstadt entsprechen nicht mehr den gegenwärtigen Anforderungen. Ein Verfall des Altstadtbereiches ist aber gesellschaftlich nicht tragbar, da er

- das Geschäfts- und Verwaltungszentrum der Stadt bildet
- sich in verkehrsgünstiger Lage befindet
- nach wie vor einen dicht besiedelten und überbauten Wohn- und Gewerbestandort darstellt
- gestaltprägend für das Stadtbild und reich an Identifikationsmerkmalen ist.

Die Beispielplanung für den Bernauer Stadtkern wird im Auftrag des Ministeriums für Bauwesen vom Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau gemeinsam mit dem Bezirksbauamt Frankfurt (Oder), dem Rat des Kreises Bernau und dem Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Frankfurt (Oder) betrieben.

Die territoriale und gesamtstädtische Situation von Bernau sowie Ziele, Absichten und damals vorliegende Ergebnisse der Beispielplanung wurden ausführlich in „Architektur der DDR", Heft 11/1975 erläutert. Im folgenden soll der gegenwärtige Stand der Arbeiten dargestellt werden. Zum besseren Verständnis wird nochmals kurz auf die Lage des Stadtkerns und die Verkehrslösung im Stadtzentrum eingegangen.

Die Aussagen zur territorialen Einordnung, zum gesamtstädtischen Zusammenhang und zur Verkehrslösung von 1975 wurden inzwischen in eine Generalbebauungsplanung des Büros für Städtebau Frankfurt/O. eingearbeitet.

Am 30. 3. 1976 wurde vom Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau die Bebauungskonzeption für den 2. Bauabschnitt (östliche Hälfte des Stadtkerns Bernau) fertiggestellt. Sie wurde in Anwesenheit aller an der Beispielplanung Beteiligten vor dem Ministerium für Bauwesen verteidigt und in der bezirklichen Begutachtung bestätigt. Für den Wohnungsbau im Stadtkern ist damit die konzeptionelle Arbeit im wesentlichen abgeschlossen. (Der 3. Bauabschnitt enthält vor allem gesellschaftliche Einrichtungen).

Im 1. und 2. Bauabschnitt sind etwa 1400 WE und rund 12 000 m² Fläche für gesellschaftliche Einrichtungen enthalten.

Die Wohndichte beträgt 435 Ew/ha Wohnbauland. Schulen und Vorschuleinrichtungen sind im Stadtkern nicht vorgesehen, sie befinden sich außerhalb des Stadtzentrums. Abb. 1 gibt einen Überblick über die Lage des Stadtkerns im bebauten Stadtgebiet und seine Anbindungen (gegenwärtiger Stand) an überörtliche Verkehrsanlagen (Reichsbahn im Süden, Autobahn im Westen, Trasse der F 2 im Stadtgebiet).

Ein Hauptproblem der Umgestaltung innerstädtischer Gebiete ist die Lösung der Probleme, die mit dem Fahrverkehr zusammenhängen. Die Situation in Bernau kann dabei als typisch für Klein- und Mittelstädte angesehen werden: Fernverkehr durchquert oder tangiert das Stadtzentrum. Er überlagert den Erschließungsverkehr (Abb. 2).

Sowohl die ungestörte Durchführung des Tiefbaus und der Hochbaumontage als auch Gewährung der Verkehrssicherheit und hygienische Forderungen (Wohnruhe) setzen die Entflechtung der Verkehrsarten und die Herausnahme des überörtlichen Durchgangs- und Zielverkehrs voraus (Abb. 3). Der Fernverkehr wird halbringförmig um

2



3



1
Lageskizze von Bernau

2
Gegenwärtige Führung des Fernverkehrs im Bereich des Stadtzentrums

3
Künftige Führung des Fernverkehrs

4
Struktur des Stadtkerns vor der Umgestaltung

5
Zentraler Bereich im Stadtkern. Zustand



4

5



das Stadtzentrum geleitet. Der Zielverkehr zum Stadtkern und zum Bahnhof wird an Auffangparkplätzen am Rand des Stadtzentrums und dem Bahnhof aufgenommen. Bei den Dimensionen in Bernau sind die Entfernungen für fußläufige Verbindungen zwischen Ziel und Parkplatz durchaus vertretbar.

Zur Verkehrslösung innerhalb des Stadtkerns siehe auch die Erläuterungen zu Abb. 12 und 13.

Ablesbar sind in Abb. 4 der hohe Grad der Überbauung, der hohe Anteil befestigter Flächen, die Kleinteiligkeit sowie das System räumlich geschlossener Straßen als öffentliche Fläche im Gegensatz zu den geschlossenen Quartieren aus privaten Parzellen. Die Analysen des Bauzustandes der Sanitärausstattung und des erforderlichen Sanierungsaufwandes von 1967 führten zur Entscheidung, im Stadtkernbereich Flächenabriß durchzuführen. Nur wenige Gebäude werden als denkmalschutzwürdig eingeschätzt. Dagegen wird das gesamte Stadtkernensemble als Denkmalschutzbereich C eingestuft.

Folgendes ist zu erhalten:

- Stadtmauer mit Wehranlagen und Wallbereich
- Stadtkirche
- Lateinschule
- Kantorhaus
- Stadtstruktur (Straßennetz im Stadtkern, Maßstäblichkeit, näherungsweise Wahrung der Baumassenkomposition)

Abb. 5 zeigt die Massierung gesellschaftlicher Einrichtungen im Bereich Thälmannstraße, Berliner Straße und Leninstraße, davon ein hoher Anteil in Funktionsüberlagerung.

Die historische Bereichsbildung im Stadtkern soll auch bei Neubebauung erhalten werden.

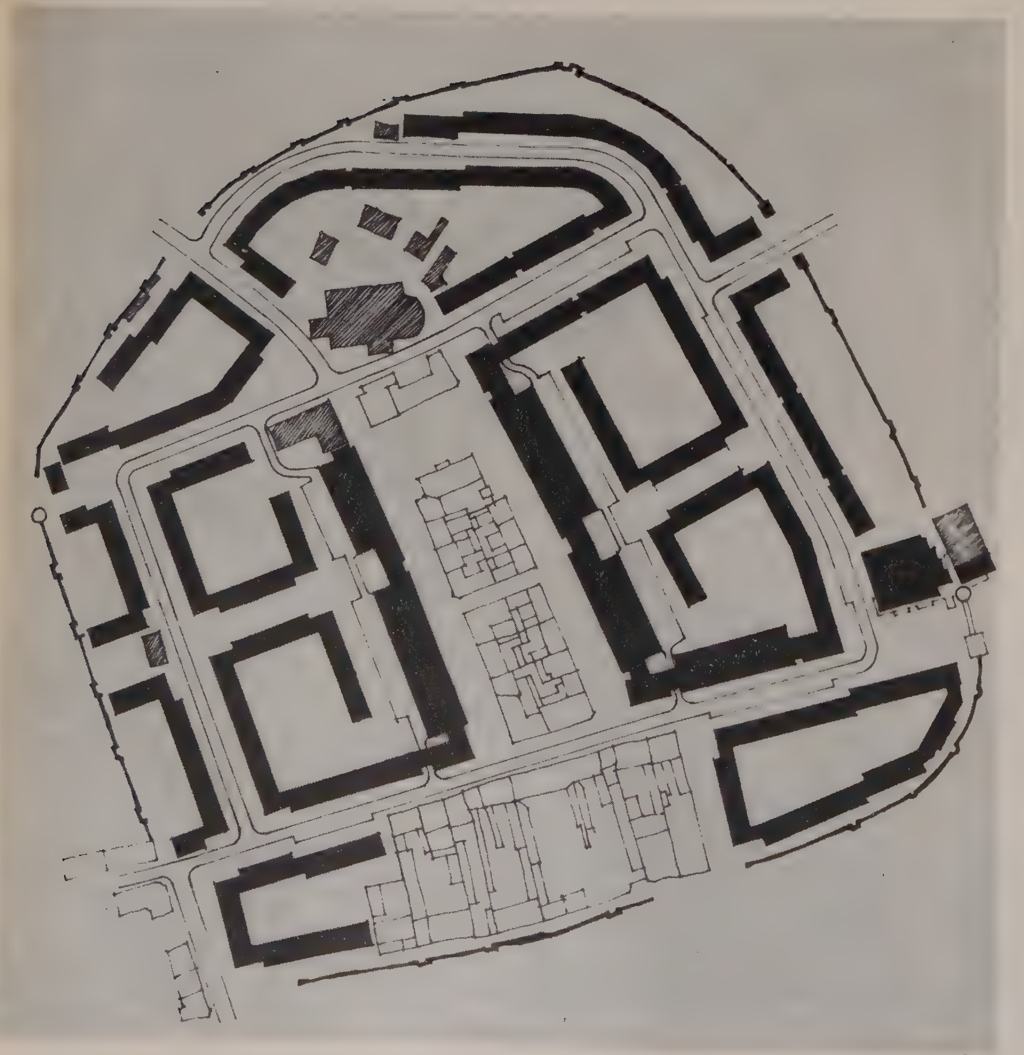


6

Stadtkern nach der Umgestaltung des 1. Bauabschnitts

7

Bebauungsstruktur im 1. und 2. Bauabschnitt



8

Bebauung und Freiflächen nach der Umgestaltung

9

Schnitt durch den Stadtkern nach der Umgestaltung

8

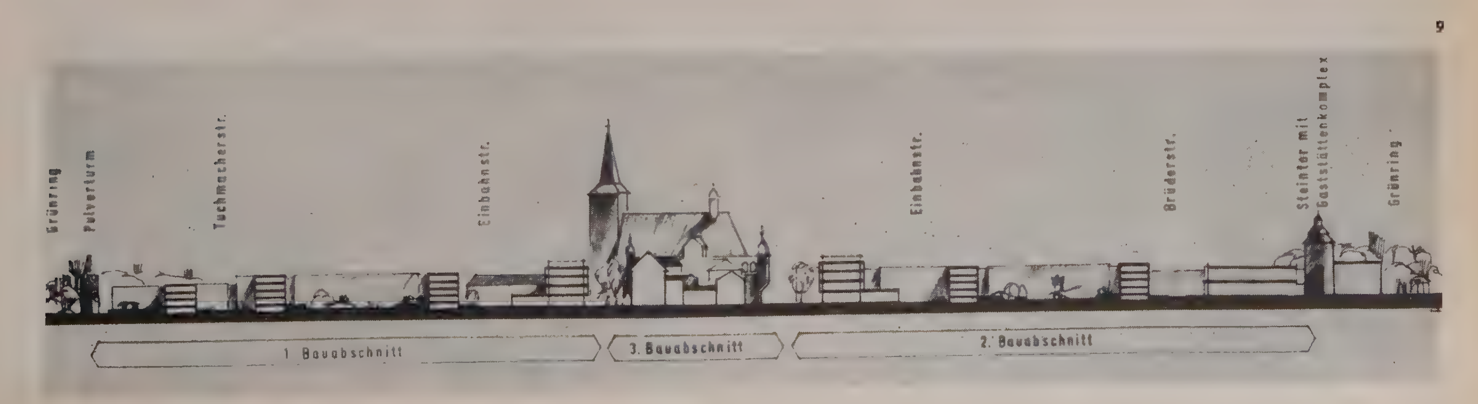
Deutlich wird im Vergleich zwischen Abb. 4 und Abb. 7 die prinzipielle Beibehaltung des Stadtgrundrisses mit quartierähnlichen Großformen des industriellen Wohnungsbaus und geschlossenen Straßenräumen. Aufgegeben wurde die Parzellenstruktur.

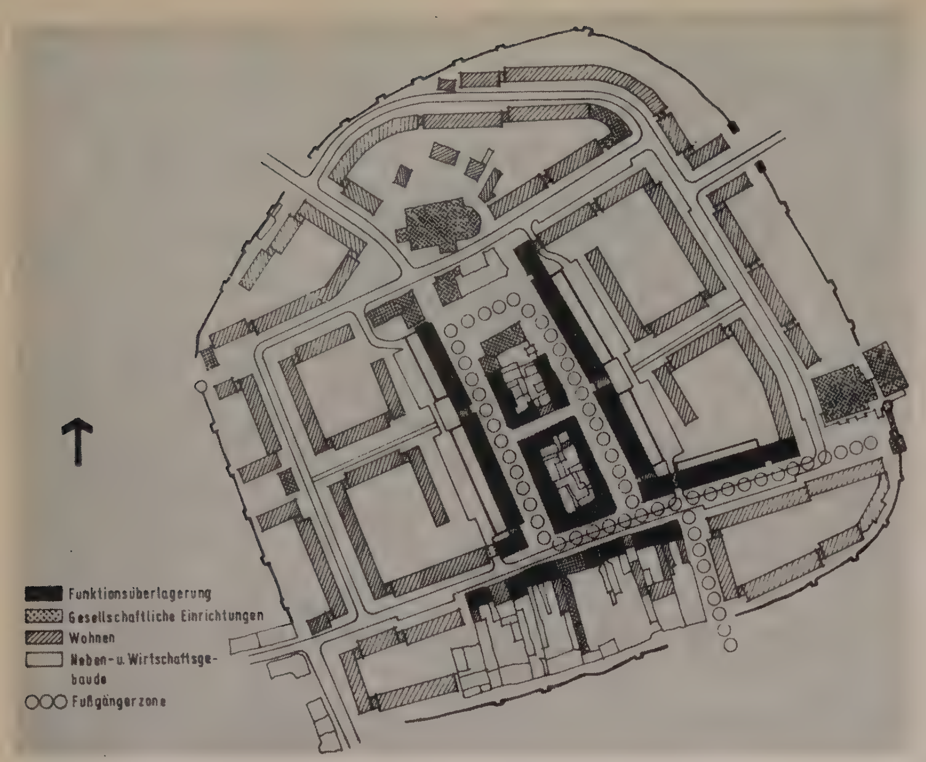
Der Stadtkern (Abb. 8) wird durch den Wechsel zwischen aufgeweitetem gemeinschaftlichem Frei- und Ruheraum (Quartierinnenhof, Fußgängerbereich Thälmann-Lenin-Straße) und relativ engen Straßen als gestreckte, gerichtete öffentliche Erschließungszone gegliedert. Dieser räumliche Wechsel erfolgt sowohl ost-westlich als auch nord-südlich. Er garantiert für jedes Wohngebäude mindestens eine fahrverkehrsfreie Ruheseite.

Die Geschoßanzahlen reduzieren sich zur Mauer hin (4 Geschosse im mittleren Bereich, 3 und 2 Geschosse zur Mauer hin). Ein Vergleich mit alten Silhouetten belegt die beibehaltene Höhendominanz der erhaltenen mittelalterlichen Türme. Ihre optische Wirkung wurde durch die weitgehend übernommene Straßenführung und Maßstäblichkeit gesichert.

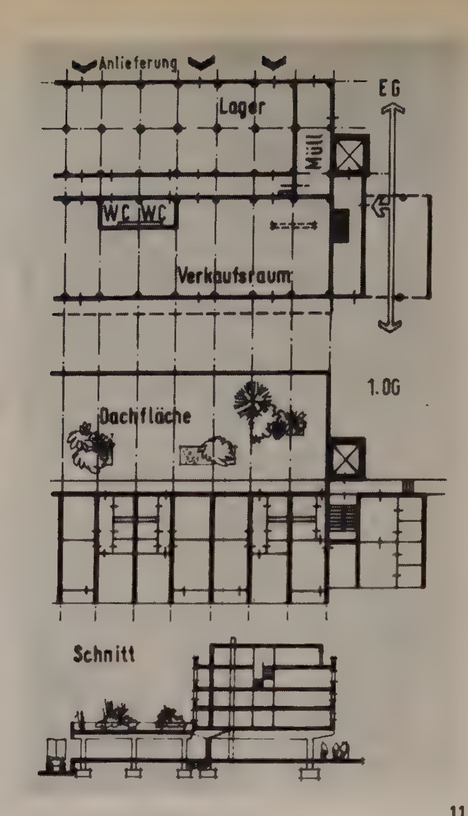
Ein Vergleich zwischen Abb. 5 und Abb. 10 ergibt die Kontinuität der städtebaulichen Anordnung. Die Gebäude mit Funktionsüberlagerung im 1. und 2. Bauabschnitt sind Laubenganghäuser mit Skelettkonstruktion im Erdgeschoß. Sie gestatten eine einwandfreie räumliche und technologische Organisation der gesellschaftlichen Einrichtungen und garantieren so langfristig die Beibehaltung der vorgesehenen Nutzung.

9





10



11

10
Zentraler Bereich im Stadtkern. Plan der Gebäudenutzung

11
Laubenganghäuser. Systemdarstellung

12
Thälmannstraße. Zustand

13
Perspektive der Thälmannstraße

14
Berliner Straße mit Steintor. Zustand

15
Perspektive der Berliner Straße



12

Rückwärtige Anlieferung ist vorgesehen (siehe auch Abb. 18).
Die Gebäudelösung zeigt Abb. 11.
Erdgeschoß und Anbauten für Lager und Nebenräume sind in monolithischer Konstruktion vorgesehen; die Wohngeschosse werden mit Elementen aus dem Sortiment des Sektionswohnungsbaus montiert.
Die endgültige Lösung der Fußgängerführung erfolgt im 3. Bauabschnitt.
In den Abb. 18 und 19 ist die Führung des Fahrverkehrs vor und nach der Umgestaltung gegenübergestellt. Bei Abb. 18 finden Fahrverkehr, ruhender Verkehr und Fußgängerverkehr in den selben Räumen statt.
Die Fahrbahnen haben Überbreite und werden auch zum Parken genutzt. Insgesamt fehlen schon gegenwärtig Parkplätze, teilweise werden Abrißflächen benutzt. Mit der Eliminierung des Durchgangsverkehrs durch die neue F 2-Trasse und der Reduzierung des Zielverkehrs durch die Abfangparkplätze am Rand des Stadtzentrums sind die Voraussetzungen geschaffen, den Fahrverkehr innerhalb des Stadtkerns auf ein für Wohngebiete vertretbares Quantum zu senken.

13





14



15

16
Leninstraße. Zustand

17
Leninstraße mit fertiggestelltem 2. Bauabschnitt

18
Schema des Verkehrs. Zustand

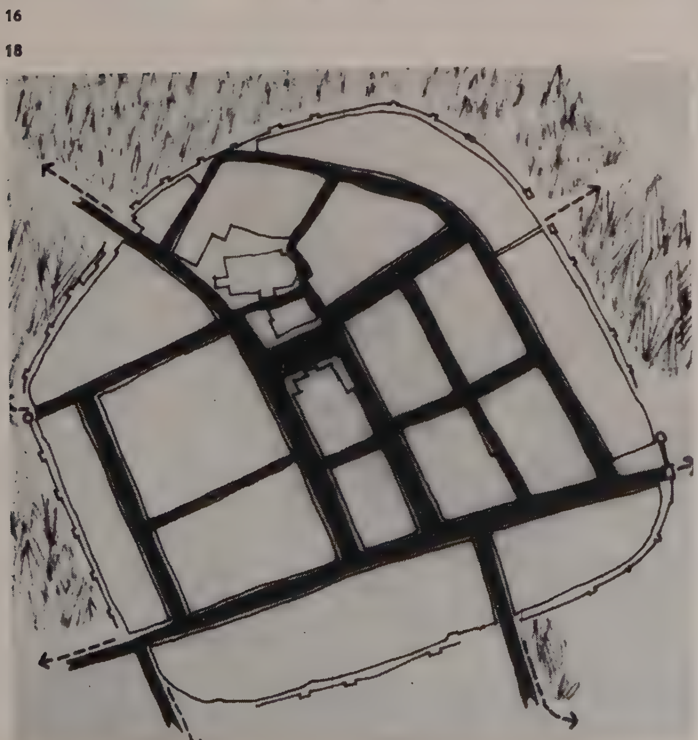
19
Fahrverkehr und Parkmöglichkeiten im Stadtkern nach der Umgestaltung



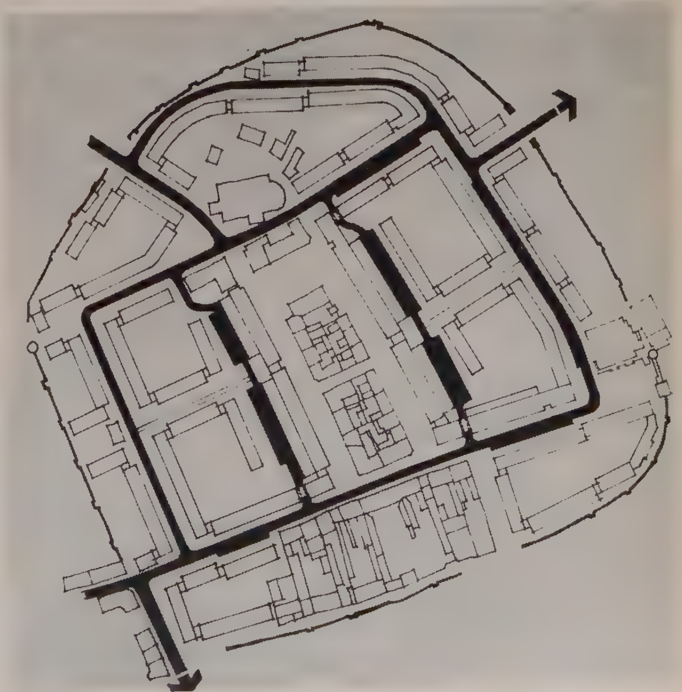
16



17



18



19


20


21

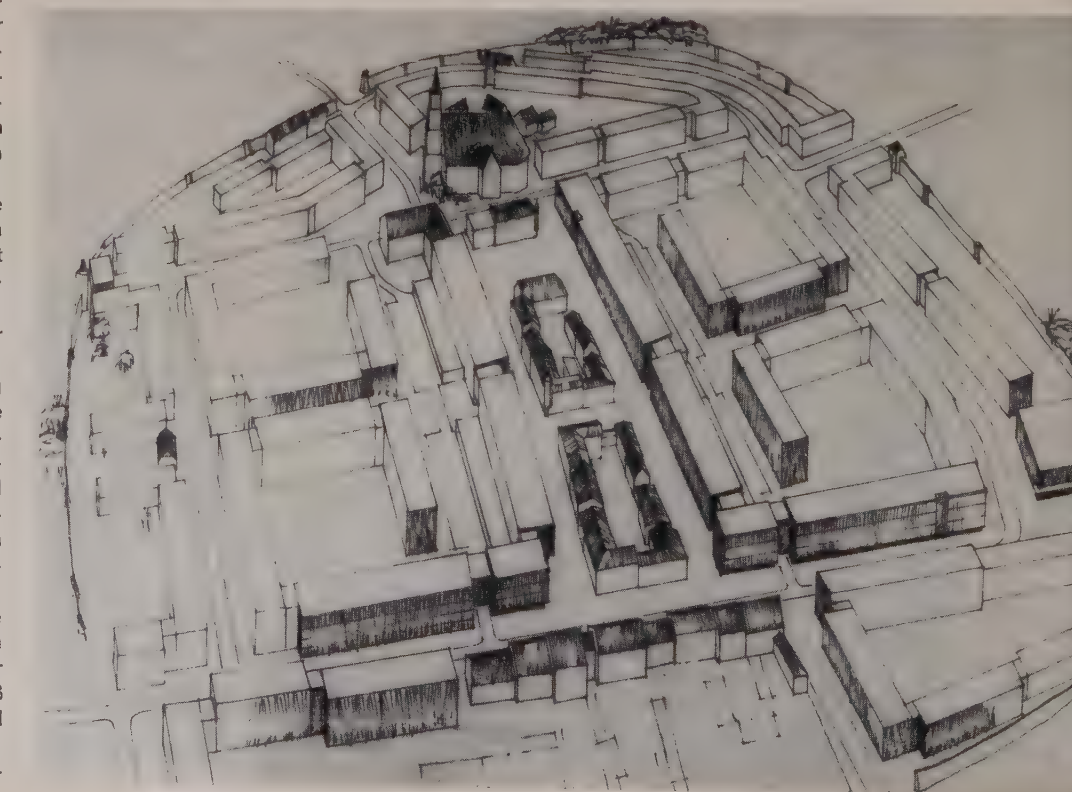

22

Der Stadtkern wird vom Fahrverkehr indirekt erschlossen:
Die ehemaligen Anbindungen in Richtung Oranienburg (Richtung Nordwesten), nach Berlin (Richtung Westen) sowie über die Goethestraße zum Bahnhof entfallen. Das Stadtzentrum wird über die Breitscheidstraße (zwischen Stadtkern und Reichsbahn) und über die Bebelstraße (östlich des Stadtkerns) an die F2-Trasse und an die übrigen Stadtgebiete angebunden (Abb. 20 und 21). Diese Straßen sind als Sammelstraßen zu klassifizieren.
Der Stadtkern wird über zwei Anbindungen an die Breitscheidstraße und an die Bebelstraße erschlossen. (Anschluß zur Bebelstraße s. Abb. 22)
Innerhalb des Stadtkerns sind nur Anliegerstraßen und befahrbare Wohnwege erforderlich. Parkgelegenheiten wurden nur dort angeordnet, wo es die räumlichen Dimensionen ohne Beeinträchtigung der Wohngebäude zuließen. Eine volle Einbeziehung des ruhenden Verkehrs in den Stadtkern würde die beabsichtigte Erhaltung der Stadtstruktur in Frage stellen.

Daher mußten rund 90 Prozent der 1985 erforderlichen Stellflächen außerhalb des Stadtkerns nachgewiesen werden. Die zulässigen Entfernungen werden – bei einem wesentlich erhöhten Anteil an Garagenstellplätzen – eingehalten. Die Fahrstraßen dienen im Stadtkern fast nur der unmittelbaren Anfahrt zu den Wohnungen und der Anlieferung. Bei der Einstufung des Zentrums als Mischgebiet wird der erforderliche Mindestschallschutz weitgehend gewährleistet. Entsprechende Abstimmungen mit der Bezirkshygieneinspektion wurden getroffen.
Verschiedentlich wird bezweifelt, daß die Erhaltung der Stadtstruktur mit industriellem Wohnungsbau möglich ist, so z. B. im Heft 12/76 der Architektur der DDR von Dipl.-Ing. Gerd Wessel (S. 733 bis 739).
Was ist eigentlich unter „Erhaltung der Stadtstruktur" zu verstehen?
Klar ist, daß – selbst bei totaler Erhaltung überlieferter Formen – eine veränderte Nutzungsstruktur sich durchsetzt: Gesellschaftliche Bewirtschaftung, veränderte Verkehrs- und Versorgungsorganisation. Soll dieser Wechsel innerhalb einer vorgegebenen städtebaulichen und baulichen Form erfolgen, so muß untersucht werden, in wieweit die neue Nutzung so organisiert werden kann, daß sie sich einfügt, oder wie unbedingt erforderliche Veränderungen an der gegebenen Form möglich und tragbar sind. Umgestaltung ist stets ein Kompromiß zwischen erforderlicher Veränderung und möglicher Erhaltung.
Die Verhältnisse in Bernau sind selbstverständlich nicht für alle, wohl aber für viele Altstadtkerne übertragbar: Erhaltung des Stadtgrundrisses und Wahrung überlieferter Dimensionen in der Form, daß der Stadtgrundriß auch räumlich erlebbar bleibt oder es wieder wird (Abb. 23).
Diese Form der Strukturerhaltung ist relativ unabhängig vom Anteil der Substanzerhaltung (Dissertation Ludwig Deiters, TU Dresden 1966)
Von den bekannten Beispielplanungen für die Umgestaltung mit vergleichbaren Bedingungen werden nur in Greifswald die historischen Straßenräume noch konsequenter als in Bernau beibehalten auf der Basis von Ausnahmegenehmigungen.
Die ebenfalls in dem oben zitierten Artikel angeführte Variante von Wittstock und die Planung für Hildburghausen besitzen jedoch in dieser Beziehung geringe Überzeugungskraft, was sonst immer ihre Qualitäten sein mögen. Der Anteil erhaltener Altbausubstanz an zentralen Fußgängerbereichen kann jedenfalls unmöglich Maßstab für die Erhaltung der Stadtstruktur sein. In Bernau wird übrigens zum Anteil der Erhaltung das letzte Wort erst mit der Lösung des 3. Bauabschnittes gesprochen werden.
Die technologischen Bedingungen der Bauproduktion stellen kein grundsätzliches Hindernis für die annähernde Beibehaltung von Stadtgrundrissen dar: Die Technologie im industriellen Wohnungsbau ist zwar gegenwärtig nicht für Umgestaltungen ausgelegt, doch sind gerade für die Beispiele Bernau und Greifswald auch mit dem heutigen Stand prinzipielle Lösungsmöglichkeiten mit der Erarbeitung technologischer Konzeptionen durch Mitarbeiter des Instituts für Wohnungs- und Gesellschaftsbau nachgewiesen. Für den 1. Bauabschnitt Bernau existiert inzwischen ein Informationsangebot des VEB Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Frankfurt (Oder). Auch hier gilt wieder, daß damit noch nicht alle Fälle lösbar sind.
Der 1. und 2. Bauabschnitt werden mit drei Kategorien von Neubauten realisiert:

- Laubenganghäuser für Funktionsüberlagerung am zentralen Fußgängerbereich und Hauptfußgängerachsen mit monolithischer Erdgeschoßkonstruktion und montierten Wohngeschossen aus Elementen des Sektionswohnungsbaus.
- Sektionswohnungsbau zwei-, drei- und viergeschossig in einer rationalisierten Montagebauweise als Nachfolgetyp zum Blockbau.

23



■ Sonderbauten mit gesellschaftlichen und gewerblichen Funktionen in traditioneller Bauweise.

Die Sonderbauten wurden eingesetzt für Funktionen, für die territorial keine Serienprodukte vorlagen. Sie bilden „Paßstücke" im städtischen Gefüge und stellen deshalb meistens individuelle Entwurfslösungen dar. Die Masse der Neubauten bildet der Sektionswohnungsbau. Ursprünglich sollte die Blockbauweise 0,8 Mp angewendet werden. Sie wird jedoch durch eine rationalisierte Bauweise mit oberflächenfertigen Elementen abgelöst. Dafür war zunächst eine Laststufe von 1,1 Mp vorgesehen. Gegenwärtig laufen Untersuchungen, das erforderliche Gebäudeangebot in der Laststufe 3,5 Mp zu realisieren, da neue Hebezeuge zur Verfügung stehen.

Abb. 24 zeigt in einem Ausschnitt die Eckbebauung eines Quartiers. Das Segmentesortiment besteht aus einem Mittelsegment mit zwei Dreiraumwohnungen und einer Giebelvariante (Abb. 25 und 26), einem Ecksegment mit einer Vier- und einer Zweiraumwohnung, einem Trapezsegment für den nördlichen Bereich des 2. Bauabschnittes und einem Verbinderteil, das mit einem Ecksegment verbunden ist und sich auch zwischen zwei Giebelsegmenten einordnen läßt.

25

26

20
Wilhelm-Pieck-Straße (heute noch Zufahrt zum Stadtkern)

21
Wilhelm-Pieck-Straße nach der Umgestaltung

22
Parkstraße. Zufahrt zum Stadtkern

23
Isometrie des neuen Stadtkerns

24
Systemdarstellung der Sektionsgebäude

25
Mittelsegment. Normalgeschoß

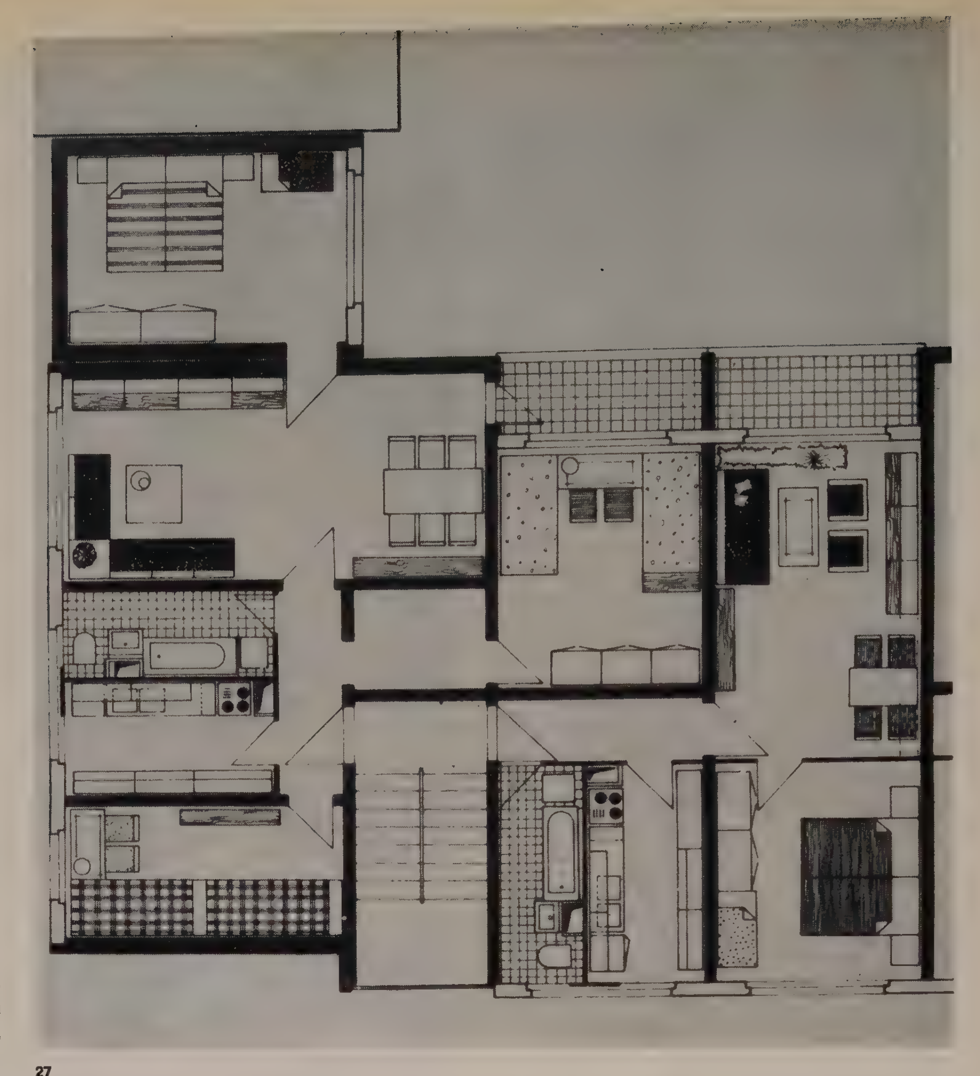
26
Mittelsegment. Erdgeschoß

24



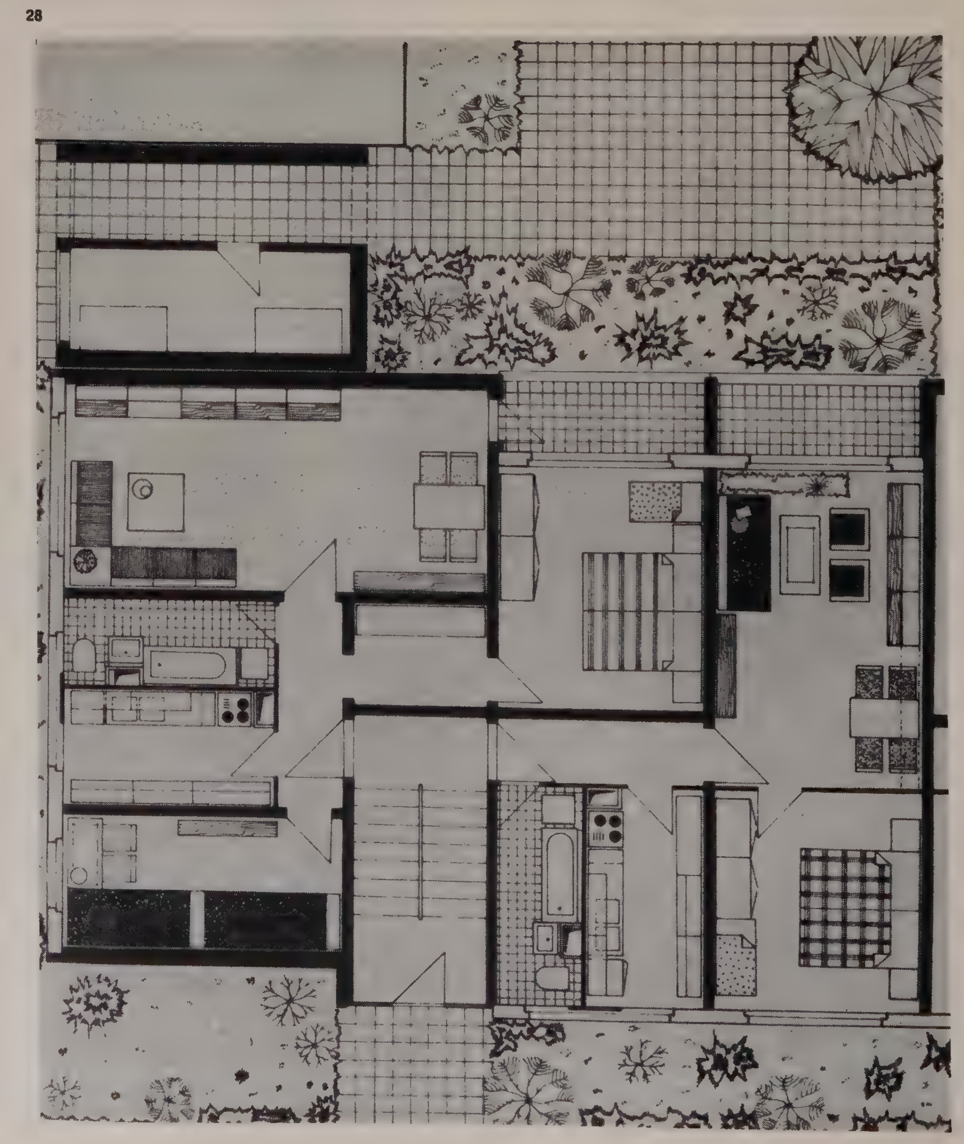
27
Ecksegment und Verbinder. Normalgeschoß

28
Ecksegment und Verbinder. Erdgeschoß



27

28



Die Normalsegmente haben im Erdgeschoß einen Hausdurchgang. Bei Ecksegmenten entfällt der Hausdurchgang, da sie stets mit Verbindern gekoppelt sind, die im Erdgeschoß neben einem Müllsammelraum einen öffentlichen Durchgang haben. Dadurch haben alle Wohnungen auch in den Ecksegmenten mindestens einen Raum zum Quartierinneren hin orientiert (Ruheseite). (Abb. 27 und 28)

Wichtigste Ergebnisse der bisherigen Überlegungen zur Gebäudegestaltung sind:

- eingezogene Loggien für jede Wohnung
- Vertikalbetonung der Treppenhäuser mit eingezogener Außenwand (zur abschnittsweisen Gebäudegliederung treppenhausseitig)
- nichtbündige Anordnung der Verbinder und Höhenunterschied zu den Segmenten durch Warmdach auf dem Verbinder.
- Höhenstationierung der Gebäude wie im Schnitt (Abb. 24) dargestellt, um Kontakt vom Erdgeschoß zum Fußgänger zu ermöglichen.
- differenzierte Einbindung der Gebäude ins Terrain: angeschüttete Mietergärten, Hochbeete, direkter Anschluß des Pflasters an die Gebäude.

Zusammen mit den Trapezsegmenten sind damit die Voraussetzungen für die plastische Gliederung der Baumasse im großen Maßstab gegeben. Die weitere Verfeinerung der Gliederung und die konkrete Gebäudegestaltung sind Gegenstand der folgenden Arbeitsetappen.

Die Abb. 29 bis 36 zeigen in der Gegenüberstellung vorhandene Straßenräume im Bernauer Stadtkern und ihr Erscheinungsbild nach der Umgestaltung mit industriellem Wohnungsbau.

Die Beispielplanung Bernau befindet sich gegenwärtig in einer konkreten Phase der Vorbereitung: der Erarbeitung der Investitionsvorentscheidung für den 1. Bauabschnitt. Die Arbeit des Instituts für Wohnungs- und Gesellschaftsbau wird fortgesetzt durch die Autorenkontrolle, durch die Zusammenarbeit mit dem VEB Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Frankfurt (Oder) bei der nächsten Etappe der Gebäudegestaltung und mit der Auswertung und Verallgemeinerung der bisherigen Ergebnisse.



29



30



31



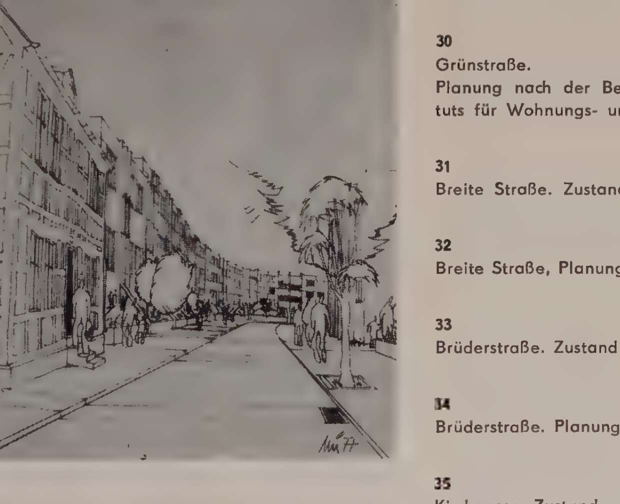
32



33







34

35



36



29
Grünstraße. Zustand

30
Grünstraße.
Planung nach der Bebauungskonzeption des Instituts für Wohnungs- und Gesellschaftsbau

31
Breite Straße. Zustand

32
Breite Straße, Planung

33
Brüderstraße. Zustand

34
Brüderstraße. Planung

35
Kirchgasse. Zustand

36
Blick zur Kirche. Planung

Zur Umgestaltung von Wohn- und Mischgebieten sowie von Altstadtkernen in den Klein- und Mittelstädten des Bezirkes Dresden

Diskussionsbeitrag zur Umgestaltungskonferenz des Bezirkes Dresden

Dr.-Ing. Peter Sniegon
Bezirksarchitekt

Der IX. Parteitag der SED stellte die Aufgabe, als Kernstück des sozialpolitischen Programms bis 1990 die Wohnungsfrage zu lösen. Das bedeutet, bereits in den achtziger Jahren zu erreichen, daß insgesamt je Haushalt eine Wohnung zur Verfügung steht und in den neunziger Jahren allen unseren Bürgern Wohnungen zur Verfügung zu stellen, die den Qualitätsanforderungen unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung entsprechen, also einen guten Bauzustand aufweisen und mit Innentoilette und Bad oder Dusche ausgestattet sind.

Der zu dieser Zeit vorhandene moderne Wohnungsbestand wird sich im Bezirk Dresden nach derzeitigen Berechnungen wie folgt zusammensetzen:

rund 80 Prozent nach 1945 gebaute Wohnungen

rund 10 Prozent nach 1975 modernisierte Wohnungen der Modernisierungskategorie II und III

rund 10 Prozent Wohnungen aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, die bereits modern ausgestattet sind.

Die geplanten Zielstellungen sind nur zu erreichen, wenn

- die geplanten hohen Steigerungsraten im Wohnungsneubau realisiert werden und
- der Anteil der Modernisierungskategorie II und III (IWC, Bad oder Dusche) sich 100 Prozent nähert.

Dieser Zielstellung entsprechend wird der Wohnungsneubau auf Komplexstandorten straff geleitet und kontrolliert. Zugleich ist es erforderlich, auch die Modernisierung nicht dem Selbstlauf zu überlassen, sondern durch eine straffere Leitungstätigkeit des Bezirksbauamtes gegenüber den Kreisbauämtern mit hohem volkswirtschaftlichem Effekt zu realisieren. Dazu gehört zum Beispiel die Vorgabe der Modernisierungskategorien sowie von Makro- und Mikrostandorten. Dasselbe trifft auch auf den Wohnungsbau auf Einzelstandorten zu, der in Verantwortung der Kreise durchgeführt wird, aber in bezug auf die Auswahl zweckmäßiger Standorte auch durch das Bezirksbauamt beeinflußt werden muß.

Ausgehend von der notwendigen Konzentration des Wohnungsbaus auf die Städte und Industriezentren, ergibt sich für die Standortverteilung folgende Problematik:



1

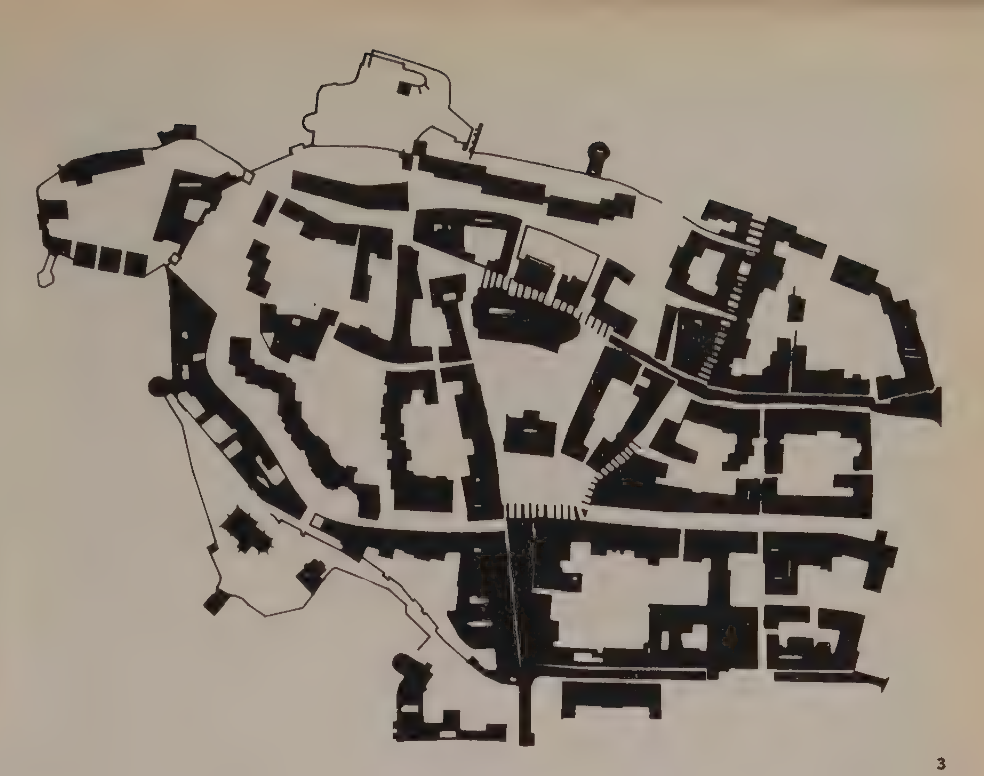
2



1
Ein 2. Preis im städtebaulichen Ideenwettbewerb für den Innenstadtbereich von Bischofswerda (Kollektiv Prof. Trauzettel, TU Dresden)

2
Ein 2. Preis im städtebaulichen Ideenwettbewerb für den Innenstadtbereich von Bischofswerda (Kollektiv Lutze, Büro des Bezirksarchitekten)

3
Studie für den Stadtkern von Bautzen



3

Von den 1,835 Millionen Einwohnern des Bezirkes Dresden leben 70,7 Prozent in 67 Städten und Gemeinden mit über 5000 Einwohnern (dabei 52,6 Prozent in der Bezirksstadt und in den Kreisstädten) und 29,3 Prozent (das entspricht etwa der Anzahl der in Ein- und Zweifamilienhäusern lebenden Einwohner des Bezirkes) auf dem Lande.
Konzentrieren wir den gesamten Wohnungsbau auf Komplexstandorten, 90 Prozent des Wohnungsneubaus auf Einzelstandorten und 75 Prozent der Wohnungsmodernisierung auf die Städte, würde das zu einer Konzentration von etwa 90 Prozent der neuen und modernisierten Wohnungen auf städtische Siedlungen führen. (Das entspricht 58 Prozent der derzeitigen dortigen Substanz.)

Das Wohnungsbauprogramm bis 1990 entwickelt sich damit zum stärksten städtebildenden Faktor, zumal mit dem Wohnungsneubau auch die dazugehörigen gesellschaftlichen Einrichtungen der Grundausstattung realisiert werden und mit der Umgestaltung auch Eingriffe in andere funktionelle Bereiche der Stadt verbunden sind.

Die für den komplexen Wohnungsbau vorgesehenen Steigerungsraten im Zeitraum bis 1990 erfordern einen hohen Anteil des Nationaleinkommens und des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Daraus ergibt sich eindeutig die Prämisse, daß weitere Fonds- und Kapazitätsforderungen für unmittelbar oder mittelbar damit verbundene Investitionen anderer Bereiche weitgehend minimiert werden müssen.

Es geht also in erster Linie darum, die Wohnungsfrage zu lösen und in diesem Rahmen unsere Städte weiter umzugestalten. Dazu gehört natürlich auch ein bestimmter Prozentsatz von Wohnungen, die direkt in Umgestaltungsgebieten errichtet werden.
In der Standortkonzeption für den komplexen Wohnungsbau im Bezirk Dresden von 1980 bis 1985 sind etwa 17 Prozent der zu errichtenden Wohnungen in Umgestaltungsgebieten vorgesehen, ein Anteil, der unter früheren Zielstellungen von 20 bis 30 Prozent liegt. Für den Zeitraum von 1986 bis 1990 wird ein Anteil von etwa 60 Prozent angenommen.
Ob diese Anteile erreicht werden können – sie stellen bereits ein Minimum im Hinblick auf die stadtstrukturellen Auswirkungen dar –, hängt einzig und allein von der Möglichkeit des Fonds- und Kapazitätseinsatzes für notwendig werdende und auf ein Mindestmaß zu beschränkende Verlagerungen von nicht mit dem Wohnen zu vereinbarenden Funktionen ab.

Die in den genannten Prozentsätzen enthaltenen Wohnungen (nur Komplexstandorte) konzentrieren sich auf Umgestaltungsstandorte in der Bezirksstadt Dresden, in den Kreisstädten sowie in zwei weiteren Industriestädten.

Weitere Kleinstädte sowie die historischen Stadtkerne und Marktplatzbereiche von Städten sind hier nicht eingeschlossen.

Das bedeutet, daß sich die Umgestaltung in Form von Komplexstandorten in Verantwortung des Bezirkes auf Mischgebiete mit hoher Erneuerungsquote konzentriert.

Die Innenstädte bzw. Stadtkerne der meisten Kreisstädte und aller Kleinstädte müssen also in Verantwortung der Räte der Kreise mit Mitteln der Modernisierung und des Wohnungsneubaus auf Einzelstandorten umgestaltet werden.

Ausgehend von diesen Fakten, möchte ich als Zielstellung folgende Thesen formulieren:

1. Die in der Standortkonzeption der Komplexstandorte für 1981 bis 1985 enthaltenen Mischgebiete sind bei minimaler Verlagerung von Industrie- und Gewerbesubstanz so umzugestalten, daß nach Flächenberäumung ein industrieller Wohnungsbau der Plattenbauweise mit mindestens 500 zusammenhängenden WE einschließlich der gesellschaftlichen Einrichtungen realisiert werden kann.

Diese Zielstellung (natürlich unter weitgehender Beibehaltung von mit geringen Mitteln zu modernisierender Substanz) geht von der Tatsache aus, einer aufwendigen Modernisierung Grenzen zu setzen.

2. Die Stadtkerne sind durch Modernisierung, durch Erneuerung nicht mehr zu erhaltender Gebäude und Lückenschließung in traditioneller Bauweise, in Blockbauweise oder im industriellen Monolithbau sowie bei weitgehender Entkernung der Innenhöfe unter teilweiser Beibehaltung von Mischfunktionen umzugestalten.

Beide Kategorien – ich nenne sie jetzt Wohnmischgebiet und Stadtkern (vielleicht gibt es treffendere Bezeichnungen) – haben folgendes gemeinsam:

- eine Funktionsmischung von Wohnen, Arbeiten und gesellschaftlichen Einrichtungen
- die Notwendigkeit, störende Umweltfaktoren (Luftverschmutzung, Lärm u. a.) im Zuge der Umgestaltung zu beseitigen
- eine weitgehende Nutzung der Erdgeschoßzone von Straßenräumen – eventuell mit Anbau im Hofbereich – für gesellschaftliche Einrichtungen und Gewerbe und
- eine teilweise Weiternutzung von Gebäuden im Hofbereich mit der vorhandenen oder einer anderen Funktion.

Zugleich bestehen zwischen diesen Kategorien wichtige Unterschiede.

- Im Wohnmischgebiet ist ein industrieller Wohnungsbau in vier-, fünf-, neun- oder elfgeschossiger Bauweise in Fließfertigung mit Paletten oder Sattelaufliegertransport und schienengebundenem Kran möglich.
- Im Stadtkern werden dagegen der traditionelle Wohnungsbau, der Blockbau (0,8 Mp oder 1,1 Mp), Mischbauweisen oder der industrielle Monolithbau für Lückenschließungen zwischen 10 m und 100 m Länge in der Geschoßzahl der vorhandenen Substanz zur Anwendung gelangen.
- Während in Wohnmischgebieten neue Bebauungsstrukturen in Abhängigkeit von der bestehend bleibenden Substanz, insbesondere von Industrie und Gewerbe, entstehen, wird im Stadtkern prinzipiell die historisch entstandene Struktur mit geringfügigen Abweichungen in den Randzonen beibehalten werden.
- Kommen im Wohnmischgebiet Fassaden des industriellen Wohnungsbaus mit geringfügigen Angleichungen an Nahtstellen zur Altbausubstanz zur Anwendung, so geht es im Stadtkern um die Erhaltung der historischen Fassaden und die maßstäbliche Angleichung der Fassaden der Lückenschließung.
- Wenn in Wohnmischgebieten eine weitgehende Flächenberäumung für industriellen Wohnungsbau mit hoher Dichte charakteristisch sein wird, wird dagegen im Stadtkern ein Abbruch von Altbauten nur



4



5

in denkmalpflegerisch und städtebaulich zweitrangigen Zonen zur Reduzierung des Modernisierungsaufwands für das Gesamtgebiet erfolgen.

■ Während im Wohnmischgebiet eine komplexe Vorbereitung durch das Büro des Bezirksarchitekten bis zur Bebauungskonzeption erfolgt, wird für die Stadtkerne eine Unterstützung der Kreise nur im Rahmen der kapazitativen Möglichkeiten in Form von Studien möglich sein.

Um unter Beachtung der enormen Steigerungsraten für den komlexen Wohnungsbau – sie gelten ja gleichermaßen für die städtebauliche Vorbereitung – mehr als bisher den Kreisen Unterstützung bei der Vorbereitung der Umgestaltung der Stadtkerne der Klein- und Mittelstädte geben zu können, gilt es, in erster Linie mit Mitteln der Intensivierung zu einer Senkung des Aufwandes für städtebauliche Planwerke zu kommen. Ein Mittel hierzu ist die Senkung des Analyseaufwandes auf das, was notwendig ist, um unsere Planungen sicher zu machen.

Nach unseren bisherigen Erkenntnissen, wie wir sie zum Beispiel in Riesa gewannen, liegt das größte Problem in der Industrie- und Gewerbesubstanz der Mischgebiete. Uns allen ist klar geworden, daß die Lösung dieses Problems ausschlaggebenden Einfluß auf die künftige Stadtstruktur haben wird. Je besser es uns gelingt, Umgestaltungsbereiche als Wohnmischgebiete zu planen, die ein angenehmes Wohnen bei hoher Dichte und Verflechtung gewährleisten und gleichzeitig den Einsatz von Kapazitäten des industriellen Wohnungsbaus unter ökonomisch zumutbaren Verhältnissen ermöglichen, um so weniger werden wir auf Randgebiete der Stadt ausweichen müssen. Deshalb geht es jetzt darum, für in Arbeit befindliche oder für 1978 vorgesehene Umgestaltungsplanungen kurz- und langfristig – insbesondere mit Hilfe der Staatsorgane in den Kreisen und Städten – fundierte Aussagen zur Industrie- und Gewerbesubstanz zu erhalten. Dabei ist folgendes anzustreben:

■ Vorhandene Produktionsstätten sind möglichst zu erhalten. Wenn eine Verlagerung wegen wesentlicher Beeinträchtigung der Wohnfunktion unerläßlich wird, kann sie erst erfolgen, wenn die Weiterführung der Produktion auf besser geeignete Weise gesichert ist. Aussagen hierzu müssen Bestandteil der gesellschaftlich-volkswirtschaftlichen Zielstellung sein.

■ Zentral- und bezirksgeleitete Industriebetriebe sind unter Beachtung ihres Einflusses auf die Umwelt zunächst als Bindung aufzufassen.

Aussagen hierzu, einschließlich Entwicklungstendenzen für die zweigliche oder territoriale Rationalisierung, müssen ebenfalls Bestandteil der gesellschaftlich-volkswirtschaftlichen Zielstellung bilden.

■ Gewerbebetriebe, sofern sie nicht in der vorhandenen Substanz verbleiben können, sollten weitgehend in die Erdgeschoßzone der zu modernisierenden oder neu zu bauenden Wohnsubstanz eingeordnet werden. Dabei ist die angrenzende Altsubstanz im Hofbereich – eventuell auch neue Anbauten – einzubeziehen. Aussagen über Möglichkeiten der Einordnung dieser Funktionen in Wohngebäude sind Voraussetzung für eine solche Umgestaltungsplanung und müssen Bestandteil der gesellschaftlich-volkswirtschaftlichen Zielstellung sein.

Das bedeutet: Ohne eine rechtzeitige Einbeziehung der Industrie- und Gewerbebetriebe in die Vorarbeit zur Umgestaltungsplanung werden unsere Planungen mehr oder weniger Papier bleiben, werden uns ständige Überarbeitungen belasten. Hier kommt der Arbeit der örtlichen Organe der Kreis- und Stadtebene eine hohe Bedeutung zu.

Es geht also in der Anlaufphase einer Planung weniger um die exakte Ermittlung von Daten, sondern vor allem um die Entwicklungstendenz und Bedeutung der Betriebe dieses Gebietes. Ebenso geht es bei der Wohnsubstanz zunächst um die Frage, welche Bausubstanz ohne oder mit geringem Aufwand in die 1990 bestehende moderne Bausubstanz einzureihen und welche aus dringenden denkmalpflegerischen oder städtebaulichen Gesichtspunkten zu erhalten ist.

Für die rund 40 Umgestaltungsgebiete außerhalb der Bezirksstadt Dresden lagen 1977 das Ergebnis eines Wettbewerbs (Bischofswerda-Innenstadt), Studien unterschiedlicher Qualität für 17 Umgestaltungsgebiete der Bezirks- und Kreisebene und das Untersuchungsergebnis zu den Realisierungsbedingungen des Ersatzwohnungsbaus für zehn Städte vor.

Diese Quantität und auch die unterschiedliche Tiefe der Bearbeitung reichen nicht aus, um die auf dem 5. Plenum des ZK der SED geforderte Qualität des Bearbeitungs- und Entscheidungsvorlaufs zu erreichen. Aus

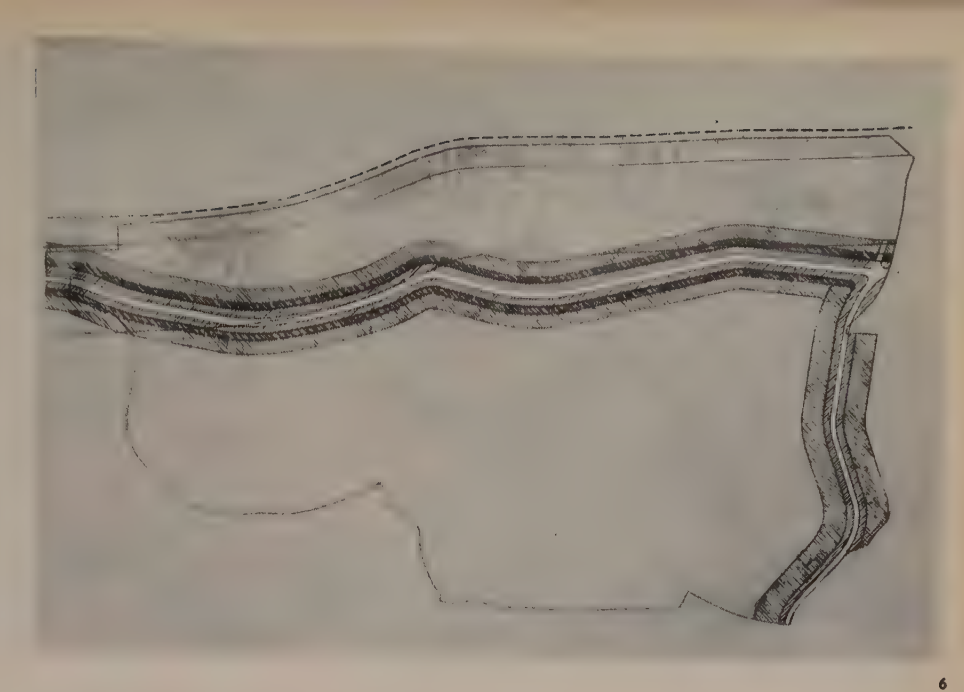
4
Studie für die Innenstadt von Bautzen (vor Untersuchung der Realisierungsbedingungen, Ergebnis der Werkstattwoche)

5
Studie für die Innenstadt von Bautzen. Teilgebiet (nach Untersuchung der Realisierungsbedingungen)

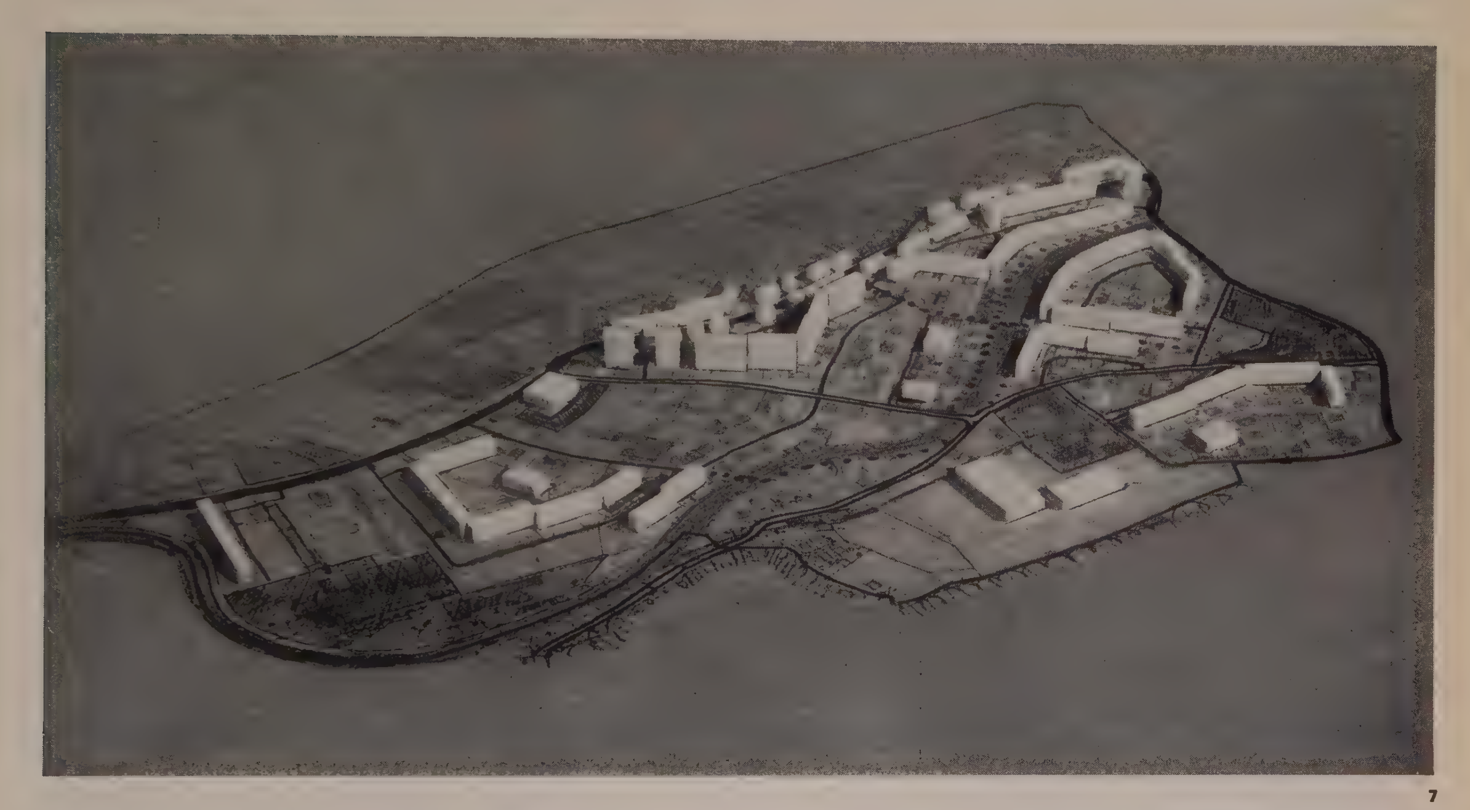
6
Karte der Lärmschutzabstände in Freital

7
Studie für Freital-Deuben (Ergebnisse der Werkstattwoche)

8
Studie für Freital-Deuben (Variante)



6



7

8





9

diesem Grunde muß die Arbeit des Büros des Bezirksarchitekten wesentlich mehr als bisher auf diese Problematik konzentriert werden. Ausgangspunkt für diese erhöhte Aktivität war die erste Dresdner „Arbeitswoche Umgestaltung", die im Jahr 1976 durchgeführt wurde. Über 30 Architekten und Ingenieure, dazu die zuständigen Kreis- und Stadtarchitekten sowie Vertreter des Büros für Territorialplanung und des Büros für Verkehrsplanung bearbeiteten nach einem Tag der Vorträge und Diskussionen konzeptionelle Vorstellungen für neun Umgestaltungsgebiete, die am letzten Tag durch die betreffenden Kollektive verteidigt wurden. Die Ergebnisse zeigten im Verhältnis zur beanspruchten Zeit eine hohe Qualität und führten – zumal die Kollektive zur Ausschaltung von „Betriebsblindheit" an Gebieten eingesetzt waren, mit denen sie bisher noch nichts zu tun hatten – in vielen Fällen zu neuen Ideen und Erkenntnissen. Einige wesentliche dabei diskutierte inhaltliche Probleme, sofern sie hier nicht schon behandelt wurden, sollen noch angeführt werden.

▪ Die bereits vorher getroffene Annahme, daß fast alle der zehn historisch gewachsenen Stadtkerne der Kreisstädte in Verantwortung der Räte der Kreise umzugestalten sind, wurde bekräftigt. Lediglich der Stadtkern von Bischofswerda und eventuell ein Teil des Stadtzentrums von Zittau bieten sich infolge des hohen Anteils nicht mehr zu erhaltender Substanz als Komplexstandorte des Wohnungsneubaus an.

▪ In vielen Fällen bieten sich die an den Stadtkern angrenzenden Innenstädte oder Teile davon als Komplexstandorte des Wohnungsneubaus an. Sie stehen in engem räumlichem Zusammenhang mit den historischen Stadtkernen und müssen wegen der engen funktionellen (z. B. Stadttechnik) und gestalterischen Beziehungen (z. B. Geschossigkeit) als Einheit geplant und möglichst auch realisiert werden. Beispiele hierfür sind die Innenstädte von Großenhain, Kamenz, Pirna und Löbau. Als günstigste Bebauungsstruktur stellte sich hier die mehrgeschossige, mehr oder weniger geschlossene Bebauung heraus.

10

1. 1 835 621

2. 1 297 571 — 70,7 %

3. 788 240 — 100 % (42,43 %)

4. 612 454 — 77,7 %

5. 175 786 — 22,3 %

6. 183 214 — 23,3 %

7. 605 026 — 76,7 %

8. 133 375 — 245 268 — 31,1 %

9
Studie für Radebeul-Kötzschenbroda

10
Studie für die Innenstadt von Großenhain

11
Konzentration des Wohnungsbaus im Bezirk Dresden

1. Bevölkerung des Bezirkes (Dezember 1975)
2. in 66 Städten lebende Bevölkerung des Bezirkes
3. in 65. Städten lebende Bevölkerung außerhalb der Bezirksstadt
4. in 22 Städten, in denen von 1976 bis 1990 komplexer Wohnungsbau errichtet wird, lebende Bevölkerung außerhalb der Bezirksstadt
5. notwendige Konzentration für den Wohnungsbau der Kreise
6. in 6 Städten lebende Bevölkerung des Bezirkes, in denen die Innenstadt und der Stadtkern komplex umgestaltet werden
7. notwendige Konzentration des Wohnungsbaus der Kreise für die Umgestaltung von Innenstadt und Stadtkern
8. 17 Städte mit historischen Stadtkernen und Marktplatzbereichen

▪ Industriestädte ohne historischen Stadtkern, zum Beispiel Freital und Radebeul, zeigen innerhalb ihrer Bandstruktur infolge der intensiven Flächennutzung nur inselförmige Ansätze für realisierbare Umgestaltungsstandorte. Der Wohnungsneubau auf Abrißflächen wird sich hier – besonders deutlich in der engen Tallage von Freital – auf punktförmig in die Stadtstruktur eingeordnete Wohngruppen ohne direkten gegenseitigen Zusammenhang beschränken müssen, was jedoch sowohl funktionell als auch gestalterisch nicht generell als negativ zu bewerten ist. Nach den bisherigen Untersuchungen bieten sich für die zersplitterten kleinen Flächen als optimale Baukörperformen punktförmige Gebäude oder kurze Scheiben in offener Bebauung an.

▪ Die Vorstellung, ausgehend von den großen Neubaugebieten am Rand der Städte in Richtung Stadtkern umzugestalten, läßt sich infolge der vorhandenen Flächennutzung nur in Einzelfällen realisieren. Als bisher einziges Beispiel des Bezirkes wäre hier Görlitz-Kummerau zu nennen, das als dritter Wohnkomplex des Gebietes Görlitz Nord umgestaltet werden soll.

▪ Bei Flächenabriß und Neubau ergeben sich auf Grund der bestehenden städtebauhygienischen Bestimmungen enorme Lärmschutzabstände zu vorhandenen Trassen der Bahn oder des Straßennetzes, die die Bebauungsdichte wesentlich reduzieren. Das Kollektiv, das Freital-Deuben bearbeitete, unterbreitete deshalb den Vorschlag, die vorhandene Altbebauung bestehen zu lassen und schrittweise für gewerbliche Einrichtungen umzufunktionieren. Die Neubebauung sollte dann in engem Abstand hinter dieser Altbebauung eingeordnet werden, die zu einem späteren Zeitpunkt durch andere Bauten mit Nichtwohnfunktion ersetzt werden könnte. Dieser Gedanke, der in seinen Vor- und Nachteilen noch nicht gründlich ausdiskutiert werden konnte, wird bei der weiteren Bearbeitung dieses Gebietes weiterverfolgt werden.

▪ Die Annahme, daß bei der Umgestaltung die Zahl der Wohnungen gegenüber der vorhandenen nur gering steigt oder sogar geringer wird, wurde bei den neun Beispielen nicht bestätigt. Unter den vorgegebenen Bedingungen wurde gegenüber einem Bestand von 15 000 WE eine Erhöhung auf 21 300 WE (136 Prozent) erreicht.

Die rechtzeitige Bereitstellung qualitativ hochwertiger städtebaulicher Planungen ist nur in einem stufenweisen Prozeß von Analyse-Planung-Entscheidung, vom Groben zum Feinen hin zu erreichen. Dabei ist es wichtig, ständig neueste Ergebnisse von Beispielplanungen, praktische Erfahrungen anderer Bezirke (dazu sollten mehr zentrale Erfahrungsaustausche durchgeführt werden) und neueste Prämissen für die Fonds- und Kapazitätsbereitstellung einfließen zu lassen. Dieser städtebauliche Vorlauf ist nur eine Seite, die Vorbereitung der Kapazitäten des Bauwesens auf die neuen Aufgaben der Umgestaltung die andere, noch dringendere.

Aus den bisherigen Ergebnissen städtebaulicher Untersuchungen und der Arbeit an der Erzeugnispolitik im Bezirk Dresden können hierzu folgende Feststellungen getroffen werden:

▪ Dem Einsatz der in den Bezirken vorhandenen Bauweisen für Aufgaben der Umgestaltung muß neben der Problematik der Transportentfernungen zwischen Vorfertigungsstätte und Baustandort immer mehr die Problematik der differenzierten Standortbedingungen zugrunde gelegt werden.

Je kleiner der Standort wird und je größer die Bindungen durch vorhandene Substanz werden, um so geringer wird die Laststufe im industriellen Wohnungsneubau angesetzt werden können bzw. um so mehr werden die Bauweisen erforderlich, deren Variabilität dem traditionellen Bauen nahekommt.

▪ Die vorhandene Plattenbauweise ist neben ihrem vorrangigen Einsatz beim Bau neuer Wohngebiete auch für größere Umgestaltungsstandorte des Bezirkes vorzusehen, die eine relativ hohe Abriß-Neubau-Quote aufweisen.

Die ersten dringenden Schritte zur Modifizierung der WBS 70 betreffen die Geschoßdifferenzierung (5/4geschossig und 11/9geschossig) und die Realisierung kurzer Blöcke (2-Segmenter, 1-Segmenter, Würfelhäuser). Modifizierungsvarianten, wie sie in einigen Bezirken in Vorbereitung sind, sollten offiziell in den noch herauszugebenden Angebotskatalog des Kooperationsverbandes für 1981 bis 1985 aufgenommen werden.

Weitergehende Modifizierungen sind im Bezirk Dresden für den leichten Plattenbau (3,6 Mp) vorgesehen.

▪ Zur Entlastung der Kapazität an traditionellen Bauweisen und der noch geringen Kapazität des industriellen Monolithbaus, die eine weitgehende Anpassung an gegebene Standortbedingungen erlauben, sollte die Blockbauweise, insbesondere für kleinere Umgestaltungsstandorte, in Verantwortung des Bezirkes und der Kreise und für größere Lückenschließungen unter zentraler Leitung weiterentwickelt werden. Ein besonderes Problem ist hierbei die Bereitstellung entsprechender Mobilkräne, um diese leichte Montagebauweise auch an beengten Standorten zum Einsatz bringen zu können.

Die Beispielplanung der Bauakademie der DDR zur Innenstadt von Zittau müßte hierzu erste Beiträge liefern.

▪ Der Einsatz der traditionellen Kapazität für Wohnungsneubau auf Einzelstandorten und für die Modernisierung muß standortmäßig durch das Bezirksbauamt stärker beeinflußt werden. Die derzeit noch oft anzutreffende Praxis, die für die Umgestaltung bestens geeignete Bauweise für eine mehrgeschossige Bebauung mit Segmenthäusern zu verwenden, die auch industriell errichtet werden könnten, muß umgehend geändert werden.

Nur eine Konzentration der vorhandenen Kapazitäten auf die Städte, insbesondere die Kreisstädte, und hierbei wieder auf die Stadtkerne, wird es ermöglichen, unter den gegebenen ökonomischen Prämissen bis 1990 auch zu einer Rekonstruktion der Wohnsubstanz der Stadtkerne zu kommen und damit gleichzeitig das Herz der Stadt einer Erneuerung zuzuführen.

Der Herstellung der optimalen Proportionen zwischen den teureren Wohnungen in den Stadtkernen und den billigeren im sonstigen Stadtgebiet oder auf dem Lande (Lückenschließung und Modernisierung) unter Einhaltung der den Kreisen im Gesamtdurchschnitt vorgegebenen Fonds- und Kapazitätsgrößen ist dabei besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Klärung dieser und weiterer Fragen wird dazu beitragen, schrittweise Licht in die komplizierte Problematik des Gesamtprozesses der Umgestaltung zu bringen.

Wesentliche Beiträge hierzu sind aber erst aus der Auswertung der ersten Praxisbeispiele zu erwarten, die trotz der Schwierigkeit einer sofortigen Verallgemeinerung den Fachleuten auf dem schnellsten Wege zugänglich gemacht werden müssen.



1

1
1. Preis und Sonderpreis der Bauakademie der DDR
Peter-Heinz Junge,
Bildreporter
Aus der Serie:
„Berlin: Am Arnimplatz"

2
2. Preis
Amateurfotogruppe
Dietlinde Nickel,
Karin Lapsczynski,
Peter Starke,
Hans-Jürgen Förster
WTZ für Arbeitsschutz beim Ministerium für Bauwesen
Aus der Serie:
„Bauarbeiter Bruno vom WBK Berlin"

3
3. Preis und Sonderpreis der Redaktion „Architektur der DDR"
Manfred Uhlenhut,
Bildreporter
Aus der Serie:
„Palast der Republik"

Wettbewerb „Baufoto '77"

Vor kurzem fand der schon zu einer guten Tradition gewordene, von der Bauinformation ausgeschriebene Wettbewerb „Baufoto '77" mit der Entscheidung der Jury über die Preisträger seinen Abschluß. Die eingereichten 814 Fotos sind ein interessantes Spiegelbild der Bautätigkeit in unserem Lande, der Arbeit der Bauschaffenden und dessen, was sie für das Leben der Menschen bewirken.
Allein die Wahl der Motive beweist, daß Fotos durchaus mehr sind als nur naturalistische Abbilder. Sie zeigt, mit welchen Augen Fotografen, Bildreporter, Fotogruppen und die 58 teilnehmenden Amateure – meist Arbeiter, Angestellte und Ingenieure verschiedener Berufszweige – unser Bauen sehen. Dazu gehören nicht nur aufmerksames Beobachten und die Beherrschung der Fototechnik, sondern auch ein Hineindenken, Verstehen und Werten.
Besonders überzeugend macht der Baufotowettbewerb deutlich, welche Rolle die Verwirklichung unseres Wohnungsbauprogramms im Leben und im Bewußtsein der Menschen einnimmt.
Sehr stimmungsvoll zeigt die mit dem 1. Preis ausgezeichnete Farbfotoserie „Am Arnimplatz" von Peter-Heinz Junge, wie die Modernisierung einem alten Wohngebiet nicht nur ein neues, freundliches Aussehen gibt, sondern wie sie vor allem den Bewohnern – jungen wie älteren Menschen – das Gefühl bestärkt, hier zu Hause zu sein. Eine weitere Serie des gleichen Autors behandelt dieses Thema noch einmal aus der Sicht des Prozesses der Modernisierung: die mühevolle Arbeit der Baukollektive, die gegenseitige Hilfe der Mieter beim Umzug und die Freude einer jungen Familie über ihr neugestaltetes Heim.
Gleiche Aufmerksamkeit fand der Bau neuer Wohngebiete bei den Fotografen. Die Amateurfotogruppe des Wissenschaftlich-Technischen Zentrums für Arbeitsschutz gibt mit ihrem Foto, das einen 4. Preis erhielt, einen Eindruck von der Größe des neuen Berliner Wohngebiets an der Leninallee. Das abendliche Bild läßt mit seiner Lichterfülle ahnen, wie viele Familien hier eine neue Wohnung fanden. Wie neue Gestaltungsideen der Architekten reale Gestalt annehmen, zeigt Heinz Dittmanns Foto „Rostock-Schmarl wächst". Hier fühlt man schon an den ersten Häusern dieses noch im Bau befindlichen Wohngebiets, daß mit industriellen Baumethoden eine lebendige architektonische Formensprache gefunden werden kann. Ähnliches wird auch aus Gisela Dutschmanns Fotos von neuen Berliner Wohngebieten spürbar. „Probleme und Sichten im Neubaugebiet Leipzig-Lößnig" will Thomas Kläber in seiner feinfühligen Fotoserie nahebringen. Mit kritischem Blick und einer optimistischen Ausschau läßt er uns die Probleme eines entstehenden Wohngebiets nachempfinden: den Weg von den Mondlandschaften der Bauzeit bis zu dem ersten Grün neuer Freiflächen, das Einleben in eine neue, noch unvollständige Wohnumwelt, in der die Kinder am schnellsten Kontakt finden und heimisch werden. Auf

welche Weise die Bewohner eines neuen Wohngebiets zu einer Gemeinschaft werden können, beleuchtet auch Helmut Diehls Fotoserie „Wohngebiets- und Sportfest".
Anerkennung verdienen auch die zahlreichen Fotos, wie die Serien „Palast der Republik" von Manfred Uhlenhut, „Leipzig aus denkmalpflegerischer Sicht" und „Garten- und Parkarchitektur" von Dieter Möller, „Berliner Architekturimpressionen" von Eckehart Rochner, „Rekonstruierte mittelalterliche Wehranlage Neubrandenburgs" von Bernd Wurlitzer und Asmus Steuerleins Fotos von Bautzen, die das Verhältnis der Menschen zur Architektur, zu den neugeschaffenen Bauten, aber auch zu unserem architektonischen Erbe auf verschiedenartige Weise darstellen. Dabei macht Klaus-Rüdiger Ulrichs Blick auf alte und neue Bauten im Zentrum von Merseburg die ernsten Probleme sichtbar, vor denen die Architekten bei der Rekonstruktion in unseren alten Städten stehen, wenn es darum geht, Neues und Altes harmonisch zu verbinden.
Ebenso zahlreiche und hervorragende Fotos sind den Menschen gewidmet, durch deren schöpferische, angestrengte und oftmals noch schwere Arbeit auf den Baustellen neue Betriebe und Wohngebiete entstehen und alte Bauten erhalten werden. In der Serie „Bauarbeiter Bruno vom WBK Berlin" von der Amateurfotogruppe des WTZ Arbeitsschutz wird uns ein erfahrener Mann vom Bau vorgestellt, der zupacken kann und sich des Sinns seiner Arbeit bewußt ist, ein guter Kollege, der im Kollektiv seinen Mann steht und auch weiß, was seine Arbeit wert ist.
Auch auf Gerhard Webers Foto „Zigarettenpause auf dem Bau" begegnen wir solchen charaktervollen Bauleuten, einem Kollektiv, das unmittelbar vor einer schwierigen Aufgabe zu sagen scheint: „Männer, jetzt geht's ran".
An dieser Stelle verdient noch eine besonders optische Serie genannt zu werden: „Malthema: Der Neubau" von Uwe Steinbrück. Diese Fotos zeigen uns, wie heute schon in der Schule Interesse für das Bauen und Achtung vor den Leistungen der Bauschaffenden geweckt wird.
So vermittelt diese Leistungsschau der Baufotografen trotz ihrer Spezifik doch ein lebensvolles realistisches Bild von unserer Republik, die jetzt ihrem 30. Jahrestag entgegengeht. Wenn wir die Arbeit der Baufotografen hier in unserer Zeitschrift hervorheben, so vor allem deshalb, weil sie geeignet ist, auch Architekten Einsichten darüber zu vermitteln, wie Architektur von anderen gesehen und dargestellt wird. Eine Ausstellung darüber würde sich sicher lohnen.

G. K.

2

3





Jury:

Diplomfotografiker Roland Brinsch, Redaktion „Fotografie" (Vorsitzender der Jury)

Dr.-Ing. Werner Rietdorf, Bauakademie der DDR

Dipl.-Ing. Hans Wendt, Fachverband Bauwesen der Kammer der Technik

Hans-Heinz Lange, Zentralvorstand IG Bau/Holz

Dipl.-Ing. Claus Weidner, Redaktion „Architektur der DDR"

Bauingenieur Wolfgang Andrees, Bauinformation



4

4
Ein 4. Preis
Amateurfotogruppe: Dietlinde Nickel, Karin Lapsczynski, Peter Starke, Hans-Jürgen Förster
WTZ für Arbeitsschutz beim Ministerium für Bauwesen
„Blick auf das Neubaugebiet am Fennpfuhl"

5
Ein 4. Preis
Peter-Heinz Junge, Bildreporter
Aus der Serie: „Verbesserte Wohnbedingungen für Berliner Bürger"

6
Ein 4. Preis
Dieter Möller, Fotograf
Aus der Serie: „Leipzig aus denkmalpflegerischer Sicht"

7
Ein 4. Preis
Eckehart Rochner, Kameramann
Aus der Serie: „Berliner Architekturimpressionen"

8
Ein 4. Preis
Gerhard Weber
„Zigarettenpause auf dem Bau"

9
Ein 5. Preis
Helmut Diehl, Maschinenbauingenieur
Aus der Serie: „Wohngebiets- und Sportfest"

10
Ein 5. Preis
Heinz Dittmann, Ingenieur
„Rostock-Schmarl wächst"

5



6





7



8



9

10

11

12



11
Ein 5. Preis
Gisela Dutschmann, Fotografin
„Kindergarten im WK Tierpark"

12
Ein 5. Preis
Dieter Möller, Fotograf
Aus der Serie: „Garten- und Parkarchitektur"

13
Ein 5. Preis
Uwe Steinbrück, Programmierer
Aus der Serie: „Malthema: Neubau"

14
Ein 5. Preis
Klaus-Rüdiger Ulrich, Bildreporter
„Blick auf das Stadtzentrum von Merseburg"

Weitere Preise erhielten:

Einen 5. Preis

Gisela Dutschmann, Fotografin
„Leipziger Straße"

Einen 5. Preis

Joachim Fisahn, Fotografiker
„Verjüngungskur am Arnimplatz"

Einen 5. Preis

Peter Müller, Fotograf
„Montage eines Schornsteins"

Einen 5. Preis

Asmus Steuerlein, Fotograf
Aus der Serie: „Bautzen"

Einen 5. Preis

Klaus-Rüdiger Ulrich, Bildreporter
„Lenindenkmal in Merseburg"

Einen 5. Preis

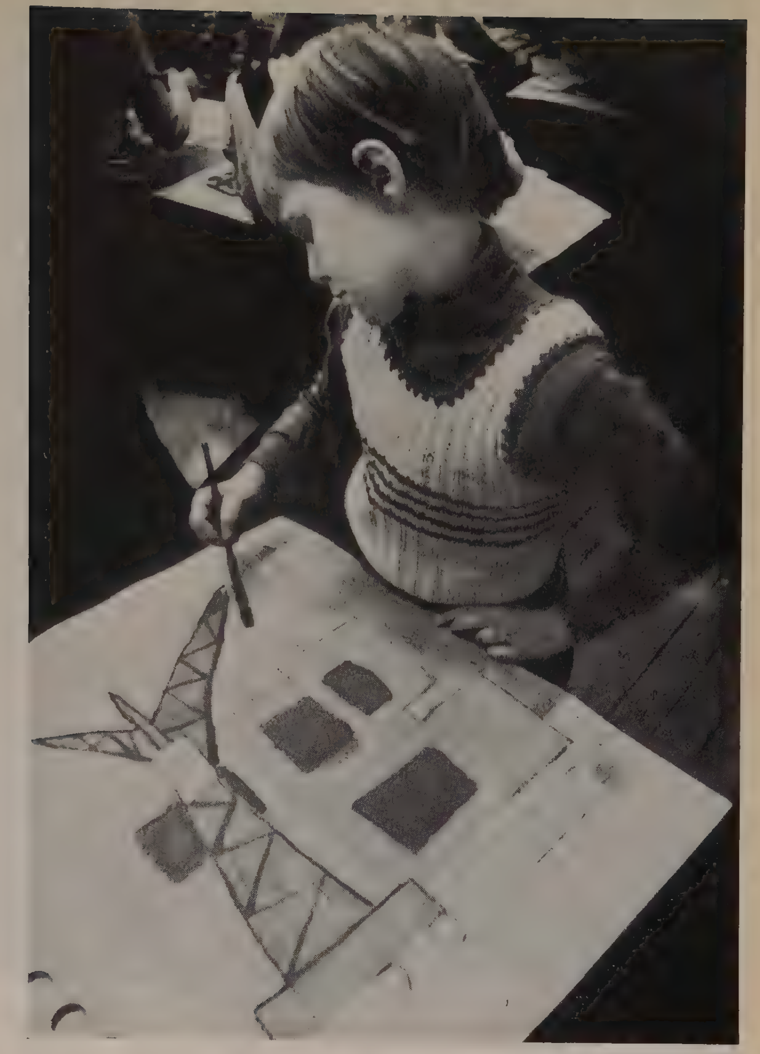
Bernd Wurlitzer, Journalist
Aus der Serie: „Rekonstruierte mittelalterliche Wehranlage Neubrandenburgs" (unser Titelfoto)

Sonderpreis des Zentralvorstandes der IG Bau/Holz

Thomas Kläber, Amateur
Aus der Serie: „Probleme und Sichten im Neubaugebiet Leipzig-Lößnig"

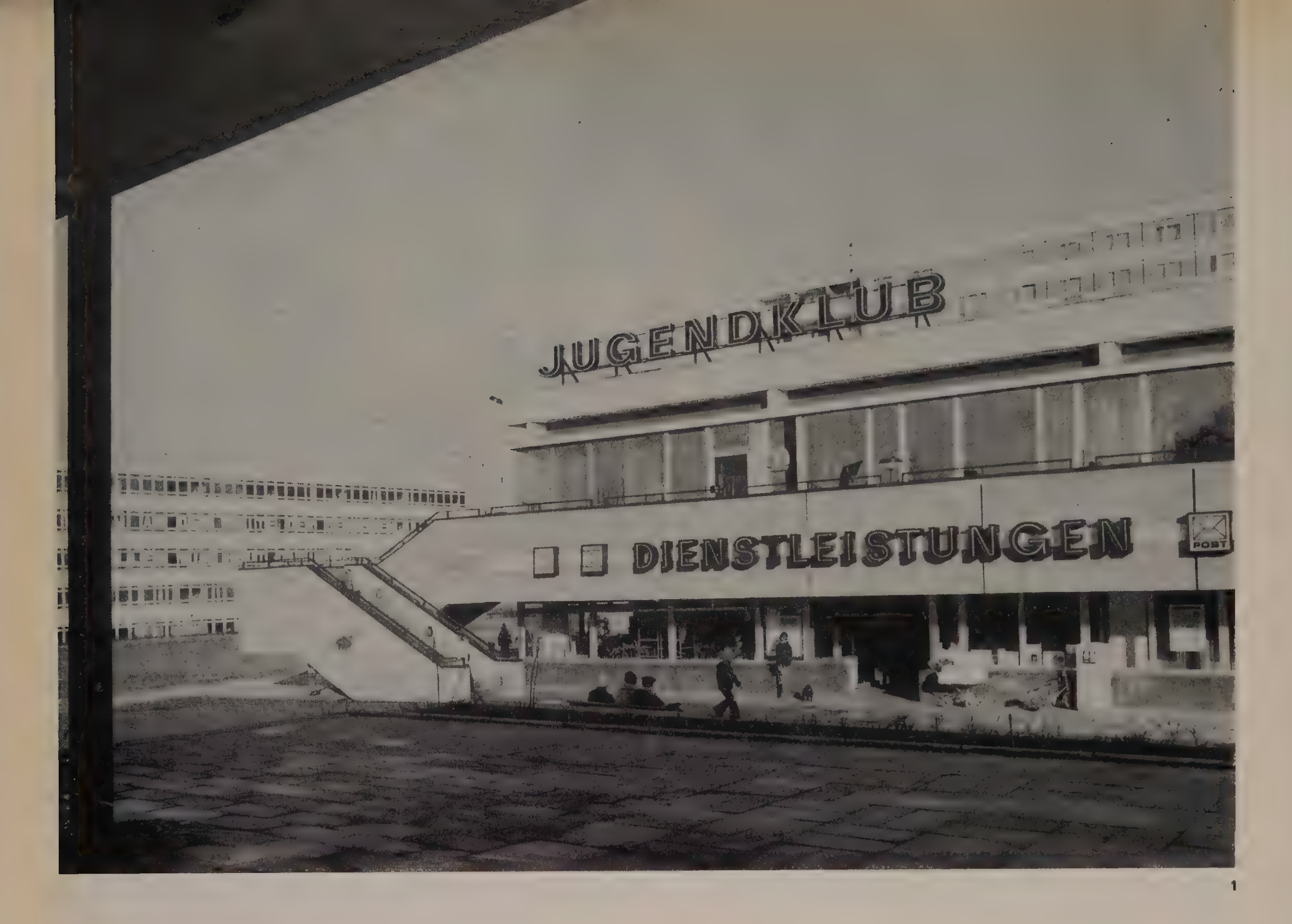
Sonderpreis Redaktion „Fotografie"

Kurt Picka, Transportarbeiter
„Ästhetik der Arbeit"



13





1

Haus der Dienste, Typ Berlin

Dipl.-Ing. Achim Wolff, Architekt BdA/DDR
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin,
Betrieb Projektierung

Entwurf

Dipl.-Arch. Friedrich Kalusche, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Achim Wolff, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Arch. Roland Steiger, Architekt BdA/DDR
Architekt Heinz Winkelmann
Architekt Günter Jäckel, Architekt BdA/DDR

Entwicklung Flachbau-Katalog SK 72

Dipl.-Ing. Jürgen Annieś
Ingenieur Klaus Herzog
Dipl.-Ing. Klaus Krüger
Ingenieur Johannes Rohn

Statik und Konstruktion

Ingenieur Hansjoachim David
Ingenieur Hans-Georg Beck

Bautechnischer Ausbau

Architekt Hans-Joachim Weber, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Gabriele Schmiedchen
Dipl.-Arch. Johannes Bogatzki, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Arch. Marina Stefanenko, Architekt BdA/DDR

Bautechnologie

Dipl.-Ing. Christian von Wangelin

Bauwirtschaft

Ingenieur Siegfried Valentin
Ingenieur Heidemarie Bratz

Mitwirkung von Konsultationspartnern

An der Bearbeitung des Dienstleistungsprogramms haben folgende Partner konsultativ mitgewirkt:
Hauptauftraggeber Berlin
Magistrat der Hauptstadt der DDR, Berlin:
Abteilung örtliche Versorgungswirtschaft
Abteilung Jugendfragen, Körperkultur und Sport
Bezirksdirektion des Post- und Fernmeldewesens Berlin
Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft Berlin

Konzeption des Gebäudes

Ausgehend von der Funktion des Hauses der Dienste und den vorhandenen städtebaulichen Faktoren, wurde das Bauwerk als zweigeschossiger, nicht unterkellerter quadratischer Körper konzipiert.

Durch die Anwendung des Bausystems SK 72 Berlin ergeben sich folgende Abmaße:

Länge	30 020 mm
Breite	30 020 mm
Höhe über OK Terrain	7 990 mm
Systemlänge	28 800 mm
Systembreite	28 800 mm
Geschoßhöhe 1. Geschoß	3 600 mm
Geschoßhöhe 2. Geschoß	3 600 mm.

Funktionelle Lösung

Als Grundlage für die funktionelle Lösung des Hauses der Dienste wurde eine Aufgabenstellung verwendet, die im Rahmen von Voruntersuchungen zwischen dem Hauptauftraggeber Berlin und den entsprechenden Nutzern abgestimmt war.

Im Haus der Dienste wurden sechs Hauptfunktionsbereiche angeordnet: Post, komplexe Annahmestelle, Münzreinigung, Blumenverkaufsstelle, Jugendklub und Friseur.

■ 1. Geschoß

Im 1. Geschoß befinden sich die Post, die komplexe Annahmestelle, die Münzreinigung, die Blumenverkaufsstelle sowie Technikräume.

Die Kundenräume dieser Bereiche sind von einer durchgängigen Passage aus erreichbar. Die Belieferung und der Abtransport von Materialien und Gütern erfolgen für die Post, die komplexe Annahmestelle, die Münzreinigung und den Friseur zentral von der Rückseite des Objektes her.

Die Ver- und Entsorgung der Blumenverkaufsstelle ist an der Achse D angeordnet.

Der Transport der Müllcontainer aus den Müll- und Abfallräumen wird an der Rückseite des Objektes vorgenommen.

Die Kundenräume der Hauptfunktionsbereiche erhalten eine Schaufensterverglasung; alle in den Außenbereichen des Grundrisses liegenden Arbeits- und Sozialräume sind durch ein umlaufendes hochliegendes Fensterband belichtet.

Die Post, die komplexe Annahmestelle und die Münzreinigung werden mechanisch be- und entlüftet. Die Umkleide- und Aufenthaltsräume sowie der Blumenverkauf werden natürlich be- und entlüftet.

Die Sanitäranlagen sind generell an die lufttechnische Anlage angeschlossen.

■ 2. Geschoß

Das 2. Geschoß umfaßt den Jugendklub mit Neben- und Sanitärräumen, den Friseursalon für Damen und Herren mit einem Kosmetikbereich und die dazugehörigen Aufenthalts-, Umkleide- und Sanitärräume sowie einen Technikraum für die lufttechnische Anlage.

Der Zugang zum Jugendklub erfolgt über eine Außentreppe und eine anschließende offene Terrasse. Der Zugang zum Friseursalon ist separat angeordnet, um den Funktionsablauf in beiden Einrichtungen zu garantieren und gegenseitige Störungen zu

1
Blick auf das Haus der Dienste, System Berlin, mit Jugendklub und Dienstleistungsbereich. Im Hintergrund ein Schulneubau

2
Obergeschoß 1 : 250

Friseur

1 Vorraum
2 Damensalon
3 Herrensalon
4 Labor und Lager für Kabinettware
5 Kosmetiksalon mit Kabinen
6 Lager für Handelsware
7 Personalaufenthaltsraum
8 Büro
9 Wäschelager

Jugendklub

10 Klubleiter
11 großer Mehrzweckraum
12 Foyer
13 kleiner Mehrzweckraum
14 Abstellraum
15 Büfett und Lager
16 Garderobe



2

3

3
Erdgeschoß 1 : 250

Münzreinigung

1 Kundenraum
2 Maschinenraum
3 Lager
4 Personalraum

Komplexe Annahmestelle

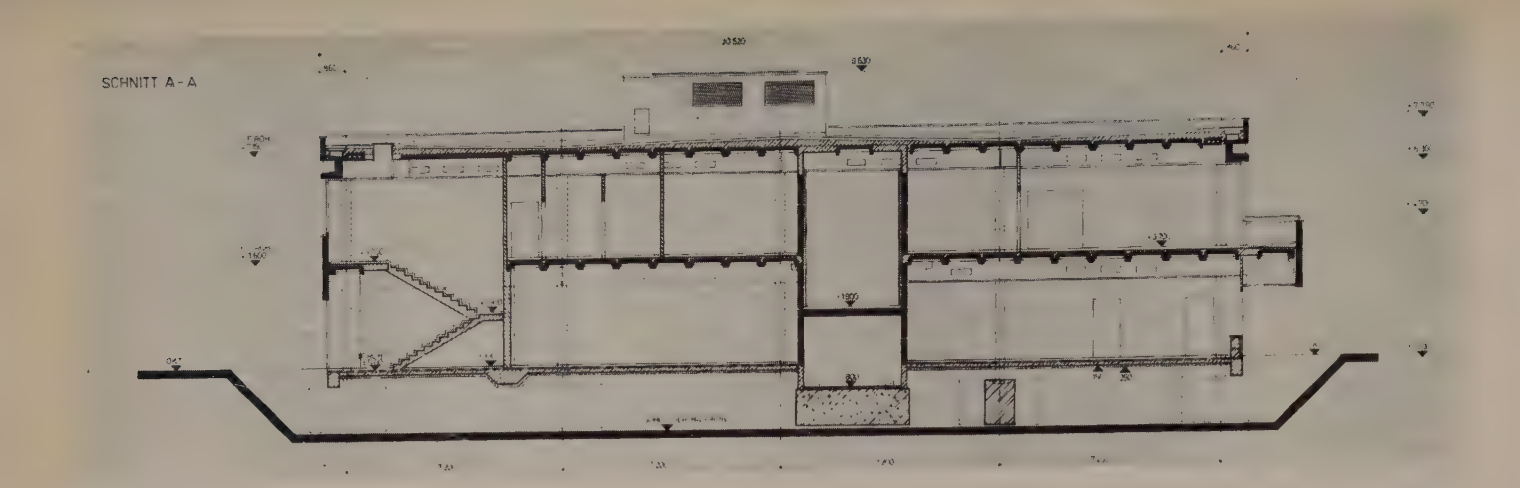
5 Kundenraum
6 Büro und Aufenthaltsraum
7 Lager
8 Schnellreparaturen
9 Hausmeister

Post

10 Kundenraum
11 Schalterraum
12 Zeitungsverkauf
13 Telefone
14 Büro
15 Tresorraum
16 Personalaufenthaltsraum
17 Dienstraum
18 Kleingutannahme und -ausgabe
19 Paketkammer

Blumenverkaufsraum

20 Kundenraum
21 Lager
22 Vorbereitungsraum
23 Personalaufenthaltsraum



4



4
Schnitt AA 1 : 250

6
Eingliederung des Hauses der Dienste in die umgebende Wohnbebauung

5
11geschossige Wohnbauten am Haus der Dienste in Berlin

7
Kleiner Mehrzweckraum im Jugendklub

8
Großer Mehrzweckraum im Jugendklub



5

7

6

vermeiden. Der zweite Fluchtweg aus dem Jugendklub ist über die zentrale, offene Innentreppe direkt in die Passage vorgesehen, wobei diese Treppenanlage in der Hauptsache aber als Zugang zum Friseur genutzt wird.

Die Klubräume, die Räume des Friseurs, die Lüfterzentrale und alle innenliegenden Neben- und Sanitärräume werden mechanisch be- und entlüftet. Die an den Außenwänden angeordneten Büro-, Aufenthalts- und Umkleideräume dagegen erhalten natürliche Belüftung. Das Foyer des Jugendklubs wird im Terrassenbereich mit einer raumhohen Verglasung versehen, alle anderen in den Außenbereichen des Grundrisses liegenden Räume werden durch ein umlaufendes Fensterband belichtet.

Gestalterische Lösung

Alle Funktionsbereiche des Objektes sind in dem in sich geschlossenen, aber im 1. Geschoß durch die Passage aufgelockerten Baukörper eingeordnet. Die Gestaltung des Bauwerkes wird unmittelbar durch die Tragkonstruktion einschließlich der Dachrandkonstruktion in Verbindung mit den umlaufenden Fensterbändern geprägt.

Um die Dachplatte mit der umlaufenden winkelförmigen Dachrandaufkantung optisch von den im Glas ausgeführten Fensterflächen zu lösen, wird allseitig unter dieser Konstruktion eine ausgeprägte Nut angeordnet.



8

Für die Brüstungsflächen der Außenhaut im Bereich des 2. Geschosses sind mittelschwere Leichtbetonelemente mit Kieselwaschputz vorgesehen.

Die Fensterflächen im 1. und 2. Geschoß bestehen aus einer Stahl-Glas-Konstruktion. Die geschlossenen Flächen der Außenwände im 1. Geschoß (Erdgeschoß) werden monolithisch aus Mauerwerk ausgeführt. Die Oberfläche wird mit Betonwerkstein verkleidet. Durch diese Ausführungsweise wird ein Fassadenrücksprung zwischen 1. und 2. Geschoß von rund 200 mm erreicht und damit die plastische Gesamtwirkung des Baukörpers erhöht.

Die vom Bauwerk getrennt angeordnete Außentreppe bildet zusammen mit der dem Jugendklub vorgelagerten Terrasse ein für dieses Bauwerk bewußt verwendetes Gestaltungselement.

Konstruktive Lösung

Der zweigeschossige, nicht unterkellerte Baukörper wird aus Fertigteilen der „SK-Berlin" errichtet.

Die Geschoßdecken und die Dachdecke bestehen vorwiegend aus Rippendeckenplatten. An einigen Stellen müssen aus konstruktiven Gründen Ortbetonstreifen vorgesehen werden.

Die Riegel zur Aufnahme der Deckenplatten liegen auf Stützen des Zweiriegelsystems.

Die Haupttreppe besteht aus SK-Fertigteilen, die Neben- und Außentreppe werden in Ortbeton ausgeführt.

Die Aussteifung des Baukörpers erfolgt durch Decken- und Wandscheiben. Die Wandscheiben werden als Fertigteile montiert.

Die Gründung erfolgt auf Einzelfundamenten für die Stützen und auf Stufen- oder Flächenfundamenten für die Wandscheiben.

Innenraumgestaltung

Für die Ausstattung des Gebäudes mit festen Innenausbauten, Möbeln und wesentlichen Teilen der Kleinausstattung zeichnet der Hauptauftragnehmer VEB Innenprojekt Halle, Betriebsteil Berlin, verantwortlich. Für die sechs Teilobjekte wird die Ausstattung nach getrennten Teilprojekten durchgeführt und abgerechnet; jedoch wird eine einheitliche Gestaltung hinsichtlich der Material- und Farbenwahl an Hand eines für jeden Standort neu zu erarbeitenden Farbprojektes durchgeführt. Grundsätzlich kommen dabei im gesamten Gebäude als Sichtflächen der zahlreichen Festeinbauten in den Klubräumen, wie z. B. Tresen, Regal- und Schrankeinbauten, Schalter- und Wandverkleidungen, einheitliche OPV-Platten in Edelholzstrukturen zur Anwendung, um bei weitgehender Einsparung von kostspieligen Furnierimporten trotzdem die warme, repräsentative Wirkung des Edelholzes zu nutzen. Vorrangig werden OPV-Strukturen wie Teakholz, Kirschbaum oder Eiche eingesetzt, die, kombiniert mit leuchtenden Dekorations- und Möbelbezugsstoffen, insbesondere dem Friseursalon und dem Jugendklub ein farbenfrohes Aussehen geben. Massivholzelemente, wie die Warenträger im Blumenverkauf und die Möbelgestelle des Jugendklubs, werden im Ton der gewählten OPV-Platten gebeizt.

In den Personal- und Lagerräumen kommen mit wenigen Ausnahmen nur Serienmöbel aus der laufenden Produktion zum Einsatz. Ebenso finden als Schaltermöbel im Postamt von der Post selbst entwickelte Serienerzeugnisse Verwendung, die ebenso wie die Selbstbedienungsautomaten für Briefmarken, Münzwechsel usw. durch die großzügigen OPV-Verkleidungen zusammengefaßt werden. In gleicher Form werden auch die Reinigungsautomaten in der Münzreinigung verkleidet.

Während die gewerblichen Teilobjekte nach vorgegebener Nutzertechnologie relativ fest eingerichtet sind, zeichnet sich der Jugendklub durch große Variabilität seiner drei Klubräume in der Nutzung für kulturelle Veranstaltungen vielfältigster Art (von der Disko über die Autorenlesung, den Vortragsabend, die Arbeitsgemeinschaft, Tischtennis bis zur Ausstellung und zum Schulungsabend) aus.

Die Einrichtung einer kleinen Bar ermöglicht dazu eine einfache gastronomische Versorgung durch die Jugendlichen selbst.



1

Großapotheke in Berlin

Dipl.-Ing. Bodo Lommatzsch
VEB Wohnungsbaukombinat Berlin,
Bereich Forschung und Projektierung

Die Versorgungsapotheke hat die Aufgabe, die Gesundheitseinrichtungen und die Bevölkerung eines Einzugsgebietes von 50 000 Einwohnern mit Medikamenten, orthopädischen und optischen Hilfsmitteln zu versorgen.
Die Produktionsapotheke sichert die zentrale Produktion der Vorratshaltung von Arzneimitteln, welche industriell nicht gefertigt werden. Außerdem wird hier die zentrale Herstellung der Labordiagnostika für die medizinischen Untersuchungslabore vorgenommen. In der Produktionsapotheke befinden sich die Qualitätsuntersuchung und -sicherung für die hier und in den Versorgungsapotheken hergestellten Arzneimittel (Arzneimittelkontrolle).
Für alle Apotheken des Einzugsgebietes von 200 000 Ew wird hier der zentrale Einkauf von Grundsubstanzen und deren Gütekontrolle vorgenommen.

Funktionelle Lösung

■ Im Erdgeschoß befinden sich die öffentlichen Räume der Versorgungsapotheke:
- Verkaufsraum mit Abgabe
- Verkaufsräume für Orthopädietechnik und Optik.

Diese Einrichtungen sind von Patienten und Kunden ebenerdig zu erreichen, und ihre Eingangsbereiche zwischen großen Schaufensterfronten bilden die Vorderfront des Gebäudes.
Der Eingang und der Verkaufsraum der Versorgungsapotheke sind dem Baukörper vorgelagert. Das hinter der Abgabe gelegene Offizin wird von Funktionsräumen wie Rezeptur, Destillier- und Sauberglasraum, Spüle und Lagerraum umschlossen.
Dem Orthopädieverkaufsraum sind Werkstatt, Büro, Lagerraum und Patientenkabinen zugeordnet. Der nebenan liegende Optikverkaufsraum ist direkt mit seinen zugeordneten Räumen (Werkstatt und Büro) verbunden.

Die rückseitigen Räume dienen der Warenannahme, Lagerung und den Flächen für die haustechnische Versorgung. Dort sind gleichfalls der Personaleingang und der Zugang der Warenannahme und der des Müllsammelraums gelegen.

■ Im Obergeschoß sind die Räume der Arzneimittelproduktion und der Labordiagnostika untergebracht. Diesen Bereichen sind Laborräume, Büros und Lagerräume sowie eine Expedition zugeordnet. Das im Kernbereich liegende Lager dient der Lagerung spezieller materieller Reserven des Gesundheitswesens.
Im Obergeschoß sind ferner die Personalbereiche mit Umkleide-, Wasch- und Toilettenräumen sowie ein Personalaufenthaltsraum mit angrenzender Teeküche angeordnet.

■ Das Dachgeschoß ist in seiner Fläche geringer und nach drei Seiten zurückgesetzt. Zur Rückseite hin kragt es zusammen mit dem Obergeschoß aus und bildet somit eine Überdachung der Anlieferseite im Erdgeschoß. Die mit natürlicher Beleuchtung versehenen Räume dienen der zentralen Abrechnung sowie der Planung und Leitung. An der Rückseite dieses Geschosses sind die Lüfterzentrale und daran angrenzend ein Hausmeisterbereich und ein Archiv- und Bibliotheksraum angeordnet.

Der Kernbereich dieser Geschoßfläche wird als Kühllager genutzt. Die vertikale Erschließung des Baukörpers wird durch zwei offene

Kennzahlen

Gebäudeabmessung	43,13 m × 22,715 m
mit einem Vorbau von	12,99 m × 3,385 m
Gebäudehöhe	11,70 m (Attikaoberkante)
Geschoßzahl	3
Geschoßhöhe	3,60 m
Bruttofläche	
Erdgeschoß	1023,67 m²
Obergeschoß	1063,87 m²
Dachgeschoß	598,20 m²
gesamt	2685,74 m²
Umbauter Raum	9660,66 m³

1
Blick auf das entstehende Gesundheitszentrum. Im Vordergrund das Apothekengebäude zum Zeitpunkt der Montage

2
Obergeschoß der Apotheke 1 : 250
1 Produktionsraum (Galenika feucht)
2 Leiter Versorgung Labordiagnostika
3 Umkleideraum Männer (schwarz)
4 Waschraum Männer
5 Umkleideraum Frauen (weiß)
6 Frauenruheraum
7 Teeküche
8 Aufenthaltsraum Personal
9 Rückstellmusterlager
10 Leiter Qualitätssicherung
11 Pharmazeutisch-chemisches Labor
12 Physikalisches Labor
13 Reagentienlabor
14 Expedition/Labordiagnostikalager
15 Mehrzwecklager
16 Abfaßraum
17 Produktionsraum aseptisch
18 Destillierraum
19 Spüle
20 Produktionsraum (Galenika trocken)
21 Produktionsvorbereitung
22 Glas- und Kartonagenlager
23 Spezielle Materialien

43 470

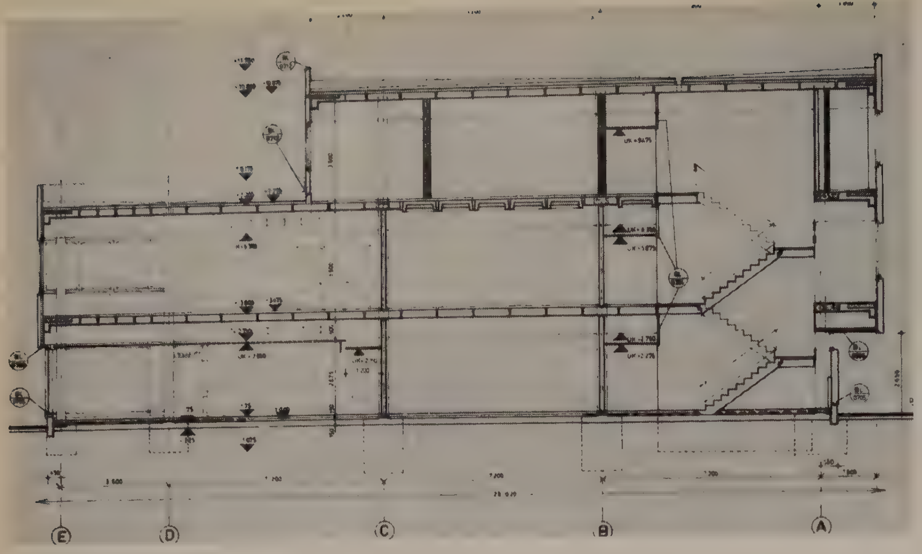
2

3
Erdgeschoß 1 : 250

1 Säurelager
2 Lastenaufzug
3 Maschinenraum
4 Warenannahme/Leergut
5 Müllraum
6 Haustechnik
7 Werkstatt
8 Sitzkabine
9 Liegekabine
10 Büro
11 Refraktionsraum
12 Optikverkauf
13 Orthopädieverkauf
14 Gipskabine
15 Büro Nachtdienst
16 Apothekenleiter
17 Warteraum
18 Offizin
19 Rezeptur, Drogen, Chemikalien
20 Glaslager
21 Spüle
22 Verbandstofflager
23 Lager Orthopädie

3

43120



4 Schnitt 1 : 250

5 Vorderansicht des Komplexes mit Apotheke und Fachgeschäften für Orthopädie und Optik



Entwurf
Dipl.-Ing. Architekt Bodo Lommatzsch
Techniker Walter Scheel, Ingenieur Alexander Merk
Teilkonstrukteur Brigitte Steidel
VEB Wohnungsbaukombinat, Bereich Forschung und Projektierung

Statik
Ingenieur Günter Schulz

Sanitärtechnik
Techniker Werner Stahn

Heizungstechnik:
Ingenieur Eckehard Schmidt

Lüftungstechnik
Dipl.-Ing. Frank-Stefan Müller

Elektrotechnik
Ingenieur Wolfgang Profft

BMSR
Ingenieur Gunther Claus

Bautechnologie
Dipl.-Ing. Ralph Kuhnert
Hochschulingenieur Gabriele Jacob
Ingenieur Karl-Heinz Schönbeck

Bauwirtschaft
Ingenieur Bodo Wilke, Ingenieur Elke Menzel
Ingenieur Olaf Behrend

Medizin- und labortechnische Anlagen/Projekt und Ausführung
VEB MLW Anlagenbau Dresden

Innenausstattung/Projekt und Ausführung
VEB Innenprojekt Halle, Betriebsteil Berlin

Holz-Leichtmetall-Fensterelemente/Projekt und Ausführung
VEB Holz- und Leichtmetallbauelemente Leipzig

Orientierungsprojekt
Kollektiv Form und Gesellschaft
Dipl.-Formgestalter Hans-Michael Linke
Dipl.-Formgestalter Klaus Stützner

Einrichterkollektiv des Berliner Apothekenwesens
Pharmazierat Dr. Jürgen Teige
Oberpharmazierat Maria Michels
Bauingenieur Kurt Domsch

Bauausführung
VEB Wohnungsbaukombinat Berlin, Betrieb Wohnhochbau und Gesellschaftsbau
Technologie: Bauingenieur Günter Krohs

Generalauftragnehmer
VEB Wohnungsbaukombinat
(Zentraler GAN-Bereich)

Auftraggeber
Hauptauftraggeber Berlin
Magistrat von Berlin — Hauptstadt der DDR
Büro für Gesundheits- und Sozialwesen

Treppenhäuser und die Warenbewegung durch einen hydraulischen Lastenaufzug gesichert.

Gestaltung — Material

Der kompakte dreigeschossige Baukörper entsteht durch drei miteinander verbundene Gestaltungselemente, die sich voneinander abheben und gleichfalls durchdringen. Ein rechteckiger zweigeschossiger Grundkörper mit einem Vorbau und ein zurückgesetzter, rückseitig auskragender Dachgeschoßaufbau bilden den gesamten Baukörper.

Die im Erdgeschoß befindlichen öffentlichen Bereiche der Apotheke sowie die Fachgeschäfte für Orthopädie und Optik haben eine Schaufensterfront mit einfarbigen Markisen als wirksamen Sonnenschutz. Ein Eingangsbereich für die Apotheke und ein gemeinsamer Windfang mit je einem Zugang für Orthopädie und Optik unterbrechen diese Glasfront. Die Windfangeinhausung wird durch einen Materialwechsel von Glas zu keramischen Wandverkleidungen unterstrichen.

Das Obergeschoß schließt eine Vorhangfassade aus einer Holz-Aluminium-Konstruktion. Diese Fassade besteht aus einem umlaufenden Fensterband aus Theraflex mit darüber- und darunterliegenden Brüstungs- oder Drempelfeldern in Farbglas. Die Fassadenelemente des Vorbaus und das Dachgeschoß mit dem auskragenden Überhang haben eine Betonoberfläche bzw. weißbesplittete Oberfläche. Dieses Oberflächenmaterial durchbricht die Fassade, die sich als feingegliedertes Band über die Obergeschoßfassade verteilt.

Konstruktion

Das Erzeugnis „Großapotheke" ist im Bausystem SK Berlin 72 konzipiert. Der dreigeschossige Kompaktbau besitzt kein Kellergeschoß und kann damit auf allen Baugründen, auch mit sehr hohem Grundwasserstand, als Wiederverwendungsprojekt problemlos errichtet werden.

Das Grundraster beträgt 7200 mm × 6000 Millimeter; für den Vorbau kommt ein Raster von 3600 mm × 12 000 mm zum Einsatz. Die Geschoßhöhe beträgt in allen Geschossen 3600 mm.

Der Baukörper wird aus Fertigteilen des Bausystems SK Berlin 72 in Querriegelbauweise montiert.

Die Vertikallasten werden von den Dach- und Deckenplatten über Riegel, Stabilisierungsscheiben und Stützen auf die Fundamente übertragen.

Die Stabilisierung des gelenkigen Skelettbaus in Längs- und Querrichtung übernehmen horizontale Deckenscheiben und Vertikalaussteifungen in Form von Stahlbetonfertigteilstreifen.

Die Decken werden zur Erreichung einer Scheibenwirkung von Ringankern umschlossen.

Konstruktionselemente

- Decken:

Systemlängen	2400 mm, 3600 mm, 6000 mm
Hohlraumdecken	240 mm
Rippendecken	340 mm

Ortbeton nur im Bereich der Durchbrüche und Ringanker

- Riegel:

Voll- und Installationsriegel mit und ohne Kragarm

Querschnitt	200 mm, 600 mm
Systemlänge	7200 mm
mit Kragarm	1800 mm, 2400 mm, 3600 mm

- Stützen:

Für Doppelriegel, EG und OG zweigeschossige Fertigteilstützen 300 mm/650 mm
DG eingeschossige Fertigteilstützen 300 mm/650 mm

- Wände

Stabilisierungswandscheiben und Ständerbauweise

- Treppen:

Treppenläufe und Podeste in Ortbeton oder Baustellenfertigung

- Außenwände:

Als Außenwände kommen leichte Elemente zur Anwendung (Holz-Aluminium-Konstruktion der Produktion des VEB Holz-Leichtbauwerk Leipzig sowie zweischichtige Brüstungs- bzw. in Geschoßhöhe Wandplatten des Bausystems SK Berlin 72)

- Fundamente:

Die Lastabtragung aus Stützen, mit Ausnahme der an die Wandscheiben angrenzenden, erfolgt auf Einzelfundamente, die der Scheiben auf Streifenfundamente. Alle Fundamente sind so bemessen, daß sie unbewehrt ausgeführt werden können.

Technologie

Die Montage der Großapotheke erfolgt mit einem Turmdrehkran Rapid V/2, maximale Ausladung 31,5 m und Lastmoment von 120 Mpm, von der Gebäuderückseite.

Die Montage des Vorbaus erfolgt parallel zur Hauptmontage mit einem Mobildrehkran MDK 63.

Das Bauwerk wird horizontal aufsteigend montiert.

Das Erd- und Obergeschoß werden in zwei Montageabschnitten und das Dachgeschoß wird in einem Montageabschnitt montiert. Der Transport der Elementegruppen Stützen, Riegel, Deckenplatten erfolgt mit dem Transportsystem EQ 73, der Elementegruppen Wandscheiben und Außenwände mit LKW Jelcz 316 D und Hänger E 10.

Die Montage der Stützen, Riegel und Deckenplatten erfolgt von der Platte aus, die Wandscheiben und Außenwände werden vom Zwischenlager aus montiert.

Die Elemente für den Vorbau werden entsprechend auf den Paletten mittransportiert und vom TDK so zwischengelagert, daß sie auch vom Standpunkt des MDK erreichbar sind.

1

Einkaufs- und Dienstleistungszentrum in Martin, ČSSR

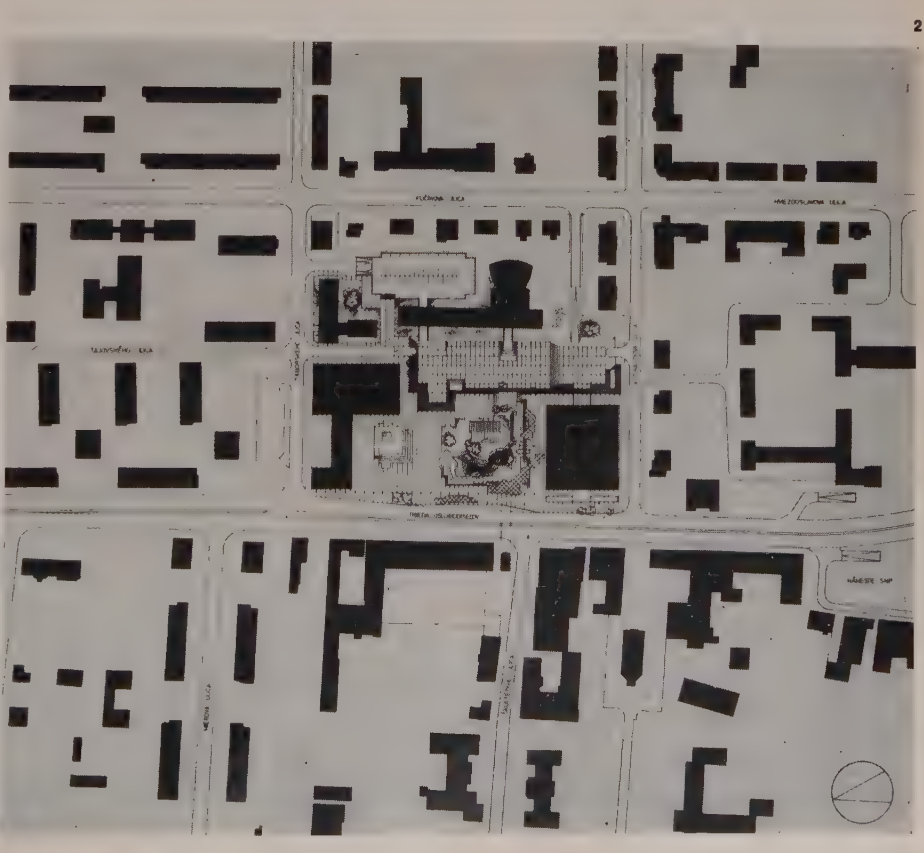
1
Einordnung des neuen Einkaufs- und Dienstleistungszentrums in den zentralen Bereich von Martin

2
Lageplan

Vladimir Vaska, Plzen

Das Einkaufs- und Dienstleistungszentrum in Martin ist ein dreigeschossiges Gebäude mit einem Keller- und zwei Obergeschossen. Im Kellergeschoß sind ein zentraler Versorgungsraum, die Lager der einzelnen Geschäfte und die Haustechnik untergebracht. Im Erd- und im ersten Obergeschoß sind die einzelnen Dienstleistungsbereiche und Verkaufsstellen angeordnet, die von teilweise überdachten Passagen zu erreichen sind. Im einzelnen weist das Zentrum folgende Einrichtungen auf: eine Lebensmittelverkaufsstelle mit Büfett, eine Verkaufsstelle für Stoffe und Bekleidung, ein Blumengeschäft, einen Friseursalon, eine Maßschneiderei sowie Annahmestellen für Fernsehreparaturen und Wäschereinigung.
Das Stahlbetonskelett hat ein Grundraster von 7,20 m × 7,20 m.
Das Zentrum ist vollklimatisiert; es verfügt über eine Anlieferungsrampe über Niveau, vier Lastaufzüge und weiträumig dimensionierte Treppenanlagen. Die Zugangsbereiche sind ebenfalls großzügig gelöst.
Besonders bemerkenswert ist die architektonisch gelungene Nutzung vorgefertigter Betonelemente für die Gestaltung der Fassade des Dienstleistungszentrums. Die insgesamt schlicht gehaltene Gestaltung des Gebäudes entspricht der Funktion und beeindruckt den Betrachter.

2



Projektautor
Ingenieur Arch. J. Matusik

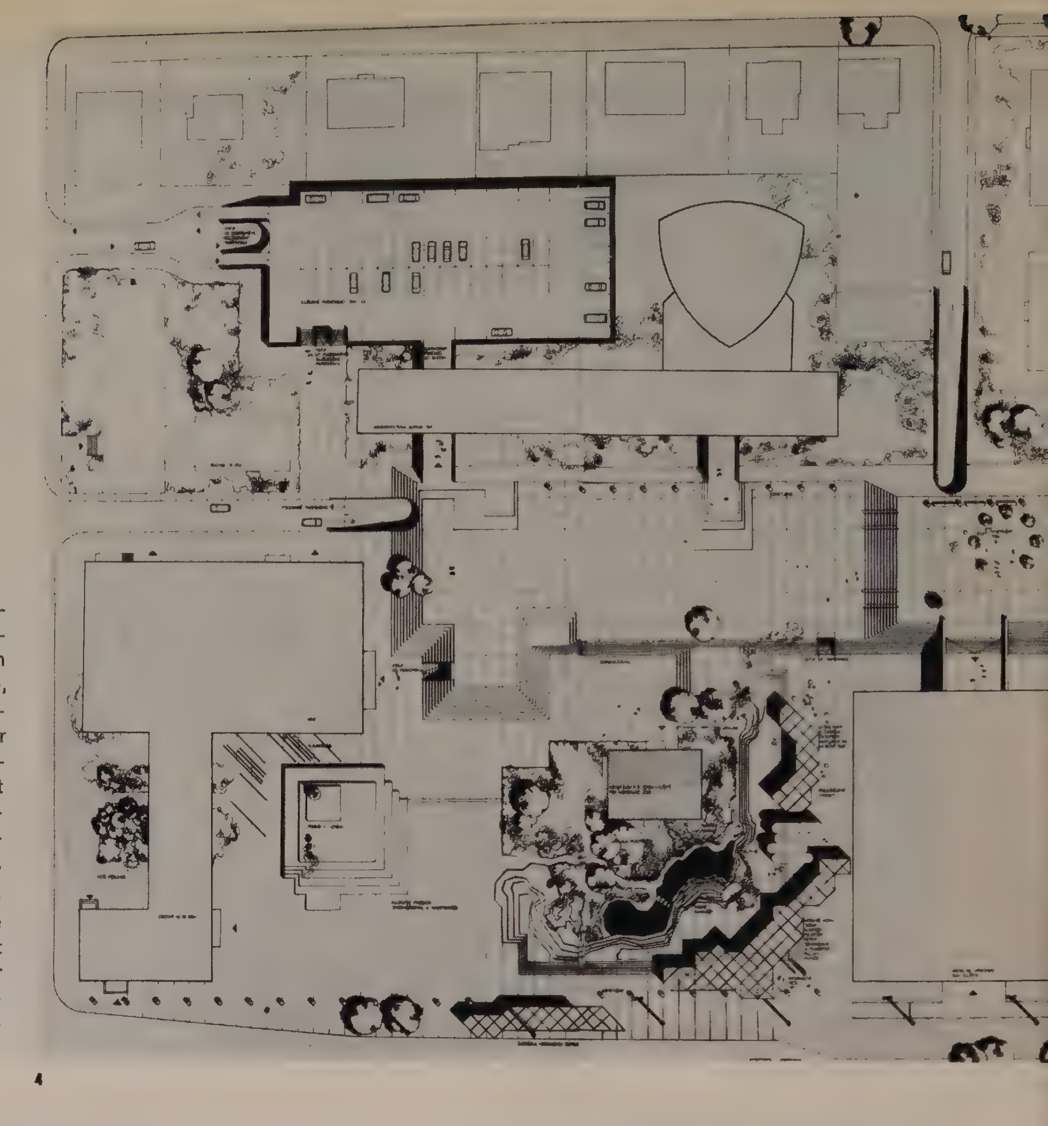
Generalprojektant
SPU obchodu Bratislava

Generalauftragnehmer
Pozemni stavby Zilina

Kennziffern
Nutzfläche 4100 m²
Verkaufsfläche 1600 m²
Umbauter Raum 17 500 m²

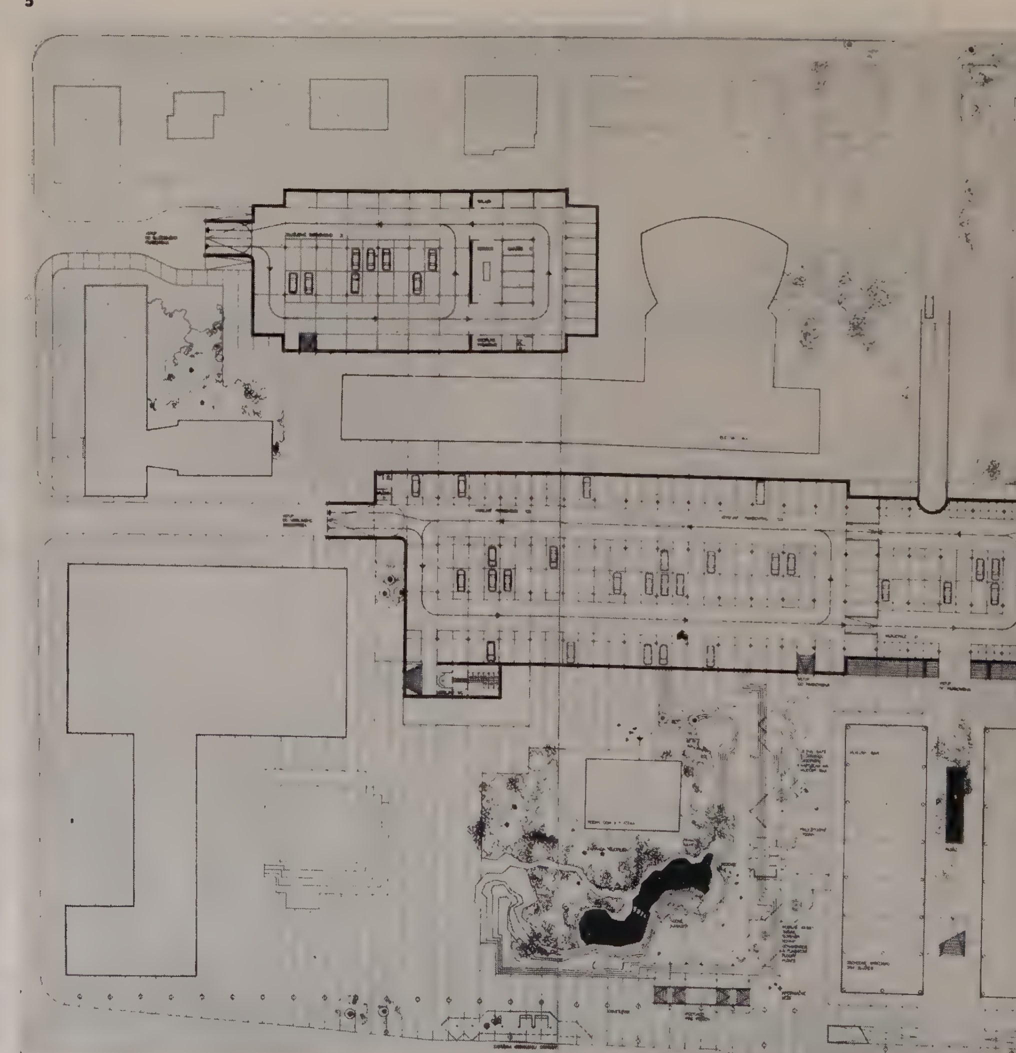
Der städtebaulich-architektonische Gesamteindruck dieses neuen Einkaufs- und Dienstleistungszentrums am Leninplatz von Martin wird ergänzt durch ein Neubauensemble, das z. B. aus einem Kulturhaus und mehreren Verwaltungsgebäuden besteht. Nach der Fertigstellung der Freiflächen und der Anordnung von Werken der bildenden Kunst wird hier ein interessanter Stadtbereich geschaffen, der sich zu einem Hauptkommunikationsgebiet aller Bürger entwickeln wird.

Das neue Einkaufs- und Dienstleistungszentrum in Martin zeichnet sich durch seine klare und einfache Gliederung aus und ist auch auf Grund des Einsatzes vorgefertigter Elemente ein Beispiel für die architektonischen Möglichkeiten der Gestaltung gesellschaftlicher Bauten.



4

5



3
Detail. Moderne Fassadenlösung

4
Grundriß der Gesamtanlage 2. Obergeschoß

5
Grundriß der Gesamtanlage 1. Obergeschoß

6
Blick auf die beiden Bereiche des Zentrums

7
Blick auf die Zugangsrampe zum 4. Obergeschoß

3



6

7

1

2



Bergbau-Rehabilitations-zentrum im Kurort Bojnice

Ing. arch. Janá Guthová, Prag

In der schönen Umgebung des slowakischen Kurortes Bojnice wurde ein neues Objekt errichtet – das Bergbau-Rehabilitationszentrum. Es ist ein gutes Beispiel für die architektonisch feinfühlige Eingliederung eines neuen Komplexes in die natürliche Umgebung und ist ein Beweis für die gute Zusammenarbeit zwischen Architekten und Auftraggeber. Die städtebauliche Lösung ist niveauvoll; das Gebäude bildet mit dem Schloß von Bojnice eine Einheit und bestimmt die Silhouette des Kurortes.

Da es hier optimal gelang, das natürliche Grün zu erhalten, ist das Ergebnis als gelungen anzusehen. Das Gebäude wurde auf

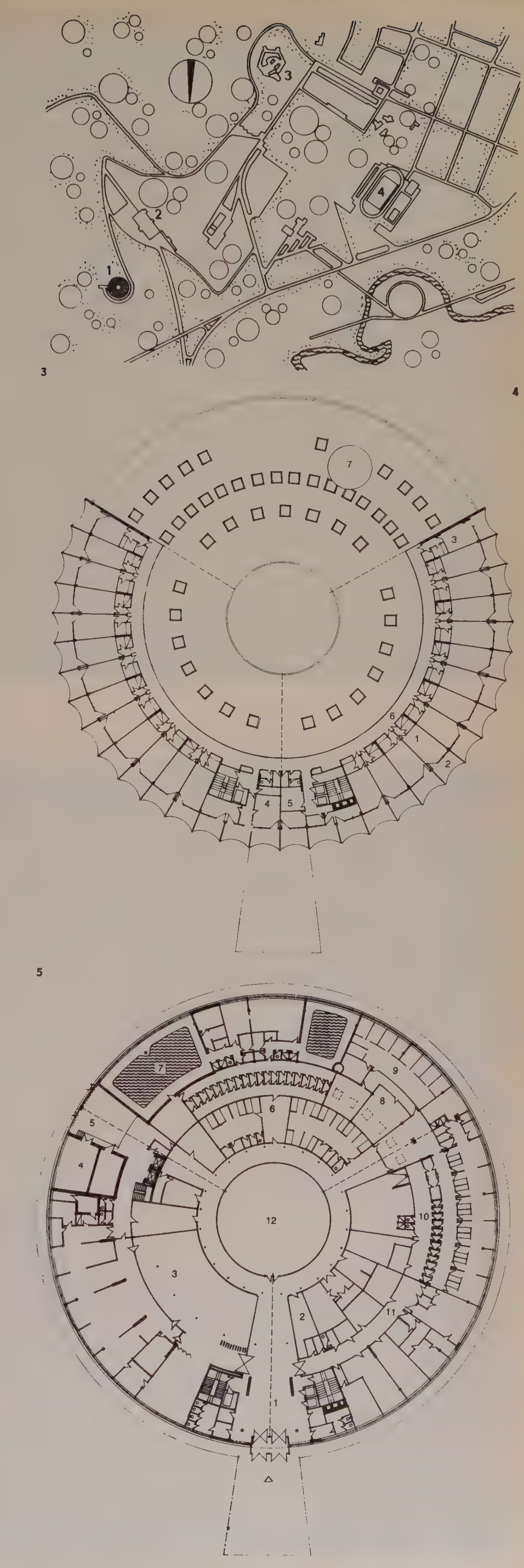
einer Hochebene – in der Nähe des ursprünglichen Kurhauses – angeordnet. Dabei wurde berücksichtigt, daß für künftige Ergänzungsbauten Erweiterungsflächen zur Verfügung stehen.

Die Standortlösung des Rehabilitationszentrums bestimmte auch die funktionelle Gliederung der einzelnen Funktionsbereiche. Das ringförmige Atrium im Erdgeschoß ist direkt vom Eingangsvestibül zu erreichen. Am Atrium entlang verläuft ein Weg, der den kürzesten Zugang zu den einzelnen Abteilungen der Balneotherapie und zum Verpflegungstrakt ermöglicht. Im Zwischengeschoß sind die Gesellschaftsräume untergebracht. Der eigentliche viergeschossige Bettenteil ist von der Anlage her als Doppeltrakt ausgeführt, wobei alle 104 Zimmer (96 Zweibettzimmer und 8 Einbettzimmer) nach Osten, Süden oder Westen gerichtet sind.

Die Aufgliederung der einzelnen Abteilungen des Instituts spiegelt sich auch in der Wahl der Baumaterialien wider und wird durch die Verwendung verschiedener Werkstoffe unterstrichen.

Am Sockel wurde dunkle Keramik verwendet; das Zwischengeschoß ist gegenüber dem Bettenteil seitwärts verschoben und bildet so eine Zäsur zwischen dem Bettenteil und dem Sockel. Am deutlichsten kommen die abgerundeten, hellen Betonfertigteile der Balkonbrüstungen zur Wirkung. Der Flurtrakt hat eine Kopilitfassade. Die Gestaltung des Innenraumes ist feinfühlig, einfach und dezent, was auch in der Wahl der verwendeten Werkstoffe seinen Ausdruck findet. An dem erfolgreichen Ergebnis hat zweifellos auch der Projektautor, Ingenieur Pavel Cizek, großen Anteil.

Die grundlegenden Konstruktionselemente sind Stahlstempel, Monolithdecken ohne Unterzug und vorgefertigte Betonbrüstungen.



1
Blick auf die Gesamtanlage des Bergbau-Rehabilitationszentrums in Bojnice

2
Terrasse mit Skulptur „Steinblüte“

3
Lageplan

1 Rehabilitationszentrum
2 Bad
3 Schloß
4 Sportanlage

4
Bettengeschoß

1 Zweibettzimmer
2 Balkon
3 Einbettzimmer
4 Arzt
5 Personal
6 Laubengang
7 Wassertank

5
Erdgeschoß

1 Eingangshalle
2 Anmeldung
3 Verpflegungstrakt
4 Haustechnik
5 Vorratslager
6 Umkleideraum
7 Schwimmbecken
8 Gymnastikbereich
9 Massageraum
10 Hydrotherapie
11 ärztlicher Bereich
12 Atrium

6

7



Projektautor:
Ingenieur Arch. Ivan Matušík

Auftraggeber:
Generaldirektion der Rudné a magnezitové závody (Erz- und Magnesitwerke)

Generalprojektant:
Báňské projekty und SPU obchodu Bratislava

Generalauftragnehmer:
Priemstav Bratislava

Kapazität:
200 Betten

Umbauter Raum:
42 500 m³

Nutzfläche:
10 800 m²

6
Blick auf die Rückseite des Rehabilitationszentrums

7
Blick auf den Terrassenbereich

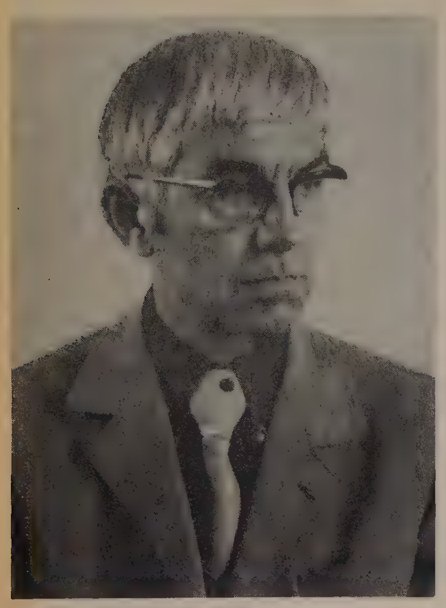
8
Detail. Modern gestaltete Fassaden

9
Blick auf den Hauptzugangsbereich

8

9

Architektenporträt



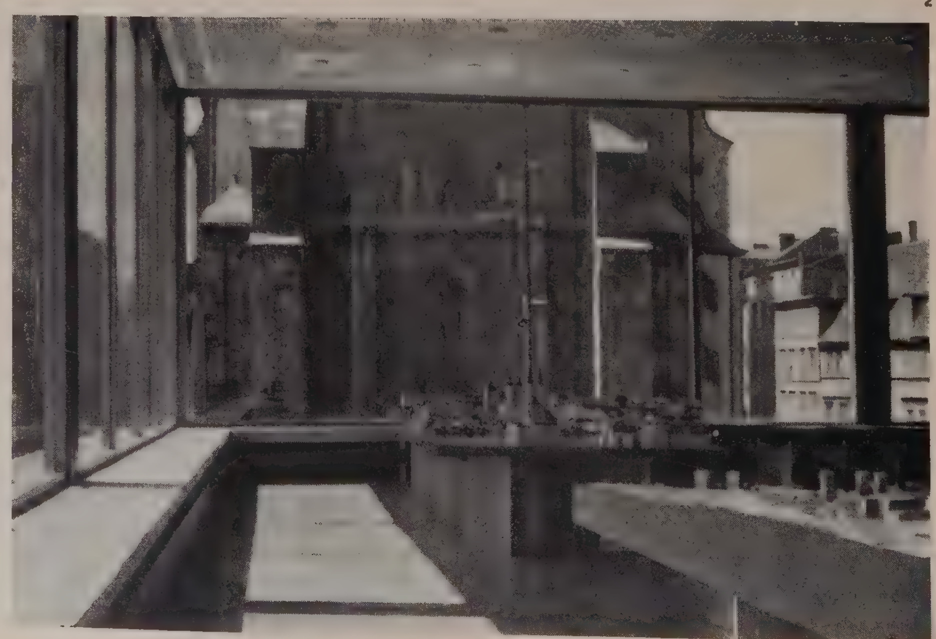
Gerhard Kröber

Obwohl einige Städte schon vorher mit der Rekonstruktion begannen, wirkte wohl vor allem die beispielhafte Gestaltung der Klement-Gottwald-Straße in Halle als Initialzündung für den Ausbau von Fußgängerbereichen in alten Stadtbereichen von über 30 Städten in der DDR.
Halles Stadtarchitekt Dr. Gerhard Kröber, der zu dem Kollektiv gehört, das im vorigen Jahr für die Rekonstruktion dieses lebensvollen Fußgängerbereichs mit dem Nationalpreis ausgezeichnet wurde, hat dafür in vieler Hinsicht Pionierarbeit geleistet.

Unter seiner Leitung entstand die städtebauliche Konzeption, die es ermöglichte, langfristig die umfangreichen Vorbereitungen für eine Umgestaltung alter Zentrumsbereiche durchzuführen. Früher als andere erkannte er den Wert, den die alte Bausubstanz für das Bild und das Leben der Stadt besitzt, und er verstand es auch, die Partner zu gewinnen und zu überzeugen, die man für eine solche komplizierte Aufgabe braucht.
Dr. Kröber ist ein vielseitig erfahrener und gebildeter Fachmann. Nach seinem Abschluß als Diplomingenieur an der Technischen Hochschule München arbeitete er als Architekt in Projektierungsbüros, vorwiegend an Wohnungs-, Schul- und Kulturbauten. Ab 1957 war er als Chefarchitekt im Büro für Städtebau des Bezirkes Halle maßgeblich an wichtigen Bauvorhaben, insbesondere in Wolfen, Merseburg und Halle-Neustadt, beteiligt. Seit zehn Jahren ist er nun bereits Stadtarchitekt von Halle und hat hier vor allem die städtebauliche Planung für neue, große Wohngebiete im Süden der Stadt und für die Umgestaltung des Stadtzentrums mit Umsicht und Erfolg geleitet.
Für seine schöpferischen Fähigkeiten sprechen auch zahlreiche Preise in Wettbewerben: ein 3. Preis für die Magistrale von Eisenhüttenstadt (1952), ein 1. Preis für den Promenadenring Leipzig (1953), ein 3. Preis für die Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt (1964) und ein 2. Preis für den 4. Wohnkomplex in Halle-Neustadt (1966). Besondere Hervorhebung verdient aber wohl der an erster Stelle rangierende 2. Preis in dem großen Wettbewerb für die Gestaltung des Zentrums der Hauptstadt Berlin (1959).
Von seinen Fachkollegen wird Dr. Kröber große Achtung entgegengebracht. Man schätzt nicht nur sein Wissen, sondern auch seine persönliche Bescheidenheit, sein Taktgefühl, seine Sorgfalt in der eigenen Arbeit und sein offenes Ohr für die Argumente und Vorschläge anderer Kollegen.
In vielen Gremien wird auf seine Meinung Wert gelegt, so im Architektenverband der DDR, wo er in verschiedenen gewählten Organen und Fachgruppen aktiv mitwirkte und den BdA/DDR in der UIA-Kommission für Städtebau sowie auf den UIA-Kongressen in London, Havanna und Varna vertrat. In dankenswerter Weise förderte er über eine ganze Periode als Mitglied des Redaktionsbeirates die Entwicklung unserer Zeitschrift. Er ist langjähriges Mitglied der Sektion Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR, seit 1976 auch Mitglied der Sektion Industriebau und hat in zahlreichen Publikationen seinen wissenschaftlichen Rang unter Beweis gestellt. Für seine Leistungen wurde er mehrfach als Aktivist, mit dem Vaterländischen Verdienstorden und – wie schon erwähnt – mit dem Nationalpreis der DDR ausgezeichnet.
Neben seiner umfangreichen, viel Kraft fordernden Arbeit als Stadtarchitekt hat er noch die Energie gefunden, 1975 an der philosophischen Fakultät in Halle seine Dissertation „Ein Leitbild zur städtebaulichen Entwicklung der Stadt Halle als Beitrag zu Fragen der Umgestaltung unserer Städte" erfolgreich zu verteidigen. Ein Stadtarchitekt als Philosoph? Das kann nur gut sein, denn philosophisches Denken, das es ermöglicht, fachliche Probleme in den großen Zusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklung einzuordnen, sollte eigentlich alle Architekten in so verantwortungsvollen Positionen auszeichnen. Die interessanten Gedanken seiner Dissertation will er jetzt als Buchpublikation vorbereiten. Es ist deshalb verständlich, wenn er auf die Frage nach Freizeitinteressen betont: Zeichnen, Malen, Musik – soweit Freizeit vorhanden.
Immerhin ist jetzt auch noch ein Projekt von ihm realisiert worden, die Umbauung des Roten Turms auf dem Marktplatz in Halle. Diese Räume werden nun dazu dienen, neue städtebauliche Planungen für die Zukunft der Stadt Halle, der Dr. Kröber gemeinsam mit einem guten Kollektiv seine ganze Kraft widmet, zur Diskussion zu stellen und mit den Bürgern zu beraten.
Das Urteil der Bürger ist ihm das wichtigste Kriterium für seine Arbeit. Wenn man heute sieht, wie der Hallenser Fußgängerbereich von den Bürgern angenommen wurde, so ist das wohl ein Urteil, das für sich spricht. G. K.



1
Der alte Marktplatz von Halle mit dem rekonstruierten Roten Turm und der neuen Umbauung



2
Blick in einen Innenraum der Turmumbauung, in dem sich die Bürger und Besucher der Stadt über neue städtebauliche Planungen informieren können



UMSCHAU

Ein Beispiel für moderne Lückenschließung:

Fernsprechzentrale im Zentrum von Budapest

Im Rahmen der planmäßigen Rekonstruktion der Innenstadt von Budapest wurde am Martinelli-Platz eine Baulücke durch den Neubau einer Fernsprechzentrale geschlossen. Die Architekten L. Jeney und F. Bán gestalteten diesen Neubau so, daß die historische räumliche Struktur des Platzes und die traditionellen Maßstäbe gewahrt wurden. Die moderne Fassade wurde bewußt zurückhaltend gestaltet, um die Wirkung der noch vorhandenen historischen Bauten nicht zu beeinträchtigen. Damit der Charakter des belebten Einkaufsbereichs nicht unterbrochen wird, erhielt das Erdgeschoß Läden und Passagen, die zugleich den Durchgang zu den angrenzenden Bereichen ermöglichen.

Im 1. Obergeschoß befinden sich die Räume des Fernsprech-Service, im 4. Obergeschoß die Informationsabteilung und im 5. Obergeschoß die Speiseräume mit der Küche.

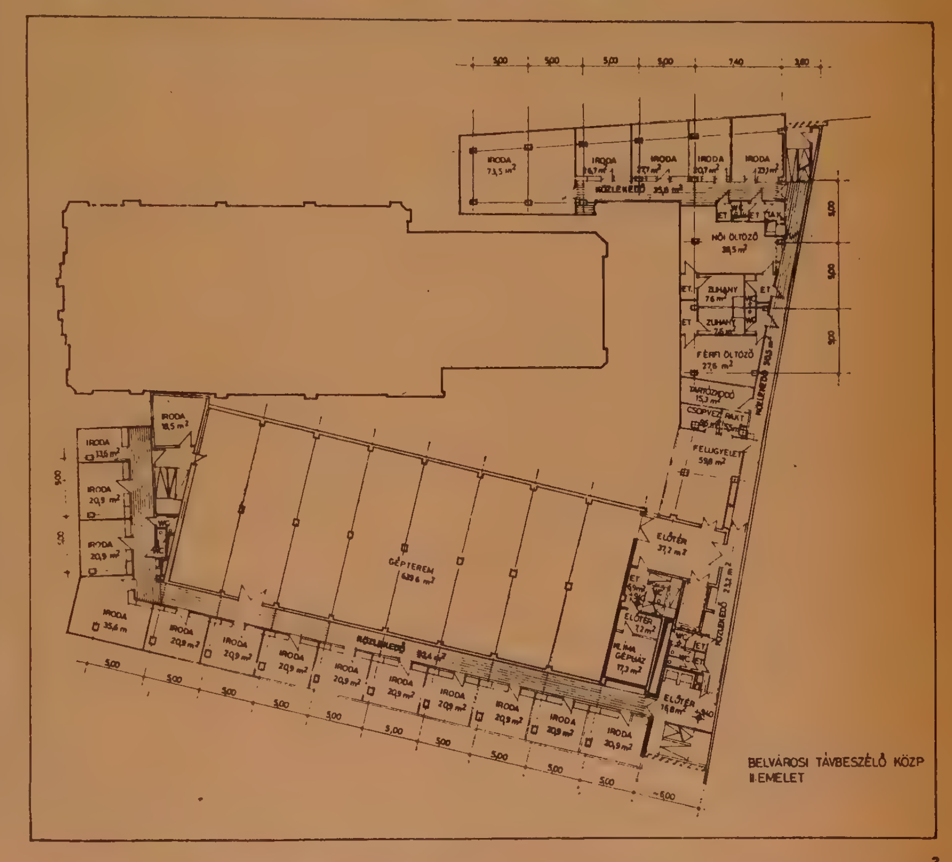
Während die technischen Einrichtungen der Fernsprechzentrale im Inneren des Gebäudes angeordnet wurden, liegen alle Büro- und Arbeitsräume an den Fassaden der Straßenfronten. Durch diese zweckmäßige Ordnung der Funktionen war es möglich, ein notwendiges technisches Gebäude in beispielhafter Weise in einen historischen innerstädtischen Bereich einzubeziehen. Das Gebäude wurde als monolithischer Stahlbetonskelettbau mit leichter Vorhangfassade errichtet.

Das Gebäude weist 48 000 m³ umbauten Raum und eine Geschoßfläche von 11 500 m² auf.

(Aus „magyar épitömüvészet" Nr. 5/1977)



2



3

4



1
Die an die Kirche am Martinelli-Platz angrenzende Fassade der Fernsprechzentrale

2
Der Martinelli-Platz am Abend

3
Grundriß des 5. Obergeschosses mit den an den Straßenfronten liegenden Büroräumen

4
Passage im Erdgeschoß

1







Historisches Milieu wurde erhalten:

Hans-Christian-Andersen-Viertel in Odense

Der Altstadtbereich der dänischen Stadt Odense wird seit den 60er Jahren umfassend rekonstruiert. Größere Teilbereiche wurden vollständig saniert und teilweise Ersatzneubauten errichtet.
Bei dem hier vorgestellten und bereits realisierten Abschnitt handelt es sich um einen Bereich, in dem auch das Hans-Christian-Andersen-Museum liegt. Um diesen Anziehungspunkt und sein kulturhistorisches Milieu vielen Touristen zu erhalten, erarbeiteten die Architekten Knud, Erik und Ebbe Lehn Petersen einen Bewahrungsplan für dieses Museum und ein kleines umliegendes Gebiet.

1

2





3

4

Von den 77 Gebäuden dieses Gebiets konnten 56 in die Neugestaltung einbezogen werden. Einige Häuser mußten auf Grund ihres schlechten Bauzustandes abgerissen und erneuert werden. Sechs der Gebäude wurden für kleine Geschäfte, Handwerkerbetriebe und gastronomische Einrichtungen genutzt. Bei der Instandsetzung wurden die Gestalt und die Außenfassade erhalten bzw. rekonstruiert; innen wurden die Häuser so modernisiert, daß zeitgemäße Wohnungen entstanden. Von den Bürgern der Stadt wurde diese Neugestaltung positiv aufgenommen, so daß alle Wohnungen schnell belegt waren.

(Aus „ARKITEKTUR DK" Nr. 8/1977)

1
Rekonstruierter Teilbereich im Andersen-Viertel mit Geschäften

2
Blick in einen Straßenzug

3
Lageplan

4
Boulevardcafé

Wohnungsneubau in der Altstadt:

Wohngebäude für 30 Familien in Warschau

Auf einem kleinen Baugelände von 0,6 Hektar entstand in der Altstadt von Warschau als architektonischer Kontrast und als belebendes Element zur Altstadtsilhouette ein von den Architekten J. Kusmienko und Piotr Sembrat projektiertes Wohngebäude für 30 Familien.
In den Jahren 1974 bis 1976 wurde dieses Gebäude vorwiegend in monolithischer Bauweise errichtet. In den vier- bis achtgeschossigen Sektionen stehen 30 Drei- und Vierraumwohnungen mit bis zu 98 m² Wohnfläche zur Verfügung. Der Ausstattungsstand entspricht den modernen Anforderungen. (Zum Beispiel verfügen die größeren Wohnungen über zwei WC, und alle Wohnungen haben Einbauküchen.)
Die interessante Silhouette des Gebäudes ergibt sich durch die höhenmäßige Staffelung der einzelnen Sektionen und die Nutzung von Geländebewegungen. Die vorgelagerten, niedriggeschossigen älteren Gebäude bilden optisch mit dem Neubau eine Einheit.
Der Neubau ist Bestandteil eines Planes zur Neugestaltung der ulica Moliera. Künftig wird hier – ebenfalls als Ersatz für nichtrekonstruktionswürdige Bausubstanz – auch ein sechs- bis achtgeschossiger Hotelneubau entstehen.

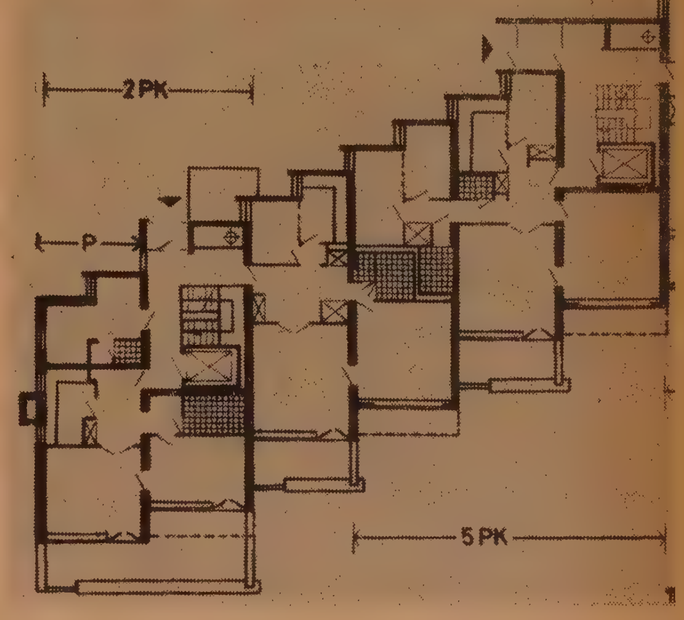
(Aus „architektura", 1-2/1977)



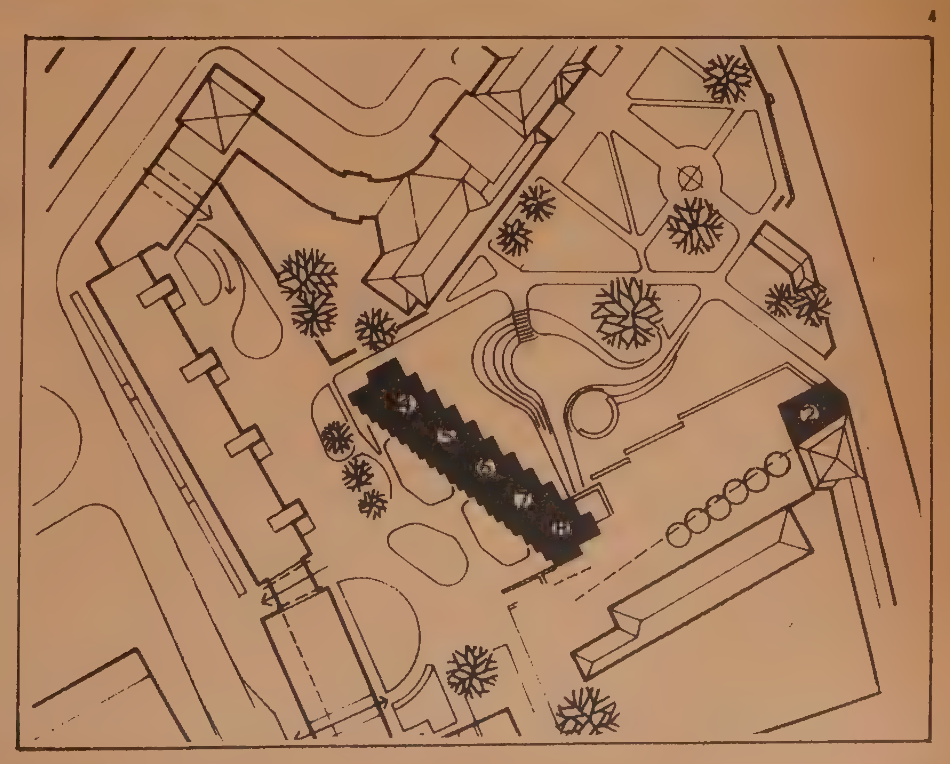
1



2



3



4

1
Blick auf das Wohngebäude

2
Modell

3
Grundriß (Ausschnitt)

4
Lageplan

Kleinstädtische Struktur mit Plattenbauweise:

Wohngebiet „Gadekäret" in Ishoj

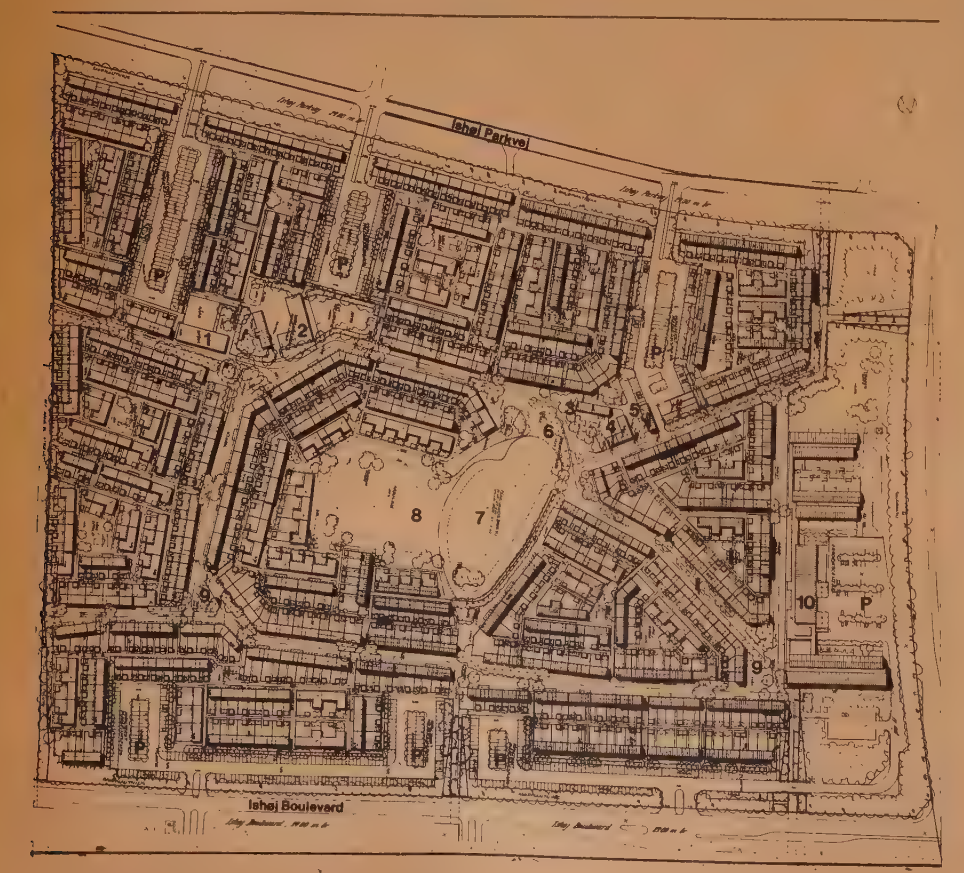
Als Modell für die Gestaltung des neuen Wohngebiets „Gadekäret" in der dänischen Stadt Ishoj dienten die natürlich gewachsenen Raumbildungen und Funktionszuordnungen, wie sie für viele Kleinstädte charakteristisch sind.
Das von Architekten der Kooperativ Byggeindustrie AP gestaltete Wohngebiet umfaßt 563 Wohnungen. Die Wohnungstypen sind Reihenhäuser mit ein bis drei Geschossen und einem anschließenden kleinen Garten.
Die Wohnbebauung ist um einen zentralen Markt- und Festplatz sowie um einen Teich gruppiert. Da alle Parkplätze am Rand des Gebietes liegen, war es möglich, nicht durch Autos gestörte differenzierte Straßen- und Platzräume mit Fußwegen und kleinen Gassen zu schaffen. Das gewährleistete auch eine relativ hohe Wohndichte.
Dieses Vorhaben stellte besondere Anforderungen an das Bausystem, die Gebäudetypen, die Variation der Fassaden und die Gebäudetiefen. Es wurde mit einem Bausystem realisiert, das zum größten Teil typisierte Elemente der Plattenbauweise verwendet.
Interessant ist an diesem Beispiel vor allem, daß es hier gelungen ist, durch Modifizierung der Plattenbauweise und ihre Verbindung mit anderen vorgefertigten Elementen differenzierte Gebäude- und Raumstrukturen zu erreichen, wie sie für eine maßstabsgerechte Rekonstruktion von Altbaugebieten in kleinen Städten erforderlich sind.
(Aus „ARKITEKTUR DK" Nr. 8/1977)



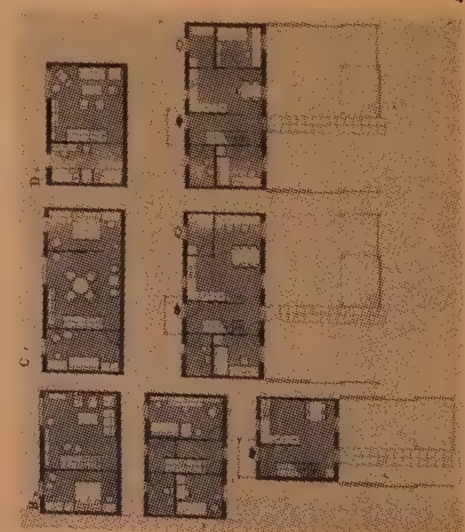
1
Blick in einen Wohnbereich mit 1-, 2- und 3geschossigen Reihenhäusern



2
Kleiner Platz



3
Bebauungsplan des Wohngebietes „Gadekäret"
1 Kaufhalle
2 vorhandene Bauernhäuser
3 Wäscherei
4 Sauna
5 Heizzentrale
6 Marktplatz
7 Teich
8 Liegewiese
9 kleiner Platz
10 Sozialzentrum



4
Typengrundrisse von 2- und 3geschossigen Reihenhäusern

Auch für Einzelstandorte in Rekonstruktionsgebieten:

Wohnhausdominante in Plzeň

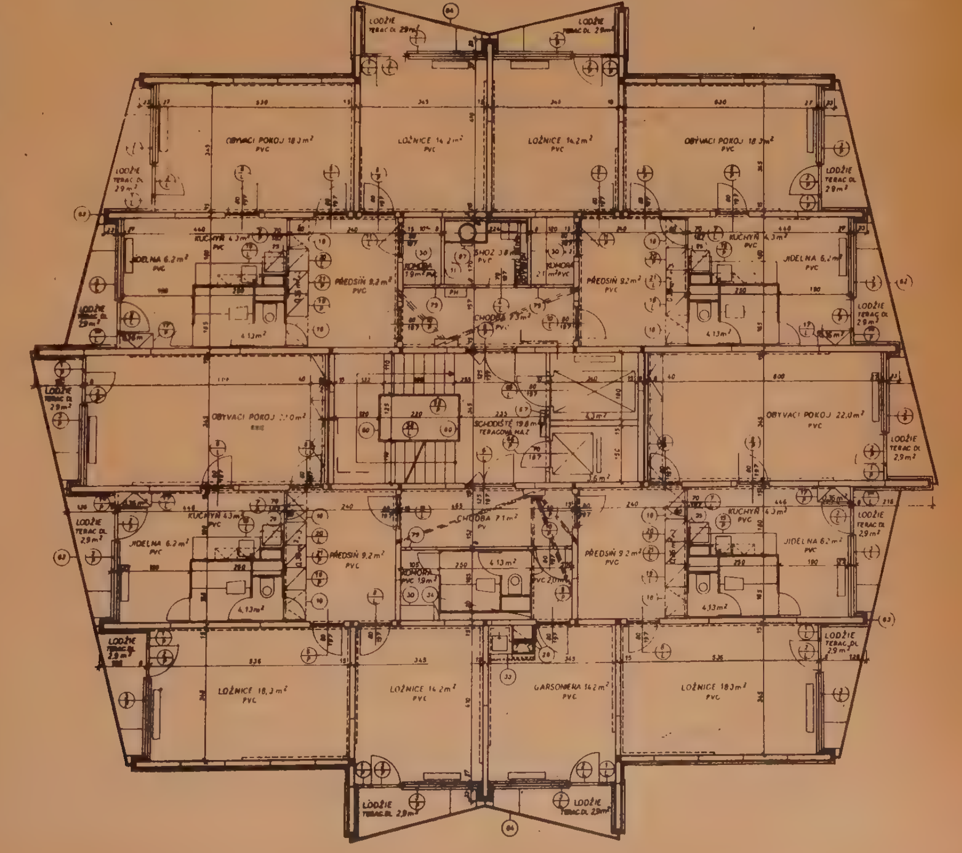
Zur Ergänzung des Angebots im Wohnungsbau, speziell zur Anwendung als städtebauliche Dominante in Wohngebieten, aber auch zur intensiven Nutzung kleiner Standorte in Rekonstruktionsgebieten, wurde von Architekt M. Hrubec in Plzeň ein vielgeschossiges, punktförmiges Wohngebäude entwickelt. Der 14geschossige Neubau enthält 13 Wohngeschosse und ein technisches Geschoß. Er weist insgesamt 65 Wohnungen





auf, wobei Variantenlösungen je Wohngeschoß möglich sind. Obwohl für den Bau zu 90 Prozent die üblichen Elemente des Plattenbaus genutzt wurden, entstand vor allem durch die architektonische Gestaltung und die Ausbildung plastischer Fassaden eine interessante Lösung, die von der noch vorherrschenden Norm positiv abweicht.
Das Gebäude ist auf einer Stahlbetonplatte gegründet und mit einem zweischaligen Dach ausgerüstet. Es verfügt über zwei Personenaufzüge und eine Warmwasserheizung. Die Innenausstattung erfolgte im Rahmen geltender Normen.

Vladimir Vaska



1
Blick auf das Wohnhochhaus in Plzeň Süd

2
Eine Variante des Gebäudes in Skurnany

3
Grundriß

Versuchsprojekt für Ersatzneubau:

Wohngebäude in Schiedam



1

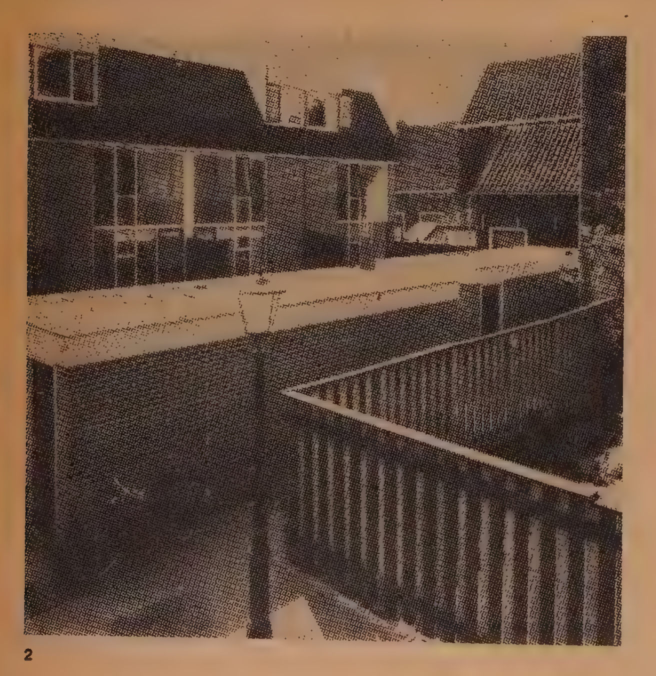
Im alten Stadtkern der niederländischen Stadt Schiedam ist es notwendig geworden, nicht mehr zu erhaltende Bereiche zu erneuern. Durch eine Studie, mit der die Gemeinschaft für Projektentwicklung „Empeo" beauftragt wurde, sollten dafür geeignete Wege untersucht und spezielle Wohnungstypen für alte Innenstädte erarbeitet werden.

Von dem Architektenkollektiv van Tijen, Boom, Posno und van Randen aus Rotterdam wurde zunächst für einen kleinen Altstadtbereich von Schiedam ein Projekt erarbeitet, das jetzt realisiert wurde.

Das Projekt sieht eine geschlossene Hofbebauung mit fünf verschiedenen zweigeschossigen Geschoßwohnungs- und Reihenhaustypen vor. Der Hofraum wurde für kleine Hausgärten und Abstellräume genutzt. Die einzelnen Sektionen, aus denen sich die Ein- bis Vierzimmerwohnungen zusammensetzen, haben eine einheitliche Breite von 4,50 m und eine Gebäudetiefe von 9,90 m. Die Rohbaukonstruktion besteht aus vorgefertigten Betonelementen und Ziegelmauerwerk. Die Dachkonstruktion lehnt sich gestalterisch an das traditionelle Steildach an, erlaubt aber auch eine bessere Ausnutzung des Dachraumes.

Bei relativ hoher Bebauungsdichte und einer guten Anpassung an die vorhandene Bebauungsstruktur konnten hier moderne Wohnbedingungen geschaffen werden.

(Aus „Bouw" Nr. 14 3-4-1976)



2



4

1
Die Straßenseite eines Teils der Ersatzneubauten

2
Blick in den Innenhof

3
Grundrißvarianten

4
Lageplan

3



Wohngebäude in der Wynatt Street in London

Im Londoner Stadtteil Islington wurde ein ehemals mit alten Häusern dicht bebautes Gebiet an der Wynatt Street durch Ersatzneubauten erneuert. Dabei wurde angestrebt, eine sehr hohe Wohndichte zu erreichen. Der Auftraggeber, der Greater London Council, forderte eine Dichte von 490 Einwohnern je Hektar.

Dieses Ziel wurde zwar nicht erreicht, aber das Projekt der Architekten Renton Howard/Word Levin Partnership weist immerhin die sehr hohe Wohndichte von 440 Einwohnern je Hektar aus.

Der Gebäudekomplex, der an drei Seiten einen Hofraum umschließt, umfaßt in der Höhe bis zu neun Geschossen gestaffelte Baukörper, die sich über den Tiefgaragen erheben.

Zwei sechsgeschossige Blöcke des Komplexes haben Maisonettewohnungen, die über „Deckstraßen" sowie über oben offene, im Gebäudeinneren liegende „Dachstraßen" erschlossen werden.

Dadurch kann hier auf kostenaufwendige Aufzüge verzichtet werden.

Als Konstruktion fand eine Mischbauweise Anwendung.

Wenn auch die Gestaltung des Komplexes nicht gerade wohnfreundlich wirkt, so ist doch die funktionelle Lösung für innerstädtische Rekonstruktionsaufgaben mit intensiver Nutzung recht interessant.

(Aus „Baumeister" Nr. 12/1977)



1
Blick in den Innenhof des Komplexes



2
Offene „Dachstraße" zur Erschließung

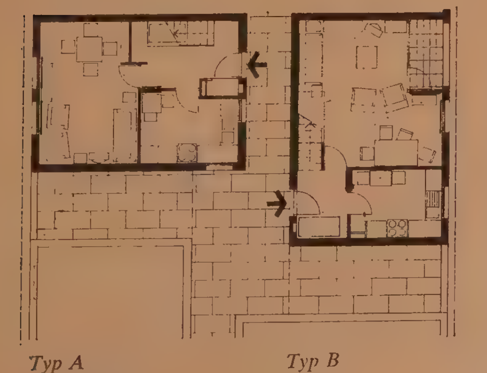
3
Grundriß von Maisonettewohnungen

4
Schema von Ansicht, Schnitt und Grundriß

3

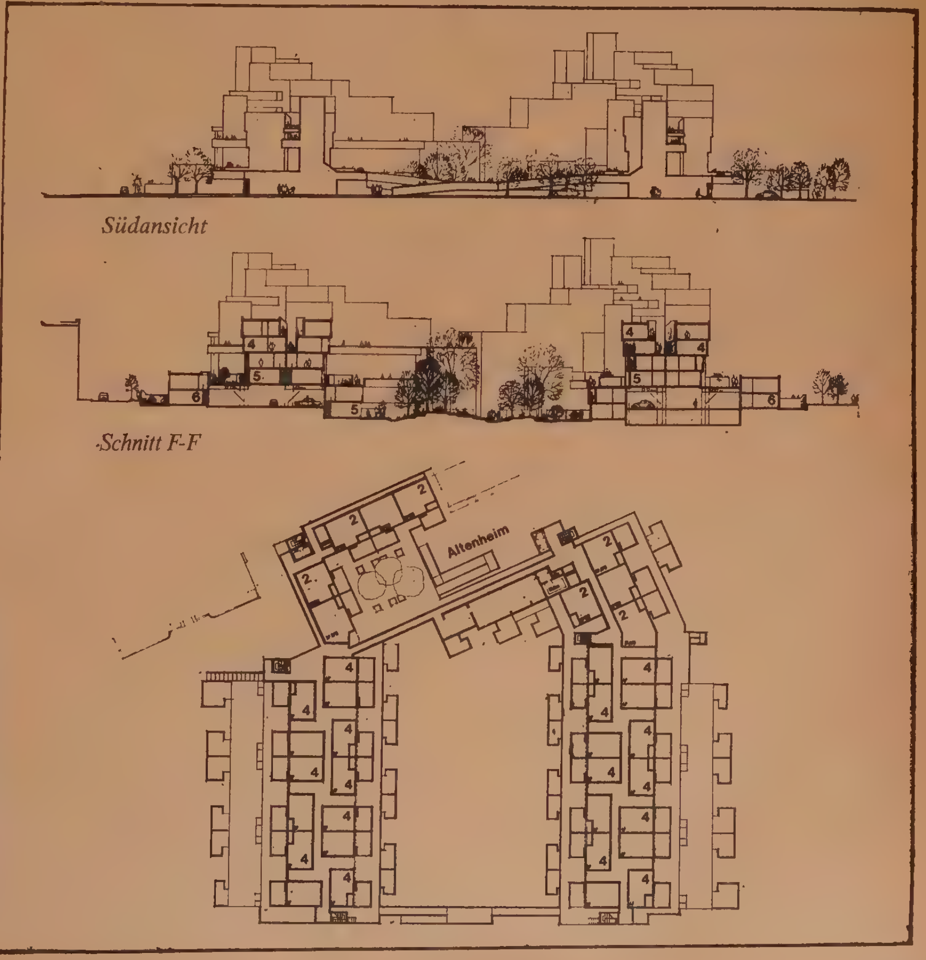


Typ A *Typ B*
Obergeschoß



Typ A *Typ B*
Erdgeschoß

4



Stadt-Umland-Regionen als Aktions- und Kommunikationsräume der Bevölkerung

Dr. Rudolf Krönert
Dr. Hans Neumann
Akademie der Wissenschaften der DDR,
Institut für Geographie und Geoökologie, Leipzig

Die Siedlungsstruktur, d. h. die Gesamtheit der Siedlungen einer territorialen Einheit in ihrer räumlichen Verteilung und funktionsteiligen Verflechtung, widerspiegelt komprimiert und komplex einen wesentlichen Teil der gesamten Territorialstruktur der gesellschaftlichen Reproduktion. Sie setzt nicht nur wesentliche Bedingungen für das Entwicklungstempo der sozialistischen Produktion, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität, sondern widerspiegelt gleichzeitig konkret die territorialen Bedingungen des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung und damit für die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise. Mit der weiteren planmäßigen Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft unterliegt die Siedlungsstruktur einer ständigen Entwicklung und dabei einem Veränderungs- und Anpassungsprozeß an die Erfordernisse der sozialistischen Gesellschaft. Trotz eines bereits erreichten hohen Urbanisierungsgrades in der DDR schreitet der objektiven Charakter tragende Urbanisierungsprozeß weiter fort. Es soll an dieser Stelle nicht auf die vielschichtige Problematik dieses Prozesses und die damit verbundenen noch offenen Fragen eingegangen werden (1). Wichtig für den Einfluß auf die Veränderung der Siedlungsstruktur ist die Tatsache, daß der Urbanisierungsprozeß auch in der DDR zwei grundlegende, in enger Wechselbeziehung stehende territoriale Erscheinungsformen aufweist:

1. Weitere Konzentration von Wirtschaft, Bevölkerung und gesellschaftlichem Leben, was zu einem Wachstum der größeren Städte und ländlichen Siedlungszentren führt.
2. Zunehmende Verflechtung von Siedlungen verschiedenen Typs zu regionalen Siedlungssystemen, unter anderem auf der Grundlage des engen Zusammenhangs zwischen der Erhöhung der sozialen und der räumlichen Mobilität der Bevölkerung.

Unter dem Aspekt der Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus und der Herausbildung der sozialistischen Lebensweise ist die zuletzt genannte Erscheinungsform des Urbanisierungsprozesses von besonderer Bedeutung. In einer einzelnen Siedlung, ob Dorf oder Stadt, können nicht alle Arbeits- und Lebensbedürfnisse ihrer Bewohner befriedigt werden. Vielfältig ist die Arbeitspendelwanderung zwischen Siedlungen verschiedenen Typs (2). Die Bewohner der Dörfer und Kleinstädte fahren zum Einkauf von Industriewaren oder zur Inanspruchnahme medizinischer Spezialleistungen in die Mittel- oder Großstadt. Der Großstädter verbringt einen Teil seiner Freizeit in Naherholungsgebieten des städtischen Umlandes. Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Durch die genannte Inanspruchnahme von Einrichtungen und Leistungen außerhalb des eigenen Wohnortes zur Befriedigung von Grundbedürfnissen der Bevölkerung existieren und entwickeln sich Aktions- und Kommunikationsräume der Bevölkerung. Auf Grund der Konzentration von Arbeitsstätten, Versorgungs-, Dienstleistungs-, Bildungs- u. a. -einrichtungen in Städten treten die räumlichen Verflechtungsbeziehungen zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung vorwiegend als Stadt-Umland-Beziehungen in Erscheinung. Demzufolge besitzt der Aktions- und Kommunikationsraum „Stadt-Umland" besondere Bedeutung.

Aktions- und Kommunikationsräume, die sich aus der Lebenstätigkeit der Menschen ergeben, existieren in verschiedenen räumlichen Dimensionen. Bezogen auf den Kommunikationsraum „Stadt-Umland" erscheint der Raum täglich möglicher Erreichbarkeit (bei Großstädten 60 Minuten, bei Mittelstädten 40 Minuten Fahrzeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln) besonders wesentlich. Es handelt sich hierbei um ein räumliches System mit vielfältigen personenbezogenen räumlichen Verflechtungsbeziehungen und damit gleichzeitig sozialen Kontakten und Beziehungen. Für die Mehrzahl der Kreisstädte der DDR und für die Bezirksstädte überlagern sich die Bereiche täglich möglicher Erreichbarkeit dieser Städte nicht oder nur wenig. Es sind also relativ selbständige räumliche Systeme. Für Forschung und Planung ergibt sich daraus die Schlußfolgerung, daß Gegenstand von analytischen Untersuchungen und planerischen Maßnahmen nicht nur die jeweilige Stadt sein kann, sondern stets auch die genannten, Stadt und Umland umfassenden Raumeinheiten berücksichtigt werden müssen. In diesem Sinne ist auch die Forderung der Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan zu verstehen, daß „die Entwicklung der Städte gleichzeitig zu höheren Versorgungsleistungen für die Bevölkerung in den umliegenden Kleinstädten und Dörfern führen muß" (3).

In den zurückliegenden Jahren wurden am Institut für Geographie und Geoökologie der AdW der DDR umfangreiche Untersuchungen zu personenbezogenen Beziehungen zwischen Städten und ihrem Umland durchgeführt. Besonders intensiv wurden die Arbeitspendelwanderung und versorgungsräumliche Beziehungen der Bereiche Einzelhandel und Gesundheitswesen untersucht (4, 5). Anhand der Erfahrungen aus vertieften Untersuchungen in einem Testgebiet konnte eine praktikable Methodik zur Abgrenzung von Stadt-Umland-Regionen, die als Aktions- und Kommunikationsräume und regionale Siedlungssysteme aufzufassen sind, erarbeitet (6) und danach die Stadt-Umland-Regionen der Großstädte und großen Mittelstädte der DDR erfaßt werden.

Bekanntlich vollziehen sich Stadt-Umland-Beziehungen als Personen-, Güter-, (Energie-) und Informationsströme. Da im vorliegenden Falle nur der Partialkomplex der personenbezogenen Beziehungen berücksichtigt wird, beziehen sich alle weiteren Aussagen auf die Stadt-Umland-Region im engeren Sinne. Sie kann definiert werden als eine aus Stadt und Umland bestehende, durch Personenbewegungen integrierte Raumeinheit. Die Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur bilden das Grundgerüst ihrer Struktur, wobei die zentrale Stadt als politisches, ökonomisches und kulturelles Zentrum Priorität besitzt. Die Hauptfunktion der Stadt-Umland-Region besteht in der Befriedigung bestimmter Stufen der Bedürfniskomplexe Arbeiten, Wohnen, Bilden, Versorgen und Erholen zur Gewährleistung einer sozialistischen Lebensweise der in ihr lebenden Bevölkerung. Die Abgrenzung und innere Gliederung von Stadt-Umland-Regionen erfolgt nach Intensität, Komplexität und Reichweite der Beziehungen zwischen Stadt und Umland. Diese stehen in engem Zusammenhang mit den objektiv existierenden Bedarfs- und Versorgungsstufen für wichtige Bedürfniskomplexe und deren unterschiedliche Nachfragehäufigkeit, auf den hier nicht näher eingegangen werden kann (7). Danach läßt sich eine regelhafte Dreistufung des Umlandes nach Intensitätszonen erkennen.

■ Die Umlandzone 1 ist der Bereich mit sehr großer und großer Intensität der Beziehungen zum Zentrum. Die zugehörigen Gemeinden sind in ihren Außenbeziehungen absolut bzw. relativ dominant auf das Zentrum der Region gerichtet. Das Zentrum erbringt Leistungen zur Befriedigung des engeren Grundbedarfs und ist dominanter Zielort der Auspendler der Gemeinden dieser Zone. Der Einfluß von untergeordneten Nebenzentren wird lediglich am äußeren Rand dieser Zone stärker wirksam.

■ Die Umlandzone 2 ist der Bereich mittlerer Intensität der Beziehungen zum Zentrum. Die Gemeinden sind in ihren Außenbeziehungen nicht mehr dominant auf das Zentrum orientiert, sondern auf benachbarte untergeordnete Nebenzentren oder aber auch bereits auf Zentren noch höheren Ranges gerichtet. Das Zentrum der Stadt-Umland-Region erbringt für die Bewohner der Gemeinden vor allem Leistungen zur Befriedigung des erweiterten Grundbedarfs und ist wichtiger ergänzender Arbeitsort. Die Stadt-Umland-Region bis einschließlich Zone 2 ist etwa mit dem Kommunikationsraum der noch täglich möglichen Erreichbarkeit identisch.

■ Die Umlandzone 3 ist der Bereich schwacher Intensität der Beziehungen zum Zentrum. Das Zentrum erbringt vor allem Leistungen der Spezialversorgung. Es ist Arbeitsort für einen sehr kleinen Teil der Berufstätigen dieser Zone, wobei allerdings deren absolute Zahl bei Städten noch recht erheblich sein kann.

Intensität, Komplexität und Reichweite der Stadt-Umland-Beziehungen und damit Größe und Konfiguration der einzelnen Umlandzonen bzw. ihr Vorhandensein überhaupt sind bei den einzelnen Zentren sehr unterschiedlich. Sie werden beeinflußt

– von der Art, dem Umfang und dem Grad der Komplexität der im Zentrum für die Bevölkerung des Umlandes erbrachten Leistungen, d. h. vom Typ der städtischen Zentren (Typ der Umlandbedeutung)
– von der Struktur des Umlandes des jeweiligen Zentrums, darunter auch der Lage zu benachbarten Zentren.

Als Typen der Städte nach der Umlandbedeutung lassen sich die Hauptstadt Berlin, Großzentren, Bezirkszentren, Gebietszentren, Kreiszentren, partielle Kreiszentren und Lokalzentren unterscheiden (8). Als Grundtypen können dabei die Hauptstadt, Bezirkszentren (Bedeutung für etwa einen Bezirk), Kreiszentren (Bedeutung für etwa einen Kreis) und Lokalzentren (Bedeutung für Teile eines Kreises) angesehen werden. Übergangsformen zwischen ihnen sind die Großzentren, Gebietszentren und partiellen Kreiszentren. Die Gebietszentren stehen in der Mehrzahl den Kreiszentren näher als den Bezirkszentren. Nur wenige von ihnen werden sich zu Bezirkszentren entwickeln. Alle wirken sie jedoch über das Territorium des eigenen Landkreises hinaus.

Die Umlandzonen 1 und 2 nehmen zusammen für Kreis- und Gebietszentren in der Regel ein Areal von der Größenordnung eines Kreises ein. Nur selten überschreitet bei Gebietszentren die Zone 2 die Kreisgrenze. Bei Bezirks- und höheren Zentren reicht die Zone 2 dagegen häufig bis an die Kreisstadt der benachbarten Landkreise, teilweise darüber hinaus. Die Umlandzone 3 ist im allgemeinen erst bei Gebietszentren und höheren Zentren vorhanden. Erst bei Bezirkszentren erreicht sie jedoch größere Ausmaße; bei Bezirks- und höheren Zentren umfaßt die Stadt-Umland-Region einschließlich Zone 3 mindestens das gesamte Bezirksterritorium.

Auf einige Strukturmerkmale von Stadt-Umland-Regionen für Städte unterschiedlichen Typs bzw. von in unterschiedlichen Gebietstypen gelegenen Stadt-Umland-Regionen soll näher hingewiesen werden. Den Aussagen liegt die Analyse von 55 Stadt-Umland-Regionen der DDR zugrunde. Dabei sind die Regionen aller Städte mit mehr als 40 000 Einwohnern enthalten. Somit sind alle Städte mit einer relativ großen Vielfalt qualitativ unterschiedlicher Arbeitsmöglichkeiten und bereits deutlich entwickelter Spezialausstattung für Versorgungsleistungen verschiedener Art berücksichtigt. Verglichen werden dabei Merkmale von Stadt-Umland-Regionen mit einer äußeren Abgrenzung bis einschließlich Zone 2 (Tabellen 1 und 2).

Mit wachsender Stadtgröße und damit zunehmendem Funktionsspektrum vergrößern sich die Reichweiten der real existierenden Stadt-Umland-Beziehungen, nehmen auch die Reisezeiten zu (Tabelle 1). In den Werten kommt zum Ausdruck, daß Teile der Bevölkerung einen größeren Zeitaufwand in Kauf nehmen, um Zentren höherer Attraktivität zu erreichen. Für vergleichbare Typen der Stadt-Umland-Regionen sind die Ausdehnungen bzw. Reisezeiten im Norden der DDR größer als im Süden. Im Norden der DDR wirken die Weitständigkeit von Kreis- und höheren Zentren und die starke

Zersplitterung im ländlichen Siedlungsnetz verlängernd auf die Reisezeiten.
Die Einwohnerzahlen vermitteln eine Vorstellung von den Größenordnungen des Bevölkerungspotentials in Stadt-Umland-Regionen unterschiedlichen Typs und rechtfertigen gleichzeitig auch diese Typisierung. Für Stadt-Umland-Regionen (bis Zone 2) der voll entwickelten Bezirkszentren ergaben sich als unterer Grenzwert etwa 200 000 Einwohner, für die Gebiets- und großen Kreiszentren 80 000 bis 100 000 Einwohner. Da ein notwendiger Zusammenhang zwischen Bevölkerungspotential der Regionen und dem Funktionsspektrum der jeweiligen Zentren besteht, darf man annehmen, daß Bezirks- bzw. Gebietszentren erst dann voll wirksam werden, wenn die Zahl der in ihren Regionen lebenden Menschen die o. g. Werte erreicht.
Die Daten der Einwohnerdichte sind sehr allgemeiner Ausdruck der unterschiedlichen Belastungen und Beanspruchungen des Territoriums von Stadt-Umland-Regionen gleichen Zentrumstyps in den verschiedenen Gebieten der DDR. Mit zunehmenden Einwohnerdichten steigen z. B. die Flächenansprüche für Industrie und Infrastrukturanlagen, der Zwang zur Mehrfachnutzung gleicher Flächen wächst, Nutzungsbeeinträchtigungen nehmen zu.
Das Verhältnis zwischen den in der jeweiligen territorialen Einheit arbeitenden und wohnenden wirtschaftlich Tätigen (Tabelle 2) zeigt bei über 1,00 liegenden Werten positive Pendlersalden an. Beachtliche Unterschiede gibt es bei den Werten der Regionen der großen Mittelstädte zwischen dem Norden und dem Süden der DDR, was auf Unterschiede der Beschäftigtenstruktur im Umland zurückführbar ist. Die generell um 1,00 schwankenden Werte für die Regionen (bis einschließlich Zone 2) belegen die oben getroffene Aussage über die relative Geschlossenheit der als Kommunikationsräume aufgefaßten Stadt-Umland-Regionen.
Die Daten zur Beschäftigtenstruktur (Tabelle 2) machen insgesamt auf wichtige Unterschiede auch in der Sozialstruktur aufmerksam. Nicht nur die erwarteten Unterschiede im Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten kommen zum Ausdruck. Sichtbar wird auch der geringere relative Anteil der Beschäftigten in Industrie und Bauwesen in den Zentren der Stadt-Umland-Regionen von Bezirks- und höheren Zentren gegenüber denen der großen Mittelstädte. Umgekehrt weisen Bezirks- und höhere Zentren einen höheren Anteil Beschäftigter in den sonstigen Bereichen auf. Hierin kommt ihre große Bedeutung als Verkehrsknoten, Zentren von Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Handel, Gesundheitswesen, Planung und Leitung der Volkswirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens zum Ausdruck. Die Bereiche dieser zentralen Funktionen reichen weit über die Zone 2 der Stadt-Umland-Region hinaus. Ganz besonders trifft das für die Hauptstadt Berlin zu. Diese für die jeweiligen Zentren skizzierten Sachverhalte spiegeln sich auch noch in den Werten der zugehörigen Regionen wider. Es gilt nicht nur für die Regionen der Gebiets- und Kreiszentren, sondern auch für die der Bezirks- und höheren Zentren, daß sie im Norden der DDR stärker von der Landwirtschaft und zentralen Funktionen geprägt sind als im Süden. Umgekehrt weist die Beschäftigtenstruktur der Regionen im Süden der DDR höhere Anteile in Industrie und Bauwesen aus.
Die in den Tabellen 1 und 2 aufgeführten Daten geben natürlich nur die allgemeine Tendenz in den Strukturunterschieden wieder. Einzelne Städte und Regionen können erheblich abweichende Werte aufweisen.
Nicht der Gesamtheit der Bürger der DDR steht das in den Großstädten und großen Mittelstädten angebotene Leistungsspektrum täglich erreichbar zur Verfügung. Um sozialistische Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Bürger zu sichern und damit ungerechtfertigte noch bestehende territoriale Unterschiede dieser Bedingungen abzubauen, ist es erforderlich, das Netz der die Siedlungsstruktur tragenden Städte so dicht zu gestalten, daß jeder Bürger im Bedarfsfalle eine dieser Städte von seinem Wohnort aus täglich mit vertretbarem Aufwand erreichen kann. Bei der Auswahl der Städte sind Funktions-, Ausstattungs-, Lage- und Größenaspekt zu berücksichtigen (9). Dieses künftige Netz kann unserer Meinung nach nur schrittweise aus dem bestehenden heraus entwickelt werden.
Eine Basisvariante muß sich an den Realitäten des bestehenden Siedlungsnetzes, den gegenwärtigen Stadt-Umland-Beziehungen und den Entwicklungstendenzen der Siedlungsstruktur in einem überschaubaren Zeitraum orientieren. Aus der Sicht der flächendeckenden Erschließung der DDR sind die Kreisstädte insgesamt die zur Zeit wichtigsten Zentren für die Bevölkerung. Bei Berücksichtigung des Funktions- und Ausstattungsaspekts kommen deshalb nur Kreisstädte in die engere Wahl. Unter der Voraussetzung, daß sich die Stadt-Umland-Regionen der auszuwählenden Städte nicht oder nur wenig überschneiden und ihre potentiellen Regionen (bis einschließlich Zone 2) bereits heute im Bereich der 60-Minuten-Isochrone liegen, wäre es möglich, das gesamte Territorium der DDR an rund 130 Städte anzubinden. Diese Zahl entspricht in der Größenordnung etwa der Zahl der Städte, die als Industriestandorte im Zeitraum der langfristigen Planung zum zentralen Planungsgegenstand gemacht werden (10).
Aus dieser Basisvariante wäre im Verlaufe mehrerer Jahrzehnte eine Zukunftsvariante zu entwickeln. Dabei kann davon ausgegangen werden, daß nicht alle Städte, die gegenwärtig relativ selbständige Stadt-Umland-Regionen bilden, eine solche auch in Zukunft besitzen werden. Dafür spricht der sich ständig weiter vollziehende Konzentrationsprozeß in allen Bereichen der Volkswirtschaft, weshalb sich die Zahl der vorrangig zu entwickelnden Zentren weiter einschränken läßt und eine Reduzierung auf etwa 80 Zentren denkbar ist.
Anliegen unseres Beitrages soll es sein, auf die mit dem fortschreitenden Urbanisierungsprozeß verbundene zunehmende Verflechtung von Siedlungen zu regionalen Siedlungssystemen hinzuweisen, die auch zu einer Intensivierung der Stadt-Umland-Beziehungen führt. Ausdruck und Ergebnis dieses letztgenannten Prozesses ist die Herausbildung objektiv existierender, aus Stadt und Umland bestehender Raumeinheiten. Daraus leiten sich wichtige Konsequenzen für die Stadt- und Territorialplanung ab. Auch bei der Planung der Entwicklung einzelner Städte darf die jeweilige Stadt niemals isoliert betrachtet, sondern muß gleichzeitig der jeweilige Aktions- und Kommunikationsraum der Bevölkerung, im konkreten Falle das Umland der Stadt, berücksichtigt werden. Die Stadt-Umland-Region in ihrer hier dargelegten Abgrenzung und inneren Gliederung bietet hierfür u. E. einen praktikablen Ansatz. Die Einbeziehung des Umlandes ist jedoch nicht nur ein Aspekt bei der Planung einer ganz bestimmten Stadt. Das Umland, insbesondere der Raum täglich möglicher Erreichbarkeit der Stadt, muß bereits bei der Auswahl der vorrangig zu entwickelnden Städte, d. h. bei der Konzipierung der Dichte des die Siedlungsstruktur tragenden Städtenetzes Beachtung finden.

Tabelle 1 Strukturmerkmale von Stadt-Umland-Regionen (bis Zone 2)

	mittlerer Radius der Region in km	mittlere Reisezeit Zone 2 in min.	Einwohner in 1000 1971: Stadt	Einwohner in 1000 1971: Region bis einschl. Zone 2	Einwohner je km²: Stadt	Einwohner je km²: Region bis einschl. Zone 2
1. Berlin	41	76	1 086	1 523	2 696	578
2a. Großzentren	20	50	543	824	3 182	690
2b. Bezirkszentren	21	62	189	345	1 459	278
3. Gebiets- und Kreiszentren über 40 000 Ew.						
a) Ballungsgebiete	12	35	51	144	1 863	328
b) Südgebiete (ohne Ballungsgebiete)	13	44	57	122	1 404	218
c) Nordgebiete	17	55	53	101	907	113

Tabelle 2 Strukturmerkmale von Stadt-Umland-Regionen (bis Zone 2)

	Verhältnis zwischen den in der jeweiligen territorialen Einheit arbeitenden und wohnenden wirtschaftlich Tätigen: Stadt	Region bis einschl. Zone 2	Beschäftigte in Land- und Forstwirtschaft je 1000 Einwohner: Stadt	Region bis einschl. Zone 2	Beschäftigte in Industrie und Bauwesen je 1000 Einwohner: Stadt	Region bis einschl. Zone 2	Beschäftigte in sonstigen Bereichen je 1000 Einwohner: Stadt	Region bis einschl. Zone 2
1. Berlin	1,12	1,03	5	12	210	189	339	296
2a. Großzentren	1,10	1,02	6	20	270	260	279	230
2b. Bezirkszentren	1,20	1,02	5—17	17—82	169—326	138—314	276—421	207—292
3. Gebiets- und Kreiszentren über 40 000 Ew.								
a) Ballungsgebiete	1,33	1,02	7	38	366	293	269	158
b) Südgebiete (ohne Ballungsgebiete)	1,22	0,99	13	54	327	242	272	178
c) Nordgebiete	1,16	1,01	15	76	253	177	295	207

Literatur

(1) Siehe auch Röhr, F., Inhalt und Tendenzen der Urbanisierung, in: Architektur der DDR 25 (1976) 11
(2) Ein Drittel aller wirtschaftlichen Tätigen der DDR arbeitet außerhalb der Wohngemeinde
(3) Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1976 bis 1980, Berlin 1976, S. 115
(4) Neumann, H., Territoriale Wirkungsbedingungen und Entwicklungstendenzen der Pendelwanderung — Möglichkeiten und Aspekte künftiger Gestaltung. Dissertation A, Halle 1974
(5) Schmidt, R., Umfang und Bedeutung ausgewählter versorgungsräumlicher Beziehungen in der DDR. Dissertation A, Halle 1974
(6) Krönert, R., Stadt-Umland-Regionen von Groß- und Mittelstädten der DDR, in: Geographische Berichte 22 (1977) 2 (83) S. 88/89
(7) Krönert, R., ebenda, S. 85/86
(8) Grimm, F./I. Hönsch, Zur Typisierung der Zentren der DDR nach ihrer Umlandbedeutung, in: Petermanns Geographische Mitteilungen 118 (1974) 4
(9) siehe auch v. Känel, A., Zur Entwicklung von Siedlungssystemen in Agrargebieten der DDR, in: Beiträge zur Geographie, Bd. 31, Leipzig (im Druck)
(10) Kretschmer, K., Regionale Bilanzrechnungen wichtiger Elemente der Territorialstruktur — ein Beitrag zur Weiterentwicklung der langfristigen territorialen Planung, in: Informationen der Forschungsleitstelle für Territorialplanung 5 (1975) 12

Einige Gedanken bei der Betrachtung eines Wohngebietes der zwanziger Jahre

Dr.-Ing. Peter Sniegon

Auf Anregung des Sekretariats der Bezirksleitung der SED wurde 1974 durch eine Kommission ein Dokument über die bedeutendsten kulturhistorisch wertvollen Einzelbauwerke, die aufzubauen, umfangreich zu rekonstruieren oder vorrangig zu erhalten waren und die bedeutendsten historischen Städtebauensembles des Bezirkes Dresden erarbeitet und einschließlich der für die Planung und Baudurchführung gezogenen Schlußfolgerungen bestätigt.

Als einziges städtebauliches Ensemble aus der Zeit nach 1918 ist hierin das Wohngebiet Dresden-Trachau, Siedlung Kopernikusstraße, enthalten, das ein hervorragendes Beispiel der Wohnhausarchitektur der zwanziger Jahre darstellt mit interessanten städtebaulichen Raumbildungen und guter Grüngestaltung (Architekt: H. Richter).

Diese erste praktische Lösung eines modern und gut gestalteten Massenwohnungsbaus in Dresden war Anreiz für mich, etwas tiefer in die Gestalt des Wohngebietes einzudringen und – trotz aller Unterschiede in Wohnqualität und Bauweise – nach Parallelen und Anregungen für unseren heutigen und zukünftigen Wohnungsbau unter sozialistischen Bedingungen zu suchen.

Das erste, was auffällt an der Erscheinung der „Typen", ist die differenzierte Plastizität, insbesondere mittels der Architekturelemente des Freiluftwohnraumes. Von der eingeschnittenen Innenloggia (die Linie Sturz und Sohlbank der Fenster wird konsequent fortgeführt) über frei schwebende Balkone bis zu Balkon-Loggien (halb eingezogen mit mittlerer Trennwand) und Erkern (in Glas-Stahl davorgesetzt) reicht die Palette.

Ein Vergleich mit dem derzeitigen Angebot der WBS 70/Kooperationsverband mit seiner Beschränkung auf die vorgestellte Außenloggia (Ausnahme: vielgeschossige Scheibe des WBK Berlin) zeigt doch eine zu große Beschränkung, die trotz aller Farbgestaltung und Materialvarianz im Brüstungsbereich nicht unwesentlich zur Gleichförmigkeit der städtebaulichen Räume beiträgt. Die recht guten Ergebnisse des Fassadenwettbewerbs WBS 70 sollten deshalb nicht als Zukunftsvision aufgefaßt werden, die erst realisierbar erscheint, wenn die Ära der großen Wohngebiete bereits ihrem Ende entgegengeht, sondern alle Beteiligten zu verstärkter Aktivität veranlassen. (Auch wenn in der Umgestaltung schon durch die Mischung zwischen Altem und Neuem mehr Differenzierung erreicht wird, kann natürlich auch hier auf unterschiedliche Plastizität nicht verzichtet werden.)

Die in der Gegenwart hierzu geführten Diskussionen, insbesondere von progressiven Komplexarchitekten, sollten nicht mit einseitigen Argumenten abgebrochen, sondern alle Ansätze zu neuen Lösungen gefördert werden. Warum sollten zum Beispiel nicht auch bei der Querwandbauweise auskragende Teile von Deckenelementen oder Auskragungen am offenen Giebel möglich sein? Warum sind im WBK Berlin Innenloggien in der WBS 70 möglich und in anderen Kombinaten nicht? Die Lösung solcher Fragen könnte eine lohnende Aufgabe von gemischten BdA-/KDT-Kollektiven sein, so wie sie zu anderen Problemen im Bezirk Dresden bereits zu wirken begonnen haben.

Die genannte Plastizität in Trachau beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Wohnseite, sondern umfaßt – komplex gesehen – den gesamten Baukörper. Eingezogene Treppenhäuser, vorgestellte Treppenhäuser, geringfügige, aber wirksame Differenzierung der Gebäudetiefe von Segment zu Segment, dazu saubere Detaillösungen wie beim loggienseitigen Eingang (der beim 12-m-Segment der WBS 70/Kooperationsverband noch befriedigend gelöst werden muß), die Aufnahme der Fenstersturzlinie im Türbereich, die saubere Einordnung der flach angesetzten oder über Eck gezogenen Stahl-Treppenhausfenster – das alles sind Elemente der gestalterischen Vielfalt, die zum überwiegenden Teil auch im industriellen Wohnungsbau der 6,3-Mp-Laststufe zu realisieren wären. Hinzu kommt die Varianz der Giebellösungen mit herumgezogenen Loggien, mittigem Erker, eingeschnittenem Rundfenster u. a. Dazu kommt als besonders plastischer Baustein, insbesondere an den Rückseiten wirkend, ein Außenganghaus mit weit vorspringenden, nur angehängten Treppenhauskörpern – ein städtebauliches Element, das bei der Umgestaltung der Wohngebiete aus Gründen des Wohnungsschlüssels und der Standortbedingungen (Besonnung/Belichtung) auch erforderlich wäre. Auch in der Dachzone findet man Anregungen: nicht das aufgesetzte Bodengeschoß, nicht in erster Linie das zum Teil weit überkragende Dach, an dem die Vor- und Rücksprünge totlaufen, sondern die Dachterrassen auf etwa ein Drittel der Dachfläche (zurückgesetzter Dachboden bei Häusern ohne Loggien und Balkone) oder der Pergola-Dachsitzplatz am Eckwürfel.

Spätestens bei diesem Betrachtungsstand ergreift einen – trotz bewußter Berücksichtigung der historisch gegebenen Bedingungen der zwanziger Jahre – eine schöpferische Ungeduld, die fragt, wie wir in der Gestaltung unserer neuesten und progressiven Wohnungsbauserie schneller vorankommen können. Sicher wäre es nicht richtig, wenn das Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau jetzt nach dem Fassaden-Wettbewerb die Grundlinie der Gestaltung der neuen WBS 70/Kooperationsverband aus der Hand geben und jedes der mitwirkenden WBK für seine spezielle Teilaufgabe eigene, nicht genügend abgestimmte Wege gehen würde. Hier sollte unter Federführung der Bauakademie der DDR eine Lösung gefunden werden, wie – beginnend mit einem kurzfristig zu erarbeitenden Fassadenkatalog für die anlaufende Serie (der natürlich bezirkliche Differenzierungen offenläßt) – bis zu einem Etappenprogramm zur Realisierung der Ergebnisse des Fassaden-Wettbewerbes WBS 70 eine stär-



kere zentrale Lenkung der gestalterischen Grundlinie erfolgen kann.

Der Vollständigkeit der Schilderung des Wohngebietes halber einige Worte zur Funktionsüberlagerung, deren Lösungen eine erstaunliche Ähnlichkeit zu heutigen Bestrebungen zeigen: volle Nutzung der Erdgeschoßzone, Anordnung von Vorbauten, eingezogenes Erdgeschoß (Laubengangmotiv), ja sogar Eckbauten (ähnlich wie sie heute in Rostock gebaut werden), alles also bewährte Lösungen im Interesse der Bürger des Wohngebietes, die von uns wiederentdeckt und auf unsere sozialistischen Bedingungen modifiziert zur Anwendung gelangen sollten.
Die Grundstruktur des im Kapitalismus entstandenen Wohngebietes ist natürlich nicht mit der Struktur eines heutigen sozialistischen Wohngebietes zu vergleichen.

Trotzdem interessieren Details wie die geschlossenen Straßenräume, die damit im Zusammenhang stehende Anwendung geschwungener Scheiben (nur in unbedingt notwendigem Umfang) und die Betonung städtebaulicher Schwerpunkte durch Dominanten. Erstaunlich ist, wie fünfgeschossige Würfel, als Eckbauwerke verwendet, bei einer überwiegend dreigeschossigen Bebauung (z. T. viergeschossig, wenn das volle Dachbodengeschoß mit gerechnet wird) als Höhendominanten wirken. Insgesamt finden wir hier in Höhenstaffelung und Abstandsbildung ein gutes Lehrbeispiel für Proportionen, wie wir sie bei der Umgestaltung unserer Klein- und Mittelstädte vorfinden werden. (Deshalb ist auch die Rostocker Entwicklung von mehrgeschossigen Würfelhäusern vor allem für den Wohnungsbau auf dem Lande hervorzuheben.)
Im Detail sind besonders die ausgewogenen Vorsprünge bei Eckbauwerken und die – eigentlich selbstverständliche – Kopplung von Höhen- und Seitenversatz in hängigem Gelände zu vermerken.
Ein Vergleich mit der Angebotspalette der WBS 70/Kooperationsverband zeigt, daß damit ebenfalls geschwungene Formen erzielt werden können, wobei die Bindung an den Dreisegmenter und zunächst auch an die 28,5° noch Grenzen setzt. (So muß zum Beispiel in den Fällen, wo die gesamte städtebauliche Struktur auf 90° aufbaut, zur Erzielung eines 30°-Winkels in den Bezirken handwerklich etwas zurecht gebastelt werden.) Die Einführung eines 22,5°-Winkels und die Anbindung der Keile an Zweisegmenter, wie es in Rostock auch geht, müßte also in der folgenden Etappe unbedingt ins Programm aufgenommen werden.
Würfelbauten sind auch in der Entwicklungspalette des Kooperationsverbandes vorgesehen. Ihre Breitendurchsetzung wird jedoch auf Grund der ihnen innewohnenden technologischen Probleme in den Bezirken noch manche Mühe kosten, obwohl ihre städtebauliche Effektivität, insbesondere in Hanglagen und bei der Umgestaltung, nicht in Frage steht. So wie die Hallenser vielgeschossigen Punkthäuser (hoffentlich in der Höhenstaffelung 9/11/14) die Dominanten und Eckpunkte bei einer 5-, 8- und 11geschossigen Bebauung bilden werden, brauchen wir die mehrgeschossigen Würfel bei der 4- und teilweise auch 3geschossigen Bebauung in der Mehrzahl der Umgestaltungsstandorte.

Vieles von dem hier Gesagten ist nicht neu, doch jetzt geht es darum, solche Erfahrungen schneller praxiswirksam zu machen. Manches ist dabei neu zu durchdenken, um bisherige Schranken zu überwinden.

Ein Blick zurück zu den Vätern oder Großvätern der Architektur befreit zumindest von Scheuklappen und von einer Betriebsblindheit, vor der auch wir Architekten als Verantwortliche für die Entwicklung einer kulturvollen sozialistischen Umwelt – tagtäglich eingespannt in die komplexen Aufgaben einer staatlichen Leitung oder eines Baukombinates – nicht gefeit sind.

Meines Erachtens hängt die zielstrebige Durchsetzung von einer höheren architektonischen Qualität des WBS 70/Kooperationsverband ab

- von einer hohen Aktivität des unter Leitung des IWG stehenden Kooperationsverbandes zur Erarbeitung und Durchsetzung einer gestalterischen Grundlinie des WBS 70
- von der Entwicklung der Gemeinschaftsarbeit zwischen KDT und BdA auf zentraler, bezirklicher und besonders Kombinatsebene
- vom hohen persönlichen Einsatz der Bezirks- und Stadtarchitekten sowie der verantwortlichen Architekten in den WBK und der damit erreichten Durchschlagskraft innerhalb der Kombinate.

Nur auf diesem Weg wird es uns gelingen, unter unseren heutigen ökonomischen und technologischen Bedingungen durch die WBS 70 gleichzeitig mit der Verbesserung einer Vielzahl quantifizierbarer Parameter auch einen spürbaren Schritt zu einer neuen städtebaulichen und architektonischen Qualität zu gehen.

Mensch und Stadtzentrum

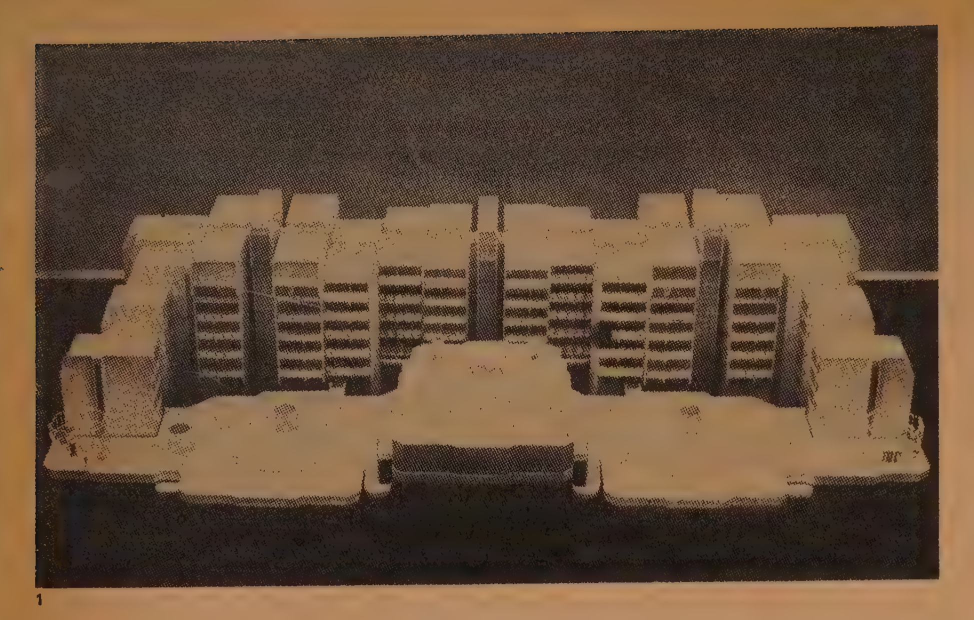
Eindrücke von der Savaria-Sommeruniversität 1977

Dipl.-Ing. Klaus Andrä, Architekt BdA/DDR

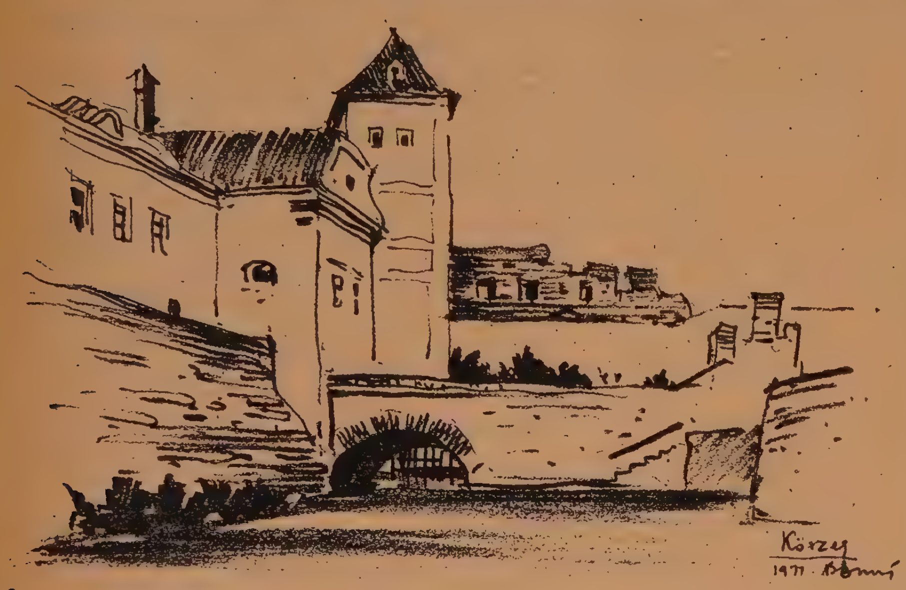
Die Umgestaltung der Stadtzentren ist nicht in erster Linie ein technisches Problem. Die Menschen sollen sich dort wohl fühlen. Dazu gehört, den historisch gewachsenen Charakter der Stadt, ihre Atmosphäre und Stimmung, die in den historischen Stadtkernen besonders spürbar werden, zu berücksichtigen. Das wiederum erfordert mehr als Denkmalpflege im bisherigen Sinne. Man sollte vom Denkmalschutz zum Stadtzentrumsschutz übergehen und muß in diesem Zusammenhang geltende Anordnungen überprüfen. Die Ergebnisse der baulichen Massenproduktion genügen bisher nicht den Anforderungen. Grundsätzlich aber läßt sich die Umgestaltung in den Stadtzentren – mit Ausnahme der Denkmalschutzaufgaben – effektiv nur durch Anwendung zeitgemäßer, d. h. industrieller Technologien lösen. Es wäre bequem, aber dabei ebenso anachronistisch wie unschöpferisch, vor dieser Forderung auszuweichen. Man muß sie als Herausforderung akzeptieren und Meisterschaft mit den Mitteln unserer Zeit erringen.
Das waren Hauptgedanken des Eröffnungsvortrages von Dr. Janos Szabo, dem Staatssekretär im Ministerium für Bauwesen und Stadtentwicklung der UVR. Das waren zugleich die Hauptmotive aller folgenden Vorträge, Diskussionen und Stadtexkursionen während der 10. Sommeruniversität in Szombathely, an der zwei Delegierte des Bundes der Architekten der DDR als Gäste des Ungarischen Architektenverbandes teilnahmen.

Die heutigen Anforderungen an die Stadtzentren zu erfüllen und die vorhandenen Werte zu wahren, stellte Dr. Gonda, Vorsitzender des Komitatsrates Vas, als die komplizierte Aufgabe dar, die in jeder Stadt anders zu lösen ist. So viele Städte es gibt, so viele konkrete Bedingungen sind zu beachten (überörtliche Versorgungsaufgaben, Stadtstruktur, Verkehrssituation u. a.). Ein spezielles Problem besteht für Stadtzentren in Klein- und Mittelstädten mit starker Einwohnerentwicklung. Hier müssen unter Nutzung gegebener Ansätze (historischer Ensembles, bestehender größerer Gesellschaftsbauten) die Zentren planmäßig neu gestaltet werden, da die überkommenen Strukturen meistens nicht leistungsfähig sind.

Ein Beispiel praktischer Auseinandersetzung mit diesem Problem bietet Zalaegerszeg. Diese Komitatsstadt entwickelte sich von 13 000 Einwohner (1945) auf 53 000 Einwohner (1977). Im Stadtzentrum war kaum historische Substanz vorhanden. Die Umgestaltung erfolgt durch Abriß kleiner Wohnhäuser, die durch Bauten in sehr vielfältiger Form ersetzt werden (Terrassen-, Reihen- und Würfelhäuser, mehr- und vielgeschossige Bauten). Ein besonders interessantes Vorhaben geht im Stadtzentrum der Vollendung entgegen: Ein kleiner Komplex (179 WE) in fünfgeschossiger Gleitbauweise (französische Lizenz), kombiniert mit Einkaufseinrichtungen in Stahlkonstruktion. Die stark plastische und gegliederte Architektur spiegelt, so meinte der Stadtarchitekt, „... Intimität und Humanität der reizvollen Landschaft, ... die Balkonbrüstungen erinnern an den dörflichen Gartenzaun". Unter den stimmungschaffenden Elementen wird dem Grün ein wichtiger Platz eingeräumt. Es habe darüber hinaus eine assimilierende Kraft: „Es kann mißlungene Architektur geben, mißlungene Bäume gibt es nicht" (Szabo).
Wenn man die Stadt bildhaft als „Pyramidenspitze" des gesellschaftlichen Lebens



1



2

1
Zalaegerszeg. Modell des Neubaukomplexes im Stadtzentrum

2
Burg Köszeg. Gezeichnet und als Freundschaftsgeschenk an die Vertreter des BdA/DDR übergeben von Valentin Yezov aus Kiew

bezeichnet, so Lajos Füle vom VATI Budapest, ist das Stadtzentrum der Gipfelpunkt. Im Stadtzentrum konzentrieren sich die bedeutendsten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Tätigkeiten der Stadt, bietet sich eine breite Skala von Möglichkeiten gesellschaftlicher Repräsentanz und Kommunikation. Das Stadtzentrum ist räumlicher Ausdruck der Konzentration, Differenziertheit und Dynamik gesellschaftlichen Lebens. Die funktionelle, räumliche und ästhetische Gestaltung des Zentrums wirkt zurück auf die Formierung des gesellschaftlichen Lebens, auf die Qualität und Intensität gesellschaftlicher Prozesse. Deshalb ist Gestaltung oder Umgestaltung von Stadtzentren eine Angelegenheit von hohem politischem Rang, wenn auch die „Auslöser" der Umgestaltung meistens im technisch-wirtschaftlichen Bereich liegen (Verkehrsprobleme, Stadthygiene, Flächenmangel oder unwirtschaftliche Flächennutzung, schlechter Zustand der Substanz) und bei der Planung viele weitere Faktoren berücksichtigt werden müssen, darunter z. B. die Arbeitsteilung der Zentren und der Aufbau eines örtlichen und regionalen Systems gesellschaftlicher Zentren.

Sandor Kis Kalnocki, Direktor des VATI, führte diese Gedanken fort: „Die Funktionsteilung zwischen den Siedlungen ist die räumliche Projektion der immer stärkeren gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Folgen dieser Arbeitsteilung werden am stärksten im Funktionswandel der Stadtzentren spürbar. Erfolgreiche Planung erfordert die Kenntnis dieser Gesetzmäßigkeiten und eine umfassende, vom Verkehr bis zur Nutzung reichende Strategie, die verhindert, daß Entscheidungen aus einem falschen ‚Tages-Wirtschaftlichkeitsdenken' getroffen werden. Diese Strategie muß das zulässige Maß der Trennung der Funktionen bestimmen, die starre Begrenzung des Stadtkerns auflösen und auch die spezielle Rolle des historischen Stadtkerns fixieren.

Die Verkehrsprobleme sind in engem Zusammenhang mit der Flächennutzung, dem tatsächlichen Verkehrsaufkommen und -ablauf zu untersuchen und zu lösen. Hauptaufgabe ist dabei, die engeren Zentrumsgebiete vom Fahrverkehr, der zum Zentrum keine Beziehung hat, zu befreien. Eine spezielle Aufgabe ist die Gestaltung von Fußgängerbereichen als verkehrliche, funktionelle und architektonische Lösung."

Über die Nutzung von Baudenkmalen für Zentrumsfunktionen enthielt der Beitrag von Janos Sedlmayr, Amt für Denkmalschutz, Budapest, u. a. folgende Gedanken: Größere Baudenkmale (Schlösser, Burgen, Klöster) sollten vorwiegend für überörtliche kulturelle Funktionen genutzt werden. In kleineren Gebäuden sind öffentliche Einrichtungen von lokaler Bedeutung unterzubringen (Ausstellungen, Gaststätten, Klubs, kleine Werkstätten).

Prinzipiell soll ein Bauwerk die Funktion erhalten, die seinem Rang entspricht. Die neue Funktion muß auch der Größe des Hauses angepaßt sein. Der u. U. notwendige Umbau darf Denkmalwerte nicht zerstören. Zusammenfassungen von mehreren Häusern (auch Höfen) erscheinen fragwürdig, weil Orientierung in der „Ablesbarkeit" der historischen Struktur erschwert wird. Auch Wohnungen sind in Baudenkmalen möglich; sie müssen aber künftigen Bedürfnissen entsprechend modernisiert werden. Die Kostennormative des Neubaus können dabei nicht immer eingehalten werden. In den Innenstädten müssen Wohnungen von größerem Ausmaß, speziellem Zuschnitt und für speziell interessierte Bevölkerungsgruppen entworfen werden.

Das Schloß in Budapest, der Altstadtkern und die Burg in Köszeg, der Ruinengarten und der Isistempel in Szombathely sind Beispiele, die während der Sommeruniversität besichtigt wurden, und die erfolgreiches Bemühen um Bewahrung des historisch Überlieferten und seine Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben auf unterschiedlichste Weise belegen. Achtung vor dem Historischen schließt praktischen Sinn für Verwendbarkeit und Verwertbarkeit z. B. für den Fremdenverkehr nicht aus. Man macht in der UVR kein Geheimnis daraus, daß die Umgestaltung der Stadtzentren und die Erschließung ihrer kulturhistorischen Schätze, verbunden mit dem Bau von neuen Hotels, Gaststätten, Bädern und Kultureinrichtungen, auch den Fremdenverkehr fördern sollen. Im ersten Halbjahr 1977 kamen 3,5 Millionen Auslandstouristen (im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 2,8 Millionen), und es ist keine Frage, daß die meisten von ihnen auch die Stadtzentren mit ihren Sehenswürdigkeiten, Bildungs-, Erholungs- und Unterhaltungsstätten aufsuchten.

Eines der interessantesten und umstrittensten Fremdenverkehrsprojekte ist das Hilton-Hotel (750 Betten) nahe der Fischer-Bastei. Es stimmt: Die altgewohnte, zum Symbol gewordene Silhouette wurde verändert, und die Art, mit der beim Hotelbau historische Elemente „nachempfunden" wurden (Gewölbe aus Kupferblech, Innenhofverkleidung aus Flaschenböden) ist unkonventionell, wirkt spielerisch und ist sicher nicht jedermanns Sache. Andererseits: Die Baumassen sind gut proportioniert und ergeben eine neue wirkungsvolle Silhouette. Das Ganze – in Ungarn selbstverständlich von einheimischen Architekten projektiert – ist bis ins Detail sehr gut gestaltet und ausgeführt. Im Foyer fühlt man sich durch menschbezogene Raumgliederung wie in einem Familienhotel, und schließlich hat der zuvor etwas museal wirkende Burgberg eine funktionelle „Aufbesserung" erfahren, zumal die 10 Gaststätten nicht durchweg „exklusiv" gemacht sind.

Es war manches zu lernen auf der Sommeruniversität, und trotzdem lag, wie bei dergleichen Veranstaltungen oft, der Effekt nicht allein im fachlichen Gehalt der Vorträge. Es gab Exkursionen und Kulturveranstaltungen, Gespräche und Begegnungen mit den „Informationen am Rande", und es gab vor allem stets eine Atmosphäre liebenswürdiger Kollegialität, die zu einem Erlebnis wurde, das man nicht so schnell vergißt.



INFORMATIONEN

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Innenarchitekt Karl-Heinz Günther, Gera,
1. April 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Ingenieur Rolf Velebil, Leipzig,
4. April 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Alfred Haide, Halberstadt,
6. April 1913, zum 65. Geburtstag

Architekt Baumeister Gustav Hartwig, Magdeburg,
6. April 1908, zum 70. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Horst Müller,
Groitzsch,
13. April 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge, Berlin,
14. April 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Wolfgang Voigt, Dresden,
15. April 1928, zum 50. Geburtstag,

Architekt Dipl.-Ing. Reinhard Vollschwitz, Leipzig,
15. April 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Prof. Dr.-Ing. Roland Jaenisch,
Hohen Neuendorf,
18. April 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Baumeister Karl Rudolf, Döbeln,
19. April 1908, zum 70. Geburtstag

Innenarchitekt Willi Hardt, Rostock,
20. April 1908, zum 70. Geburtstag

Architekt Hochbauingenieur Christian Schwach,
Großpostwitz,
20. April 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Joachim Härter, Berlin,
22. April 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Siegfried Thiel, Dresden,
24. April 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Hermann Schmidt, Erfurt,
27. April 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Matthias Schubert, Wismar,
27. April 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Herbert Fleischhauer, Schnett,
28. April 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Siegfried Kurth, Leipzig,
28. April 1928, zum 50. Geburtstag

Architekt Dr.-Ing. Hanns Wurster, Halle,
29. April 1903, zum 75. Geburtstag

Otto Schubert zum 100. Geburtstag

Am 23. Februar 1978 gedachten zahlreiche Architekten der DDR des 100. Geburtstages eines Mannes, dessen Persönlichkeit und Wirken die erste Etappe der Erziehung einer neuen Architektengeneration in der Deutschen Demokratischen Republik entscheidend mit prägte, Prof. Dr.-Ing. Otto Schubert.

Als Otto Schubert 1940 nach 20jähriger Lehrtätigkeit als ordentlicher Professor an der Technischen Hochschule Dresden von den Nationalsozialisten entlassen wurde, dachte wohl niemand, daß er 1946, bereits 68jährig, einer erneuten Berufung folgend, noch 10 Jahre lang auf den Gebieten der Bauformenlehre und des Entwerfens von Hochbauten, der Geschichte der Baukunst und der Gebäudelehre erfolgreich als hochverehrter Lehrer und Freund seiner Studenten tätig werden könnte. Seine Vorlesungen und Übungen sind seinen Schülern unvergessen geblieben. Sie waren gekennzeichnet durch die streng wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Betrachtungsobjekt bzw. Arbeitsgegenstand, die geniale ständige zeichnerische Ergänzung des gesprochenen Wortes und die für ihn typische humorgewürzte freie Rede, die seine Vorträge zum Erlebnis werden ließ. Oft hört man noch heute, 10 Jahre nach seinem Tod, auf Tagungen und Beratungen „Dazu hätte Otto Schubert gesagt . . ."

Otto Schuberts Persönlichkeit als Wissenschaftler, praktisch tätiger Architekt und Hochschullehrer, und dies in selten glücklicher Vereinigung, erwuchs aus der feinsinnigen Atmosphäre seines Dresdener Elternhauses, der persönlichen Kenntnis der großen Leistungen europäischer Architektur, der vorzugsweise im genossenschaftlichen Wohnungsbau erworbenen Städtebau- und Bauerfahrungen und seinem rastlosen Suchen nach neuen, der praktischen Verwirklichung dienenden Erkenntnissen aus dem Erfahrungsschatz der Baukunst. So vermittelte er seinen Schülern, neben einer Unzahl praktischer Hinweise als tätiger Architekt, das Wesen der Baukunst vergangener Jahrhunderte, das er aus dem jeweiligen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, aus der Konstruktion, der Materialkenntnis und den Bedingungen der Optik, Akustik und Proportionslehre ableitete. Sein Ziel war es, die Erkenntnisse der alten Baumeister für die Erhöhung der Qualität in Städtebau und Architektur unter neuen Produktionsverhältnissen nutzbar zu machen. Diesem Zweck unterwarf er auch seine Vorlesungen zur Gebäudelehre mit dem sicheren Blick des erfahrenen Architekten, den Heranwachsenden all das nahezubringen, was Bücher nicht vermitteln können.

Auch nach seiner Emeritierung im Jahre 1957 war Prof. Dr. Schubert weiterhin unermüdlich tätig, um die Ergebnisse seiner Arbeit in dem Werk „Gesetz der Baukunst" und in dem Band „Optik in Städtebau und Architektur" der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Nach als 90jähriger, wenige Wochen vor seinem Tode, wandte er sich einem neuen, ihm für die qualitative Weiterentwicklung der Baukunst wichtig erscheinenden Problem zu, der perspektivischen Verzerrung durch Spiegelung.

Die nun bereits zur älteren Generation zählenden Architekten, die das Glück hatten mit Otto Schubert zusammenzuarbeiten, werden ihn stets in dankbarer Erinnerung behalten.

Dr.-Ing. Heinz-Dieter Karch

Tagungen

Informationstag '77, „Qualitätssicherung im Bauwesen"

Von den KDT-Gremien des Genauigkeitswesens veranstaltet, fand der Informationstag '77 über Probleme der geometrischen Genauigkeit beim industriellen Bauen am 13. 10. 1977 in Erfurt statt. Den etwa 200 Teilnehmern aus Wissenschaft und Praxis wurden neue Arbeitsergebnisse auf dem Gebiet des Genauigkeitswesens vorgestellt.

Im Einleitungsvortrag von Prof. Dr.-Ing. habil. Heinicke kam überzeugend zum Ausdruck, wie sich die Parteibeschlüsse über Intensivierung des Bauwesens in der Praxis des Genauigkeitswesens ausdrücken:

- Bestimmung optimaler Qualitätskriterien und ihre Festlegung in verbindlichen Standards
- Analytische Bearbeitung aller bautechnischen Fertigungsprozesse
- Entwicklung der Kontrollverfahren unter Einschluß der notwendigen Meßtechnik
- Schaffung von praxisnahen Modellen für die baupassungstechnische Projektierung
- Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Genauigkeitswesens.

Weitere Vorträge und Podiumsdiskussionen befaßten sich mit der Elementegenauigkeit für die WBS 70, der Einführung der Vorschrift für Abstekkungen und Baukontrollmessungen für Skelettbauten, der Entwicklung eines Meßgerätes für Außenwandfugen und dem Stand der Anwendung der Lasertechnik im Bauwesen der DDR.

Für den Leser dieser Zeitschrift sollten folgende Beiträge hervorgehoben werden:

- Wirklichkeitsgetreue Baupassungsberechnungen (Dipl.-Math. Böhmer, BA der DDR)

Hier wurden neue Forschungsergebnisse der Bauakademie der DDR zur Schaffung eines realen Baupassungsmodells vorgestellt. Sie bestehen im wesentlichen aus der besonderen Behandlung systematischer Fehleranteile, der Benutzung spezifischer Verteilungsformen für die Genauigkeit einzelner Bauprozesse, der Festlegung realer Ausschußprozentsätze (größer als der Extremwert 0,27 Prozent), sowie der völligen Ausnutzung vorgegebener Funktionstoleranzen durch die anteiligen Fertigungsstufen.

- Erfahrungen aus dem Montagebau in der UdSSR (Dr.-Ing. Hoffmeister, HAB Weimar)

Im Zusammenhang mit diesem Beitrag ist besonders die Vorstellung des neuen Standards GOST 21 779-76 bemerkenswert, in dem wichtige Genauigkeitsparameter für Vorfertigungs- und Montageprozesse enthalten sind, welche auf der Basis umfangreicher Analyseergebnisse entstanden.

- Geometrische Qualität von Tragkonstruktion und TGA (Dipl.-Ing. Säuberlich, TH Leipzig)

Es wurden die Zusammenhänge zwischen den Tragkonstruktionen von Montagebauten und den Technologien der technischen Gebäudeausrüstung dargestellt, welche dringend einer geometrischen Abstimmung bedürfen. Dabei sind konstruktive Belange, der Übergang zu Prinzipien des Austauschbaues bei der Sanitärinstallation, die Ermittlung sämtlicher Funktions- und Produktionstoleranzen und Schaffung verbindungstechnischer Lösungen von Bedeutung.

Prof. Dr.-Ing. Heinicke (TH Leipzig) betonte in seinem Schlußwort die Notwendigkeit und Nützlichkeit derartiger Begegnungen zwischen Forschung und Baupraxis, wie sie die bereits Tradition gewordenen Informationstage darstellen. Dabei sei wesentlich, daß es nicht zum Treffen einzelner Spezialisten kommt, sondern die gesamte Breite des Personenkreises, also auch der projektierende Architekt, an alle Probleme der geometrischen Qualitätssicherung angeschlossen wird.

Von Interesse dürfte für den Leser noch sein, daß bei der Bauakademie der DDR, Institut für Projektierung und Standardisierung die Broschüre „Baupassungstechnische Projektierung der WBS 70" bezogen werden kann und der Informationstag '78 am 2. 11. 78 in Erfurt, iga, stattfindet.

Dr.-Ing. Hoffmeister, HAB Weimar

Bücher

Martin Wimmer
Bauten der Olympischen Spiele
Verlag Edition, Leipzig 1975,
163 Abbildungen, 224 Seiten, 48,– M

Diese repräsentative Publikation gibt ausgehend von den Bauten der antiken Spiele in Olympia einen umfassenden Überblick über die Bauten und Anlagen der modernen Olympischen Spiele. Es befaßt sich also mit einem speziellen Gebiet der Architektur und Landschaftsgestaltung, das, wie ausgeführt wird, in unserem Jahrhundert eine ständig wachsende Beachtung und Bedeutung gefunden hat.

In seinem Geleitwort bezeichnet Lord Killanin, Präsident des IOC, das Buch als fesselnd, lehrreich und sehr informativ; „es ist . . . ein wichtiger Beitrag zur Neubesinnung in der olympischen Bewegung, wie sie auf dem olympischen Kongreß in Warna im Jahre 1973 dargelegt und seitdem zielstrebig fortgesetzt worden ist."

Zunächst werden die Bauten und Anlagen der antiken Spiele in Olympia, das Ensemble der Sportanlagen, seine Übungs- und Wettkampfstätten — das Stadion, der Hippodrom, das Gymnasium, die Palästra, Bäder mit Schwimmbecken, Warmwasser- und Sitzwannenbäder sowie das Leonidaion — betrachtet. Auch heute noch werden diese Grundtypen der wichtigsten Sportbauten und Sportanlagen verwendet.

Eingehend gewürdigt werden die Verdienste des Begründers der neuzeitlichen Olympischen Spiele, des französischen Pädagogen und Humanisten Baron Pierre de Coubertin, sein Beitrag für die Architektur von Olympiabauten. Dargestellt werden die Entwicklungsetappen der Olympischen Spiele der Neuzeit und die damit zusammenhängenden archi-

tektonischen Bemühungen. Die erste Etappe geht bis zu den Spielen der V. Olympiade 1912 in Stockholm; die zweite Entwicklungsetappe — gekennzeichnet durch zunehmende Internationalisierung des Sportes — reicht bis 1948. Die dritte Entwicklungsetappe — gekennzeichnet durch Universalität der Olympischen Spiele und gleichzeitige Universalität des bautechnischen und baukünstlerischen Bemühens der Architekten — setzte im Jahre 1952 ein. In dieser dritten Entwicklungsetappe erlangte die olympische Idee und Bewegung nicht nur eine weltweite Massenbasis, sondern eine reale Grundlage für die Anerkennung und Durchsetzung ihrer humanistischen Prinzipien (vgl. S. 29). Eingeschätzt werden die Olympiastädte und deren Architekturprobleme. Betrachtet werden die Olympiabauten; und zwar Stadien, Sporthallen und Spezialbauten. Dabei wird auch auf Fragen der Einbeziehung der Landschaft und neue Konstruktionen wie hohe Stahlmasten für Flutlichtanlagen, überdimensionale Anzeigetafeln für die Wettkampfergebnisse und Tribünenüberdachungen der Stadien, die im Stadionbau neue Akzente setzen, sowie auf sporttechnische Neuerungen wie Einbeziehungen des Kunststoffes für Tartan- bzw. Rekortan-Laufbahnen hingewiesen. Ein Kapitel ist den Sekundär- (olympische Dörfer, Pressezentren und Jugendlager) und Tertiärbauten (städtebauliche Maßnahmen und Veränderungen für die Infrastruktur der Stadt, die in Zusammenhang mit den Olympischen Spielen entstehen) gewidmet. Ein weiteres Kapitel befaßt sich mit der Rolle der olympischen Architektur und der bildenden Künste.

Am Beispiel der Entwicklung des Sporthallenbaus, der Stadienbauten, Sportzentren und Sportkomplexe wird der Charakter der Olympiabauten als Versuchsfeld und Anwendungsbereich moderner Architektur nachgewiesen, das die Kooperation von Architekt und Ingenieur sowie internationale Zusammenarbeit erfordert. Abschließend werden Gedanken zur Perspektive der Olympischen Spiele und ihrer Bauten geäußert.

Das Buch, das in deutscher und englischer Sprache erschien, enthält einen umfangreichen Bildteil mit insgesamt 163 zum Teil farbigen Abbildungen, die ausführlich erläutert werden. Im Anhang wurden mehrere olympische Dokumente, so zum Beispiel

- die Eröffnungsrede zur Konsultativkonferenz für Kunst, Literatur und Sport 1906 in Paris;
- der Sonderdruck der Revue Olympique für die Teilnahme am internationalen Architekturwettbewerb „Une Olympie Moderne" (Ein neues Olympia), Paris 1910, von Baron Pierre de Coubertin;
- das UIA (Union Internationale des Architectes)-Manifest 1968 von Mexiko;
- das UIA-Manifest 1972 von München;
- eine Zusammenstellung der Medaillengewinner in der Kategorie Architektur bei den Kunstwettbewerben 1912 bis 1948;
- eine Tabelle mit Angaben der Städte der Olympischen Sommer- und Winterspiele sowie der Anzahl der Nationen, Teilnehmer und Wettkämpfe;
- Auszüge aus den 1972 in München gebilligten olympischen Statuten und Regeln aufgenommen.

Jürgen Meyer

Stojanov, B. J.

Sovremenna architektura (Gegenwärtige Architektur)

1. Auflage, Verlag Technika, Sofia 1977,
240 Seiten, 437 Abbildungen, in bulg. Sprache

In dieser seiner neuesten Publikation verfolgt Professor Borislav Stojanov, verdienter Architekt der Volksrepublik Bulgarien und Verfasser einer Reihe bedeutender Fachbücher, die Entwicklung der Weltarchitektur in den letzten 125 Jahren. Zum ersten Mal in unserer sozialistischen Staatengemeinschaft wurde von der Position der marxistisch-leninistischen Weltanschauung aus die gegenwärtige Architektur kritisch und umfassend untersucht und dargestellt. Diese Architektur hat sich nach Stojanov besonders in den letzten Jahrzehnten mit außerordentlicher Vielseitigkeit der Tendenzen, Funktionen, Konstruktionen und Formen in der ganzen zivilisierten Welt entwickelt.

Das Buch ist in zwei Hauptabschnitte gegliedert:

- Gegenwärtige Architektur im Ausland (124 S., 246 Abb., 40 Lit.)
- Gegenwärtige Architektur in Bulgarien (90 S., 191 Abb., 127 Lit.)

Im ersten Hauptabschnitt ist die Entwicklung der Weltarchitektur von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur heutigen Zeit untersucht. Ausführlich, fachlich und parteilich behandelt Prof. Stojanov zunächst die Leistungen der Chicago-Schule und die von Louis Sullivan, die Stilrichtung **Sezession**, dann die Keime der neuen Entwicklung am Anfang des 20. Jahrhunderts, den **Expressionismus**, die Konzeptionen der Gruppe **„De Stijl"** in der Kulturgeschichte, den **Rationalismus**, den **Funktionalismus**, den **Konstruktivismus**, die Schule des **„Bauhaus"**, das bedeutende Schaffen von Auguste Peret, Walter Gropius, Hannes Mayer, Hugo Hering, Erich Mendelsohn u. a. Große Aufmerksamkeit ist in gesonderten Abschnitten dem Schaffen einiger hervorragender Architekten von Weltruf (Le Corbusier, Ludwig Mies van der Rohe, Frank Lloyd Wright, Eero Saarinen und Alvar Aalto) gewidmet. Auch der **Neoklassizismus** in den USA ist einer Analyse unterzogen. Weiter betrachtet Stojanov die Entwicklung der Architektur in Lateinamerika, in den skandinavischen Ländern, in Japan und in einigen anderen Ländern.

Auch der Beitrag einiger kapitalistischer Länder Westeuropas für die Entwicklung der gegenwärtigen Architektur und Architekturtheorie nach dem zweiten Weltkrieg wurde vom Verfasser berücksichtigt. Das sind die Leistungen einer Reihe hervorragender Architekten Italiens, Großbritanniens, Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz, Hollands und Dänemarks. Anschließend werden die Konzeptionen des sogenannten **Brutalismus** analysiert.

In einem gesonderten Abschnitt verfolgt der Verfasser auch die Entwicklung der Architektur und Konstruktion der Bauten großer Hallen für Kultur und Sport. Er gibt wertvolle Gedanken hervorragender Schöpfer auf diesem neuen Gebiet wieder.

Der erste Hauptabschnitt schließt mit einer gründlichen und ausführlichen Untersuchung der Entwicklung der sowjetischen Architektur von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 bis zur Gegenwart. Hier behandelt Prof. Stojanov das Schaffen der bekannten Architekten-Pioniere wie der Konstruktivisten Wladimir Talin, Kasimir Maleewič; der Rationalisten Lasar Lissitzki, Mart Stamm; H. A. Ladovski, M. J. Grinsburg, W. E. Talin, W. A. Wessnin, G. B. Barchin und A. K. Burow. Besondere Aufmerksamkeit widmet der Verfasser dem Schaffen des weltbekannten Architekten W. A. Ščussew. Ausführlich sind auch die Leistungen der hervorragenden sowjetischen Architekten L. W. Rudnew, B. O. Munz, S. E. Černišow, A. F. Hrjakow, P. W. Abrassimow, M. W. Possonin u. a. behandelt.

Im zweiten Hauptabschnitt untersucht der Verfasser ausführlich die Entwicklung der bulgarischen Architektur nach der Befreiung Bulgariens vom osmanischen Joch (1878). Ein solcher Vergleich der Weltarchitektur mit der bulgarischen ist interessant und wichtig, sowohl wegen der verschiedenen fremden Einflüsse auf die bulgarische Architektur als auch wegen des festgestellten originellen Beitragens der Bulgaren zur architektonischen Weltkultur.

In der Entwicklung der bulgarischen Architektur unterscheidet Stojanov zwei Hauptperioden: von 1878 bis 1944 (die Periode der kapitalistischen Gesellschaftsordnung des Landes); und von 1944 bis zur Gegenwart (die Periode der sozialistischen Entwicklung Bulgariens).

Die erste Hauptperiode 1878 bis 1944 (in vier Etappen) ist nach Stojanov charakterisiert durch bedeutende Architekturleistungen, in denen die Einflüsse der Eklektik, des Klassizismus, der Sezession, des Expressionismus, des Rationalismus, des nationalen Romantismus, der „vergegenwärtigen" Klassik u. a. deutlich zu spüren sind. Besonders interessant ist das Bestreben der bulgarischen Architekten um 1910 zur Schaffung einer Architektur mit typisch nationalen Merkmalen.

In gesonderten Abschnitten betrachtet der Verfasser das Schaffen der hervorragenden bulgarischen Architekten: Georgi Owtscharov, Stantscho Belkowski, Iwan Dantschov, Iwan Wassiljov, Dimitär Zolov, Jordan Jordanov, Sawa Owtscharov. Auch die Leistungen einer Reihe anderer Architekten Bulgariens wird verfolgt.

Die zweite Hauptperiode von 1944 bis zur heutigen Zeit (in zwei Etappen) charakterisiert Prof. Stojanov zunächst durch einen fremden negativen Einfluß auf die Architekturentwicklung Bulgariens (Formalismus, „Architekturschmückerei"). Nach Überwindung dieser Schwäche 1954 richteten die bulgarischen Architekten ab 1960 ihre Bemühungen auf die Schaffung einer neuen, sozialistischen Architektur, die alle Merkmale der Gegenwart trägt und mit der Nationalarchitektur schöpferisch verbunden ist.

Besonders groß sind die Erfolge der bulgarischen Architekten beim Aufbau der Kurortkomplexe an der Schwarzmeerküste sowie vieler anderer Wohn- und Gesellschaftsbauten, Architekturensembles, Wohngebiete und Sportkomplexe, die in der Arbeit ausführlich vom Verfasser gewürdigt werden.

Bei der Analyse und Bewertung der einzelnen Richtungen der Architektur geht der Verfasser von wissenschaftlich-methodologischen Positionen für das komplizierte architektonische Schöpfertum als Einheit von funktionellen, technisch-konstruktiven und künstlerisch-gestalterischen Komponenten aus. Die Analyse jeder neuen Richtung führt er auf der Grundlage des sozialhistorischen Panoramas der gesellschaftlichen Wirklichkeit durch. B. Stojanov zeigt auch das Klassenwesen der theoretischen und praktischen Richtung der Architektur. Er zitiert in seinem Buch originelle und interessante Gedanken hervorragender und weltberühmter Architekten; darunter sind wichtige und wertvolle Empfehlungen einer Reihe von Hochschullehrern an die Architekturstudenten zu finden. Zu seiner Arbeit sagt Stojanov selbst: „Bei den Untersuchungen mußte die Offenbarung des unruhigen Menschengeistes herrschen, ohne den keine große schöpferische Leistungen möglich sind."

Ein Verdienst von Prof. Stojanov ist es, daß er sowohl die positiven, progressiven als auch die negativen, regressiven sowie utopischen und reformistischen Seiten bzw. Richtungen der Architekturentwicklung hervorhebt. Dadurch wird ein kompliziertes, aber dennoch klares Bild über die sozialen und ästhetischen Anschauungen in der Weltarchitektur der vergangenen 125 Jahre erreicht.

Die sonst sehr wertvolle und überzeugende Arbeit von B. Stojanov hätte noch gewonnen, wenn der Abschnitt über die bulgarische Architektur kürzer gefaßt, dafür aber zusätzlich in einem knappen Beitrag die Architekturentwicklung (nach 1945) in den anderen sozialistischen Staaten gewürdigt worden wäre. Dadurch hätte ein vollständigeres Bild über die Entwicklung der Weltarchitektur erreicht werden können.

Grundrisse bzw. Schnitte mindestens von einigen charakteristischen Bauten hätten die Vorstellung der architektonischen Qualität dieser Bauten gestärkt und abgerundet.

Auch ein alphabetisches Namensregister der zahlreichen vom Verfasser zitierten Architekten wäre für eine schnelle und praktische Benutzung des Buches zweckmäßig gewesen.

Das Buch von Professor Borislav Stojanov zeichnet sich nicht nur durch realistische und parteiliche Prinzipien und Anschauungen über die gegenwärtige Architektur aus, sondern auch durch einen brillanten Stil. Es ist deshalb nicht nur Fachmann (Architekt, Ingenieur, Kunsthistoriker, Hochschullehrer, Architekturstudent), sondern auch jedem, der sich für die Kultur interessiert, zu empfehlen.

Dr.-Ing. Nikola Harlakoff

Kurzfassung

DK 711.1/.2:711.4(47+57)
Malojan, G.
Entwicklung großer Städte unter Ausbildung von Gruppensiedlungssystemen 137
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 3, S. 137–139, 3 Abb.

Für die Städtebauforschung der Sowjetunion ist gegenwärtig der Übergang zur Erarbeitung von Verbundlösungen für die Entwicklung und Steuerung von Gruppensiedlungen eine Hauptrichtung der Arbeit. Dieser Prozeß steht im Zusammenhang mit der Umwandlung von Städten in Teilelemente vielgestaltiger räumlicher Gebilde, die durch sich entwickelnde und zunehmend komplizierter werdende sozialökonomische, technische und planerische Wechselbeziehungen untereinander verbunden sind.
Der Autor, Mitarbeiter des Zentralen Wissenschaftlichen Forschungsinstituts für die Projektierung des Städtebaus, beschreibt die neuesten Ergebnisse der sowjetischen Städtebauforschung zu diesem Problemkreis.

DK 711.435-163 728.2.011.263/.264
Grunske, D.; Mühlmann, C.
Zur Umgestaltung des Stadtkerns von Bernau 140
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 3, S. 140–149,
3 Abb., 11 Lagepläne, 15 Perspektiven, 8 Grundrisse

Der historische Stadtkern von Bernau erfährt gegenwärtig eine grundlegende Umgestaltung durch weitgehende Beräumung von der Altbausubstanz und Neubebauung mit Erzeugnissen des industriellen Massenwohnungsbaus. Das Umgestaltungsgebiet befindet sich innerhalb des gut erhaltenen mittelalterlichen Stadtkerns.
Da die zweigeschossigen und durchschnittlich 200 Jahre alten Häuser allmählich verfallen, konnte eine Rekonstruktion der alten Gebäudesubstanz nicht in Erwägung gezogen werden. Nur wenige Gebäude sind denkmalschutzwürdig. Die Projektanten sahen ihre Aufgabe darin, insbesondere die Stadtstruktur, das Straßennetz, die Maßstäblichkeit und die Baumassenkomposition und einige historisch wertvolle Gebäude und Anlagen (Stadtmauer, Wehranlagen, Stadtkirche, Lateinschule u. a.) zu erhalten.
Im 1. und 2. Bauabschnitt sind etwa 1400 Wohnungen und rund 12 000 m² Fläche für gesellschaftliche Einrichtungen enthalten. Die Wohndichte beträgt 435 Einwohner je Hektar Wohnbauland. Schulen und Vorschuleinrichtungen sind im Stadtkern nicht vorgesehen, sie befinden sich außerhalb des Stadtzentrums.

DK 711.554+711.57/.58 711.434/.435
Sniegon, P.
Zur Umgestaltung von Wohn- und Mischgebieten sowie von Altstadtkernen in den Klein- und Mittelstädten des Bezirkes Dresden 150
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 3, S. 150–155,
10 Abb., 1 Diagramm

Der im Jahr 1990 vorhandene moderne Wohnungsbestand wird sich im Bezirk Dresden nach derzeitigen Berechnungen wie folgt zusammensetzen:
rund 80 Prozent nach 1945 gebaute Wohnungen
rund 10 Prozent nach 1975 modernisierte Wohnungen
rund 10 Prozent Wohnungen aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, die bereits modern ausgestaltet sind.
Die geplanten Zielstellungen sind nur zu erreichen, wenn die geplanten hohen Steigerungsraten im Wohnungsneubau realisiert werden und der Anteil der Modernisierungskategorie mit Innen-WC und Bad oder Dusche über 50 Prozent erreicht.
Die Probleme, die sich besonders bei der Umgestaltung von Klein- und Mittelstädten ergeben, werden ausführlich analysiert.

DK 725.218
Wolff, A.
Haus der Dienste, Typ Berlin 162
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 3, S. 162–165,
5 Abb., 2 Grundrisse, 1 Schnitt

Vorwiegend als Folgeeinrichtung für größere Neubaukomplexe, aber für die Aufwertung älterer Wohngebiete entwickelte ein Autorenkollektiv des VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin ein zweigeschossiges, nicht unterkellertes „Haus der Dienste", das aus Fertigteilen der „SK Berlin 72" errichtet wird. Im Erdgeschoß wurden Funktionsbereiche für die Post, eine komplexe Annahmestelle für Dienstleistungen, eine Münzreinigung, eine Blumenverkaufsstelle sowie für die Haustechnik angeordnet. Im 2. Geschoß befinden sich ein Jugendklub mit Nebenräumen, ein Friseursalon mit Kosmetikabteilung und weitere haustechnische Anlagen.

DK 725.512
Lommatzsch, B.
Großapotheke in Berlin 166
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 3, S. 166–168,
2 Abb., 2 Grundrisse, 1 Schnitt

In einem Neubaugebiet Berlins entsteht gegenwärtig ein Gesundheitszentrum mit einer Großapotheke. Diese Großapotheke dient einerseits der Versorgung von 50 000 Einwohnern des Einzugsgebietes mit Medikamenten, orthopädischen und optischen Hilfsmitteln und andererseits der zentralen Produktion und Vorratshaltung von Arzneimitteln, die nicht industriell gefertigt werden. Das dreigeschossige Gebäude wird im Bausystem „SK Berlin 72" errichtet, ist ohne Kellergeschoß projektiert und als Wiederverwendungsprojekt auf allen Baugründen einsetzbar. Das Grundraster für die meisten Elemente beträgt 7200 mm × 6000 mm. Im Erdgeschoß sind die öffentlichen Funktionsbereiche (Verkaufsräume), im Obergeschoß die Räume der Arzneimittelproduktion und der Labordiagnostika sowie im Dachgeschoß Büros und Technikerbereiche angeordnet.

DK 725.515 (437)
Guthová, J.
Bergbau-Rehabilitationszentrum im Kurort Bojnice 172
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 3, S. 172–174,
6 Abb., 2 Grundrisse, 1 Lageplan

Ein modernes Rehabilitationszentrum für Arbeiter des Bergbaus wurde in der Nähe des slowakischen Kurortes Bojnice gebaut. Das ringförmige Hauptgebäude erhält im Erdgeschoß Gemeinschaftsräume und Einrichtungen zur balneotherapeutischen Behandlung. In den darüberliegenden vier Geschossen befinden sich 104 Ein- und Zweibettzimmer für die Patienten.

Содержание

УДК 711.1/.2:711.4(47+57)
Malojan, G.
Развитие крупных городов при формировании групповых систем населенных мест
Architektur der DDR, Берлин 27 (1978) 3, стр. 137—139, 3 илл.

Одним из главных направлений деятельности градостроительного исследования, проведенного в настоящее время в СССР, является переход к разработке комплексных решений в области развития и контроля групповых систем населенных мест. Этот процесс связан с преобразованием городов в частичные элементы многообразных пространственных структур, которые связываются между собой большим числом развивающихся и постоянно осложняющихся социально-экономических, технических и планировочных взаимодействий. Автор, сотрудник Центрального научно-исследовательского института проектирования градостроительства, рассматривает новейшие результаты проведенного по указанной проблематике советского градостроительного исследования.

УДК 711.435-163 728.2.011.263/.264
Grunske, D.; Mühlmann, C.
О преобразовании центра города Бернау
Architektur der DDR, Берлин 27 (1978) 3, стр. 140—149,
3 иллюстрации, 11 планов расположения, 15 перспектив,
8 планов

В настоящее время исторический центр города Бернау подлежит коренному преобразованию, осуществляющемуся широким сносом фондов старой застройки и созданием новой застройки с применением изделий массового индустриального жилищного строительства. Область преобразования находится внутри хорошо сохраненного средневекового центра города. В виду того, что двухэтажные дома среднего возраста в 200 лет постепенно приходят в упадок, простая реконструкция старых фондов застройки не могла быть принята во внимание. Только малое число зданий может быть учтено достойным охране памятников. Исходя из этого положения, проектанты стремились к сохранению прежде всего структуры города, уличной сети, системы мер строительства, композиции строительной массы и некоторых исторически ценных зданий и сооружений (городской стены, укрепленных устройств, городской церкви, латинской школы и др.). 1-я и 2-я очереди строительства включают ок. 1400 квартир и 12000 кв.м площади для общественных устройств. Плотность населения составляет 435 жителей на 1 гектар территории жилой застройки. Школы и дошкольные устройства не будут расположены в центре города, они находятся вне центра.

УДК 711.554+711.57/.58 711.434/.435
Sniegon, P.
О преобразовании жилых и смешанных районов и старых центров малых и средних городов дрезденского района
Architektur der DDR, Берлин 27 (1978) 3, стр. 150—155,
10 иллюстраций, 1 диаграмма

По новейшим расчетам, имеющийся в 1990 г. современный состав квартир в дрезденском районе будет состоять из:
около 80 % построенных после 1945 г. квартир,
около 10 % модернизованных после 1975 г. квартир, и
около 10 % построенных в первой половине нашего столетия квартир, характеризованных современным оформлением. Предусмотренные в планах цели могут быть достигнуты только при условиях реализации запланированных высоких норм новой застройки квартир и достижения доли свыше 50 % модернизованных квартир с внутренним ватерклозетом и ванной комнатой или душом. Автор подробно анализирует проблемы, возникающие прежде всего при преобразовании малых и средних городов.

УДК 725.218
Wolff, A.
Дом устройств обслуживания типа Берлин
Architektur der DDR, Берлин 27 (1978) 3, стр. 162—165,
5 иллюстраций, 2 плана, 1 разрез

Коллектив авторов из нар. предпр. БМК Инженерхохбау Берлин разработал двухэтажный, не оборудованный погребом «Дом устройств обслуживания» из сборных железобетонных элементов конструкции серии «СК Берлин 72». Здание предназначено как сопутствующий элемент больших комплексов новой застройки, а также для повышения качества старых комплексов застройки. На первом этаже расположены функционные отделы для почты, комплексный приемный пункт устройств обслуживания, очистная станция, цветочный магазин и технический центр. На 2-м этаже находятся клуб молодежи с побочными помещениями, парикмахерская с отделом косметики и дальнейшие установки домовой техники.

УДК 725.512
Lommatzsch, B.
Большая аптека в г. Берлине
Architektur der DDR, Берлин 27 (1978) 3, стр. 166—168,
2 иллюстрации, 2 плана, 1 разрез

В одном из районов новостройки в г. Берлине теперь возводится центр здоровья с большой аптекой. С одной стороны, эта аптека предназначена для снабжения 50000 жителей района с лекарствами, ортопедическими и оптическими предметами, а с другой стороны она будет служить центральному производству и хранению лекарств, которые не изготовляются промышленностью. Трехэтажное здание возводится по строительной системе «СК Берлин 72». Здание спроектировано без подвального этажа и может быть использовано как проект вторичного пользования на всех грунтах. Основная модульная пространственная сетка наибольшего числа элементов составляет 7200 мм × 6000 мм. Публичные функционные (продажные) помещения находятся на первом этаже, изготовление лекарств и лабораторная диагностика на втором этаже, а бюро с помещениями техников расположены на чердачном третьем этаже.

УДК 725.515 (437)
Guthová, J.
Реабилитационный центр для горняков в курорте Бойнице
Architektur der DDR, Берлин 27 (1978) 3, стр. 172—174,
6 иллюстраций, 2 плана, 1 план расположения

Современный центр реабилитации для горняков был построен в близости словацкого курорта Бойнице. Кольцеобразное главное здание содержит на первом этаже общественные помещения и устройства бальнеотерапевтического лечения. На следующих четырех этажах находятся 104 номера на одного или двух пациентов.

Summary

DK 711.1/.2:711.4(47+57)
Maloyan, G.
Formation of Group Settlement Systems for Large-Scale Urban Development 137
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) No. 3, pp. 137–139,
3 illustrations

Preparations in direction of composite solutions for the development and control of group settlements now has become a major trend in town planning research in the USSR. That process is associated with the transformation of cities into parts of larger and more complex entities which all will be correlated by increasingly sophisticated socio-economic, technological, and planning links.
The author, affiliated to the Central Research Institute for City Design, reports in this article most recent developments in Soviet town planning research in the context of the above problem.

DK 711.435-163 728.2.011.263/.264
Grunske, D.; Mühlmann, C.
Renewal of Centre of Bernau 140
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) No. 3, pp. 140–149,
3 illustrations, 11 layouts, 15 perspectives, 8 floor plans

The historic centre of Bernau is now being comprehensively renewed, with much of the old-age building stock being removed and replaced by products of industrialised large-scale housing construction. The renewal area lies within the well-preserved medieval town centre. Most of the old buildings, two-storey structures, are approximately 200 years of age and dilapidated. Their reconstruction, therefore, was not considered. Only few of those buildings are worth conservation. The designers worked out a concept according to which emphasis was to be laid on preserving the following topographic elements: urban structure, road network, true scale, composition of building stock, and certain structures of historic value, such as the town wall, medieval fortifications, local church, and medieval grammar school. Some 1,400 dwellings and roughly 12,000 sq.m of area for public buildings and services are covered by the first and second renewal phases. The dwelling density is 435 people on one hectare of housing area. Schools and pre-school services are located outside rather than inside the centre.

DK 711.554+711.57/.58 711.434/.435
Sniegon, P.
Renewal of Housing and Composite-Occupancy Areas in Historic Centres of Small and Medium Towns of Dresden Region 150
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) No. 3, pp. 150–155,
10 illustrations, 1 diagram

Modern housing stock available in the region of Dresden in 1990 will be composed as follows, according to calculated prediction: dwellings completed after 1945 will account for 80 per cent, those modernised after 1975 ten per cent, and roughly ten per cent built in the first half of this century but with modern layout and equipment. The planned targets cannot be accomplished unless housing construction rates are planfully increased, with in-flat WC and bathroom or shower being installed in more than 50 per cent of all modernised dwelling units.
A thorough analysis is presented of problems particularly relating to the renewal of small and medium towns.

DK 725.218
Wolff, A.
Type Berlin House of Services 162
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) No. 3, pp. 162–165,
5 illustrations, 2 floor plans, 1 section

A two-storey House of Services type with no basement has been developed by a team of designers affiliated to VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin for larger new housing areas or for improvement of older housing areas. The type can be erected of precast components of the "SK Berlin 72" system. Complete facilities for a post office, a collection counter for repair and maintenance services, a coin-in-the-slot laundry and dry cleaning shop, a flower shop, and technical installations for the building will be accommodated on the ground floor. The upper floor will house a youth club with complementary rooms, a hairdresser and cosmetics shop, and additional installations for the building.

DK 725.512
Lommatzsch, B.
Large Pharmacy in Berlin 166
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) No. 3, pp. 166–168,
2 illustrations, 2 floor plans, 1 section

A health care centre with a large pharmacy is now under construction in one of the new housing areas in Berlin. The pharmacy will be a centre of distribution of medicaments as well as of orthopaedic and optical aids for roughly 50,000 dwellers of the areas and it will be in charge of centralised production and storage of medicines which are not part of industrial quantity production programmes. The three-storey structure is erected by the "SK Berlin 72" system without basement. The design can be re-used on all types of building ground. The master grid is 7,200 mm × 6,000 mm and applicable to the majority of all components. Sales and complementary spaces are arranged on the ground floor, spaces for the production of medicaments and laboratory diagnostic items on the first upper floor, and rooms for offices and technicians on the top floor.

DK 725.515 (437)
Guthová, J.
Rehabilitation Centre for Miners in Spa of Bojnice 172
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) No. 3, pp. 172–174,
6 illustrations, 2 floor plans, 1 layout

A modern rehabilitation centre for miners has been completed in the vicinity of Bojnice, a spa in Slovakia. Common rooms and spaces for balneotherapy are located on the ground floor of a ring-shaped main building. Four upper storeys provide acommodation for patients in 104 single and two-bed rooms.

Résumé

DK 711.1/.2:711.4(47+57)
Malojan, G.
Formation de systèmes de lotissement dans de grandes villes
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 3, pages 137–139,
3 illustrations

Le passage à l'élaboration de solutions mixtes se référant au développement et à la gestion d'ensembles de lotissement est actuellement l'une des directions principales du travail en recherche urbaniste en Union soviétique. Ce processus est en rapport direct avec la transformation de villes en éléments partiels aux ensembles les plus variés entre lesquels il existe, sous de multiples formes, des corrélations socio-économiques, techniques et autres.
L'auteur, collaborateur de l'Institut de recherche scientifique central spécialisé dans l'étude de projets relatifs à l'urbanisme, informe des résultats les plus récents obtenus dans ce secteur en Union soviétique.

DK 711.435-163 728.2.011.263/.264
Grunske, D.; Mühlmann, C.
A propos de la restructuration du centre-ville de Bernau
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 3, pages 140–149,
3 illustrations, 11 tracés, 15 plans en perspective, 8 sections horizontales

Le centre historique de Bernau subit, à présent, une restructuration profonde, par l'implantation d'immeubles neufs d'après des méthodes de construction industrielles. La zone envisagée pour la restructuration est située au sein du centre-ville médiéval bien conservé. Du fait que les maisons, à deux étages et ayant, en majeure partie, plus de deux cent ans, se délabrent sensiblement, la conservation de la substance de construction existante ne pouvait pas être prise en considération. Il n'y a que peu de bâtiments de cette zone dignes d'être classés comme monuments historiques. Donc, les architectes se sont fixés comme objectif de conserver notamment la structure de cette ville, le réseau routier, la composition des différents ensembles de construction ainsi que plusieurs constructions de valeur historique (murs de la ville, rempart, église, école latine). Les première et deuxième phases de construction prévoient la réalisation de quelque 1400 logements et la mise à disposition d'une surface d'environ 12 000 m² pour des établissements sociaux. La densité résidentielle est de 435 habitants par hectare. Les écoles et établissements préscolaires nécessaires trouveront leur place à l'extérieur du centre-ville.

DK 711.554+711.57/.58 711.434/.435
Sniegon, P.
La restructuration de zones d'habitation et zones mixtes ainsi que de centres-villes dans des villes de petite et moyenne importance du district de Dresde
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 3, pages 150–155,
10 illustrations, 1 diagramme

En 1990, l'effectif de logements modernes au district de Dresde se composera, d'après des évaluations actuelles, de la manière suivante:
logements construits après 1945: quelque 80 pour-cent
logements modernisés après 1975: quelque 10 pour-cent
logements construits dans la première moitié du siècle, entretemps modernisés: quelque 10 pour-cent.
Ces objectifs ne peuvent être réalisés qu'à condition que les taux d'accroissement planifiés dans le secteur de la construction d'immeubles neufs soient atteints et que la part des projets de modernisation réalisés (WC, salle de bains, cabine de douche) s'élève à plus de 50 pour-cent.
Les problèmes résultant notamment de la restructuration de petites villes et villes moyennes sont analysés à fond.

DK 725.218
Wolff, A.
Maison des prestations de services, type Berlin
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 3, pages 162–165,
5 illustrations, 2 sections horizontales, 1 coupe

Un collectif de projetants de la VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin a développé une «Maison des Services» à deux étages et sans étage en sous-sol qui est réalisée à partir des éléments préfabriqués du système «SK Berlin 72». Au rez-de-chaussée se trouvent les zones fonctionnelles – bureau de poste, centre de prestations de services, nettoyage à sous, kiosque à fleurs. Le deuxième étage héberge un club pour jeunes avec annexes, un salon de coiffure et autres établissements encore.

DK 725.512
Lommatzsch, B.
Grande pharmacie à Berlin
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 3, pages 166–168,
2 illustrations, 2 sections horizontales, 1 coupe

Un centre de service médical comportant une grande pharmacie est actuellement en passe de construction dans l'une des régions de construction d'immeubles neufs à Berlin. Cette pharmacie assurera, d'une part, l'approvisionnement de 50 000 habitants de ce quartier résidentiel en médicaments, articles orthopédiques et optiques et servira, d'autre part, à la production centrale et l'entreposage de médicaments dont la production industrielle n'est pas possible. Le bâtiment à trois étages du système «SK Berlin 72» est étudié comme bâtiment sans étage en sous-sol, son réutilisation est possible sur tout emplacement de construction voulu. Le module de base de la plupart des éléments est de 7200 mm × 6000 mm. Au rez-de-chaussée sont aménagées les zones fonctionnelles publiques (services de vente), l'étage supérieur comprend les locaux réservés à la production de médicaments et au diagnostic de laboratoire, tandis que les bureaux et services techniques sont disposés à l'étage sous le toit.

DK 725.515 (437)
Guthová, J.
Centre de rééducation pour mineurs à Bojnice
Architektur der DDR, Berlin 27 (1978) 3, pages 172–174,
6 illustrations, 2 sections horizontales, 1 tracé

Un centre de rééducation moderne pour mineurs vient d'être construit à proximité de Bojnice, station balnéaire en Slovaquie. Le bâtiment principal en forme de cercle logera, au rez-de-chaussée, des salles de collectivité et établissements du traitement balnéothérapeutique. Les quatre étages au-dessus comportent 104 chambres à un et à deux lits.

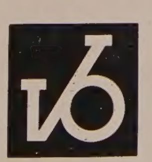
Durch die verstärkte Teilnahme der Bevölkerung an der Vorbereitung und Durchführung von Instandhaltungsmaßnahmen lassen sich wesentliche Reserven zur Verbesserung der Wohnbedingungen und zur Verlängerung der Nutzungsdauer der Wohngebäude erschließen.
Im Teil A dieser Ausarbeitung sind Arbeiten beschrieben, die in der volkswirtschaftlichen Masseninitiative ausgeführt werden können und dazu in gedrängter Form praktische Hinweise zu deren Ausführung gegeben. Die angegebenen Materialbedarfsmengen und Arbeitszeiten sind auf die Ausführung der Erhaltungsarbeiten durch Nichtfachleute abgestimmt.
Der Teil B enthält Leistungsbeschreibungen zu Arbeiten, die als Entlastung der volkseigenen Baureparaturbetriebe und der PGH des Bauhandwerks als VMI-Leistungen ausführbar sind, jedoch Fachkenntnisse und umfangreichere Arbeitsmittel voraussetzen.
Dieser Katalog ist ein Hilfsmittel für die Wohnungsverwaltungen, dient aber auch zur Schulung der Reparaturbeauftragten, zur Anleitung der Mieter bei der Material- und Werkzeugausgabe in den Reparaturstützpunkten und zur praktischen Anleitung bei Reparaturen.

Katalog
Selbsthilfe
Haus · Wohnung · Grünanlagen

Herausgeber:
Bauakademie der DDR, Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau

6. Auflage 1978, 160 Seiten mit 20 Abbildungen,
Broschur, 5,50 M, Bestellnummer: 561 774 1

Bitte richten Sie Ihre Bestellungen an den örtlichen Buchhandel



VEB Verlag für Bauwesen · DDR – 108 Berlin · Französische Straße 13/14

Index 31 409